Schwerpunkt: Politik in Banden – Warlords, Gangs und Bürgerkriege

▶ Außerdem: ▶ Integration am Kap ▶ Hype um Hybridität ▶ Illegalisierung und neuer Rassismus ▶ Philosophie in Afrika ▶ Filme aus Lateinamerika ...

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

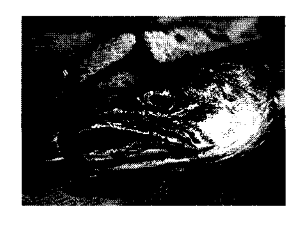
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

In dieser Ausgabe

Titelbild: H. Sachs / version







http://www.rolf.de/iz3w

Seit längerem war sie geplant, nun wurde sie endlich Realität (wenngleich nur virtuelle): die eigene homepage des **iz3w** im Internet. Begriffe wie »link«, »HTML-Format«, oder »hypertext« schwirrten uns in den vergangenen Wochen um die Ohren. Wir durften lernen, daß ein »browser« keineswegs ein Duschkopf zur Reinigung unserer angestaubten Computer ist, sondern ein Programm, das uns bei der Navigation durch den schier unendlichen cyberspace hilft.

Doch so offen das Internet auch ist, bei der Auswahl eines geeigneten browsers reduziert sich die Freiheit ganz schnell. Entweder man greift auf das Angebot des Microsoft-Tycoons Bill Gates zurück, oder man landet bei der Konkurrenz von Netscape. Die Abhängigkeit von den Software- und Hardwarekonzernen, der sich heute kaum noch ein PC- oder Internetnutzer entziehen kann, demonstriert augenfällig, daß Kommunikation heute mehr denn je sowohl marktförmig als gleichzeitig auch monopolistisch organisiert ist. Die Standards, nach denen der Datenaustausch funktioniert, werden nicht von den »usern« bestimmt. Das »global village« des Internet kennt nicht nur gleichberechtigte Peripherien, sondern auch Metropolen (die überproportional mit Internetanschlüssen ausgestatteten Großstädte des Nordens), »big brothers« (die Softwarekonzerne) und »newspeak« (das Computerenglisch).

Macht nix, argumentieren an diesem Punkt die Optimisten unter den Medientheoretikern, weil die technischen Vorgaben noch lange nichts über die Inhalte der Kommunikationsvorgänge aussagen: »Es kommt drauf an, was man daraus macht«. Aber gilt dieser Spruch, mit dem die deutsche Betonwirtschaft für ihr Produkt wirbt, auch für die neuen Medien?

Die heutige Informationsgesellschaft ist nicht automatisch eine informierte Gesellschaft. Im Gegenteil, vielleicht ist sogar die Vermutung richtig, daß mit immer mehr Informationen der Blick für das Wesentliche allmählich verloren gehe. Der »information overload«, wie das übermässige Angebot an Informationen genannt wird, führt beim Individuum zwangsläufig zur selektiven Wahrnehmung. Zusammenhänge werden immer schwerer durchschaubar, es schlägt die Stunde der Spezialisten, die nurmehr in einem begrenzten Segment kompetent sind.

Die Ausdifferenzierung der Medienlandschaft hat ihre erfreulichen Seiten. Sie ermöglicht größere Genauigkeit in der Berichterstattung. Sie ist überdies Ausdruck der Tatsache, daß es die großen, geschlossenen Theorien und Gesellschaftsentwürfe nicht mehr gibt. Manche unter den Medientheoretikern sehen durch die zunehmende mediale Vielfalt gar die Autonomie des Individuums gesteigert, das nunmehr frei entscheiden kann, welche Informationen und welche damit transportierten Ideologien es wahrnehmen möchte und welche nicht. Insbesondere das Internet wird als Hoffnungsschimmer am Medienhimmel wahrgenommen.

Die Medien-Optimisten unterscheiden zwischen einer vertikalen, hierarchischen Informationsgesellschaft mit dem TV als prototypischem Medium und einer horizontalen, egalitären Kommunikationsgesellschaft, als deren paradigmatisches Medium das Internet und verwandte Datennetze gelten können. Der entscheidende Unterschied zu den bisherigen elektronischen Medien wird in der Interaktivität und Hierarchielosigkeit des Internet gesehen, die zumindest tendenziell das übliche Muster Produzent-Konsument aufhebe. Manche gehen sogar soweit, die neuen Medien als Mittel zur angewandten Subversion auszurufen. Beispielsweise ist die mexikanische Guerillabewegung EZLN im Internet mit schicken websites vertreten, weil sie sich davon eine Gegenöffentlichkeit neuen Typus' verspricht. Bezieht die EZLN aber letztlich ihre politische Relevanz nicht vor allem aus dem, was sie in der realen Welt geleistet hat bzw. leisten durfte?

Die Medien-Pessimisten sehen in der neu entstandenen Medienvielfalt vor allem postmoderne Beliebigkeit, die vergessen macht, daß Medien die Unterschiede zwischen Realität und Simulation verwischen. Simulation wird in diesem Ansatz als »aufgezwungene (Fremd-) Herrschaft« interpretiert, die sich »im Geheimen in undurchschaubarer Vernetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien« vollzieht (so unser Stammfotograf Herby Sachs in seinem Aufsatz »Die Enteignung der Öffentlichkeit«). Welche Interpretation der heutigen Medienlandschaft mehr Plausibilität für sich beanspruchen kann, kann hier nicht weiter diskutiert werden. Der Themenschwerpunkt »Medien« in der kommenden **iz3w**-Ausgabe Nr. 228 wird sich diesen und anderen Fragen ausführlich widmen.

Wir möchten nun nicht den Eindruck erwecken, als sei unser Entschluß, eine website im Internet einzurichten, ein politisches Projekt und die Folge einer langen medientheoretischen Diskussion. Auch bei uns geht es, wie bei jedem Betrieb, der sich den kapitalistischen Imperativen beugen muß, zuvorderst um den erhöhten Verkauf der Produktion. So ist unsere website zumindest beim derzeitigen Stand der Dinge vor allem ein Marktplatz für die verschiedenen Publikationen, die wir herausgeben. Beispielsweise setzen wir fortlaufend die Inhaltsverzeichnisse aller seit 1997 erschienen **iz3w**-Ausgaben ins Netz, damit Interessierte sich über die Zusammensetzung der jeweiligen Hefte informieren können.

Die vielgelobte Interaktivität des Internet ist bei unserer website zumindest ansatzweise gegeben. E-mails mit Leserbriefen können direkt von der homepage an uns geschickt werden. Wer mag, kann unsere Publikationen per e-mail-Formular bestellen. Das leitet kein neues interaktives Medienzeitalter ein und ist nicht sonderlich aufregend, aber praktisch. Und wer weiß, vielleicht erscheinen im Lauf der Zeit ja auch interessante inhaltliche Beiträge auf unserer website. Damit es nicht bei dem Verdikt unserer Webmasterin bleibt, die nach mehrmaligem Surfen kurz und bündig befand: »Im Internet gibt's fast nur Scheiß«.

die redaktion

*P.S. Wir möchten uns ganz herzlich bei den SpenderInnen bedanken, die unserem Aufruf in den letzten beiden **iz3w**-Ausgaben gefolgt sind. Insgesamt kamen durch die Spendenaktion zusätzlich zu den regelmässigen Förderspenden rund 8100.– DM an Solispenden herein. Auch in diesem Jahr sind uns Spenden (Konto siehe Impressum) sowie die Umstellung von Normalabos auf Förderabos hochwillkommen.*

Kap in guter Hoffnung

Südafrika und die wirtschaftliche Integration der Region



Foto: H. G. Schiele

von **Bernhard von der Haar**

Mit dem Ende der Isolation Südafrikas verbindet sich in internationalen Wirtschaftskreisen die Hoffnung, ganz Afrika könne Anschluß an die Weltwirtschaft finden. Seit dem Beitritt Südafrikas zur Southern African Development Community (SADC) wird insbesondere diesem regionalen Wirtschaftsbund eine Lokomotivfunktion für die wachstumsorientierte Integration der Region in die Globalisierungsprozesse zugetraut.

► Die Wachtumsraten der Volkswirtschaften im südlichen Afrika können tatsächlich Anlaß zu solchen Erwartungen geben. Erstmalig seit zwei Jahrzehnten konnten alle zwölf SADC-Staaten 1996 ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen.[1] Ebenso wie die Strukturanpassungsauflagen des IWF zwingt mittlerweile der Expansionskurs der neuen Regionalmacht Südafrika auch die eher planwirtschaftlich und staatsinterventionistisch strukturierten Volkswirtschaften der Region zu einer wachstumsorientierten, tendenziell neoliberalen und investorfreundlicheren Wirtschaftspolitik.

Der regionale Wirtschaftsgigant Südafrika ist nach einer kurzen keynesianischen Phase (RDP; *vgl. iz3w Nr. 212*) auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs geschwenkt. Einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen verdeutlichen das Bestreben, sich im internationalen Kampf um Investoren und benötigte Kapitalzuflüsse zu behaupten: Devisenbeschränkungen wurden abgeschafft, Zollbestimmungen gelockert und die Körperschaftssteuer von 48% auf 35% gesenkt. Um Investitionen zu erleichtern, räumt Südafrika heute umfangreiche Abschreibungsmöglichkeiten und Exportanreize ein. Außerdem werden Großinvestoren, die mehr als 3 Millionen Rand (1,2 Mill. DM) anlegen, mit einer Steuerbefreiung von bis zu sechs Jahren belohnt. Mit dieser Marktöffnung konnten zwar Beschäftigungsziele nicht erreicht werden und das Wirtschaftswachstum fiel mit nur noch 0,3 % im dritten Quartal'97 äußerst enttäuschend aus, jedoch führte die Konsolidierungspolitik zu investorfreundlichen Eckdaten: Die Inflation ist mit einer Rate von 7,5% (Oktober 1997) niedrig, das Defizit des Staatshaushaltes relativ gering und der Handelsüberschuß konnte mit knapp 25 Mrd. Rand 1997 innerhalb eines Jahres verdoppelt werden (RSA 2000, Südafrikanische Botschaft Bonn, 11/97).

Trotz dieser Entwicklung und einer guten Kapitalrendite von 20-24 % wird laut Aussage von Weltbankpräsident James Wolfensohn die Attraktivität des Produktionsstandorts Südafrika derzeit noch unterschätzt. Diejenigen »global players« jedoch, die auch während der Apartheidjahre ihre Produktion in Südafrika aufrechterhielten und bereits über Zweigwerke in Südafrika verfügen, beziehen diese Standorte seit der Marktöffnung zunehmend in ihr globales Unternehmenskalkül ein. Volkswagen Südafrika beispielsweise exportierte bereits 1995 27.000 Golfs an China (Auftragsvolumen: 750 Mill. Rand) und erhielt kürzlich einen Exportauftrag für die Lieferung weiterer 5.000 Autos an Großbritannien. Ähnliches ist von den Mercedes-Benz Werken in East-London (Südafrika) zu

vermelden, die im November 1997 120 Exemplare des Modells C180 in Australien absetzten und das Exportvolumen auf 6.000 Einheiten pro Jahr steigern wollen (ebd. 11/97). Jürgen Schrempp, Daimler-Chef und Vorsitzender der »Initiative Südliches Afrika der Deutschen Wirtschaft«, erklärte gar, daß das südliche Afrika ein ebenso dynamisches Wachstumspotential wie Asien in sich berge.

Frontstaaten zu Marktstätten

▶ Die Rolle Südafrikas als Wachstums- und Entwicklungsmotor für die Region ist aber vielschichtig und umstritten. Schließlich wurde der Vorläufer der SADC, die Southern African Development Coordination Conference (SADCC), 1980 gerade mit dem Ziel gegründet, durch einen wirtschaftspolitischen Verbund der damaligen »Frontstaaten«[2] die politischen und ökonomischen Abhängigkeiten vom Apartheidsstaat Südafrika abzubauen. Allerdings gab es entgegen aller Rhetorik auf dem afrikanischen Kontinent wohl keinen einzigen Staat, der während dieser Periode die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika vollständig eingefroren hätte. Unter anderem trugen ausgerechnet die internationalen Sanktionsmaßnahmen zu einer steigenden Ausrichtung Südafrikas auf afrikanische Märkte bei: Als insbesondere durch den Boykott auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten der südafrikanische Produktionsstandort empfindlich getroffen wurde, konnten wichtige Investitionen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht hinreichend getätigt werden. So gingen die Innovationswellen, die die Weltökonomie in den 70er und 80er Jahre erfaßten, an Südafrika weitgehend vorbei. Angesichts des schleichenden Verlusts an Konkurrenzfähigkeit ab Mitte der 80er Jahre wurde das übrige Afrika ein zunehmend wichtiger Markt für das auf den stark umkämpften Weltmärkten nicht mehr absetzbare südafrikanische Warensortiment (*vgl. iz3w Nr. 194*).

Nach der Demokratisierung und dem uneingeschränkten Bekenntnis Südafrikas zur Marktwirtschaft erhielt das Land binnen weniger Monate Zutritt zu den wichtigsten internationalen politischen Organisationen und Wirtschaftsverbänden. Auch das ehemalige Frontstaatenbündnis mußte sich infolge des politischen Wandels in Südafrika umorientieren und versteht sich seither als eine mehr oder minder lockere Staatengemeinschaft, die eine Nutzenoptimierung der regionalen Wirtschaftspotentiale zum Gewinn aller Mitgliedsländer anstrebt. Nach dem Vorbild anderer Wirtschaftbündnisse, wie der EU, der NAFTA oder den ASEAN-Staaten, wird ein harmonisierter Wirtschaftsraum beschworen; und es ist das primäre Ziel der SADC, die Kapitalkraft zu bündeln, den regionalen Binnenmarkt zu vergrößern und makroökonomische Stabilität herzustellen. Konkret wird für das Wirtschaftsbündnis im südlichen Afrika die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes bis zum Jahr 2004 angestrebt.

Diesem gleichberechtigten und egalitären Anspruch steht die Realität gravierender Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle sowie erheblicher nationalstaatlicher Eigeninteressen innerhalb der SADC-Region entgegen. Das fängt bei der Infrastruktur an: Transport- und Kommunikationsbedingungen sind mangelhaft, die Zollabfertigung innerhalb der Region gilt als kompliziert und schleppend, und einige Staaten verlangen von den Bürgern anderer SADC-Staaten weiterhin Visa bei der Einreise. Auch die Finanzmärkte sind völlig unkoordiniert. Die dennoch stattfindende Liberalisierung der Handelsbeziehungen hat zudem die Konkurrenzsituation in der ganzen Region verschärft. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Südafrika und einzelnen ehemaligen Frontstaaten gelten als angespannt. Während Südafrika durch teilweise hohe Importzölle (Textilien) und nicht tarifäre Handelsrestriktionen (Fleischprodukte) versucht, die einheimischen Produzenten vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, wird – so der Vorwurf – die Region der SADC als Absatzmarkt für südafrikanische Waren mißbraucht; dort ansässige Produzenten werden aus dem Markt verdrängt und die bestehenden Ungleichgewichte in der Region zementiert oder gar weiter verstärkt.

Ein Hegemon und seine Satelliten

▶ Die zum Beitrittszeitpunkt Südafrikas (August 1994) oft gestellte Frage »Wer tritt eigentlich wem bei? Südafrika der SADC oder die SADC Südafrika?« ist somit weiter berechtigt. Die Perspektive des gemeinsamen Binnenmarktes löst bei den potentiell unterlegenen und halbindustrialisierten Ländern auch Vereinnahmungsängste aus. Dies erscheint begründet, denn die wirtschaftliche Dominanz Südafrikas im südlichen Afrika ist frappierend, und der schnelle Eintritt in das Geschehen der Region hat deren Machtgefüge gründlich verändert. Gegenwärtig erwirtschaftet Südafrika mit einer geschätzen Wirtschaftsleistung (BSP) von 130 Mrd. US-Dollar (1996) fast die Hälfte des gesamten Sozialproduktes Afrikas südlich der Sahara bzw. das Fünffache sämtlicher anderer SADC-Mitgliedsstaaten zusammen. Zimbabwe, bis zum Beitritt Südafrikas stärkste Wirtschaftsmacht innerhalb der SADC, erscheint mit einem BSP von 5,4 Mrd. US-Dollar (1994) neben dem Wirtschaftsgiganten Südafrika wie ein ökonomischer Winzling.

Die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in der Region sind gegenwärtig nicht nur ungleich intensiver als vor dem Beitritt Südafrikas, sondern auch von einer grundsätzlich neuen Qualität: Beschränkten sie sich für Südafrika vor der Wende primär auf die Ausfuhr von Waren und die Einfuhr von Arbeitskräften, so sind es heute vor allem der südafrikanische Kapitalexport, Direktinvestitionen und Firmenbeteiligungen, die in den Wirtschaftsblättern von sich Reden machen. Allen voran sei in diesem Zusammenhang der südafrikanische Brauereiverbund 'South African Breweries' (SAB) genannt, der weltweit fünftgrößte Brauereikonzern. In den letzten Jahren hat sich SAB mit 14 Mio. US-Dollar erfolgreich in Mosambik eingekauft und hält heute 65% an den zwei Brauereikonzernen in Beira und Maputo. In Tanzania besitzt SAB bereits 46% an der 'Tanzania Brewery Company' und steht derzeitig mit der ugandischen 'Nil Brewery' in Verhandlungen, die 60% des nationalen Biermarktes beliefert. Noch weiter nördlich, in der Nähe Nairobis, entsteht unter der Beteiligung von SAB eine gigantische Großbrauerei mit einem veranschlagten Wert von 4,5 Mio. US-Dollar, und auch der namibianischen Regierung ist der Vorschlag unterbreitet worden, im Norden des Landes eine Großbrauerei im Wert von 2,5 Mio. Dollar zu errichten. Weitere Direktinvestionen in die Nachbarregionen sind geplant, und entsprechende Verhandlungen werden gegenwärtig mit den Regierungen Angolas und Äthiopiens geführt.

Aber nicht nur SAB, sondern insbesondere die mächtigen Minenkonzerne Südafrikas, wie z.B. die 'Anglo-American Corporation', haben ihre Fühler in die Nachbarregion ausgestreckt. Ein geringeres Lohnniveau, keine schlagkräftigen Gewerkschaftsverbände, Steuervergünstigungen und weitgehend unberührte Rohstoffvorkommen verheißen eine gesicherte Rendite. Allein im letzten Jahr investierte die 'Anglo American Corporation' 82,4 Mio. Dollar in Zimbabwe und plant innerhalb der nächsten fünf Jahre weitere Ausgaben in Höhe von ingesamt 380 Millionen. In Mali soll nach einer bereits getätigten Investitionen von 300 Mio. Dollar das Sadiola-Goldschürfprojekt noch in diesem Jahr an-

In einer kleinen Reihe zum Verhältnis von **Globalisierung und Regionalisierung** beschäftigten wir uns bisher mit Wachstumsdreiecken in Südostasien (Nr. 220), Regionalismus in Afrika (221) und dem Europa der Regionen (222). Oftmals sind die sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung zusammenschließenden, als Wachstumsräume postulierten Regionen von einem starken wirtschaftlichen Machtgefälle zwischen den einzelnen Staaten geprägt. Das gilt etwa für die Verflechtungen in Ost- und Südostasien, für die NAFTA und auch für das südliche Afrika, wo die Republik Südafrika die Entwicklung der Region dominiert.

laufen und zehn Tonnen Gold über die nächsten zwölf Jahre erbringen.

Von südafrikanischer Seite als auch von den Regierungen der Zielländer wird die Ausdehnung südafrikanischer Firmeninteressen prinzipiell begrüßt. Dabei zeigt das Engagement der finanzkräftigen Investoren auch deutliche Schattenseiten: Auf der Suche nach günstigeren auswärtigen Investitionsbedingungen wurde etwa im Minensektor die Beschäftigung in Südafrika mehr und mehr abgebaut. Standen vor einem Jahrzehnt noch 534.000 Menschen auf der Lohnliste der Goldminen, so ist diese Zahl inzwischen auf 337.000 Beschäftigte abgesunken. Bei einer Arbeitslosigkeit von über 40% in Südafrika herrscht innerhalb der um die Interessen ihrer Mitglieder besorgten Arbeitnehmerverbände wenig Verständnis für das Engagement des nationalen Kapitals auf fernen Märkten.

Ein Hauch von weiter Welt

► Eine weitere Konsequenz der offenen Grenzen und des enormen Reallohngefälles innerhalb der SADC-Region ist der Zustrom arbeitsuchender Menschen nach Südafrika aus dessen Nachbarländern. Den Immigranten bleibt in ihrer recht- und schutzlosen Situation kaum etwas anderes übrig, als die ihnen angebotenen Arbeitskonditionen zu akzeptieren; so arbeiten sie z.B. in der südafrikanischen Landwirtschaft für teilweise weniger als 50 Pfennig pro Tag. Vor dem Hintergrund der ohnehin katastrophalen Arbeitsbedingungen und der extremen Arbeitslosigkeit entlädt sich die Frustration und die Hoffnungslosigkeit der südafrikanischen Bevölkerung immer häufiger gegen die Einwanderungsgruppen (s. folgender Beitrag).

Aber auch in den Nachbarländern wird die zunehmende Verflechtung des Wirtschaftsraums mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Besonders die lokalen Unternehmer in den ärmeren Nachbarstaaten sehen sich den südafrikanischen Multis hilflos ausgesetzt, da diese mit ihrer immensen Kapitaldecke Märkte besetzen und deren Preise diktieren können. Das jüngste Beispiel für diesen Trend stammt aus dem von Bürgerkriegen zerstörten Mosambik, wo die südafrikanische Handelskette Shoprite für 7 Mio. US-Dollar einen nach südafrikanischem Vorbild ausgestatteten Supermarkt eröffnete – das erste neue Gebäude in der Hauptstadt Maputo seit 20 Jahren. Die Eröffnung, die sowohl von südafrikanischer wie auch von mosambikanischer Seite als sichtbarer Ausdruck des Wiederaufbaus frenetisch gefeiert wurde, war aus der Sicht Antonio Barcas, Präsident des Wirtschaftsverbandes Maputos, ein rabenschwarzer Tag. Zahlreiche Vergünstigungen und Ausnahmeregelungen, wie die Befreiung von Import- und Verkaufssteuer für das Inventar und für das erste – weitgehend aus Südafrika importierte – Warenangebot sowie die auf die ersten zwei Jahre um 50% ermässigte Unternehmenssteuer verdrängen die mosambikanischen Importeure. Allein für die Erorberung des mosambikanischen Marktes durch insgeamt 10 Großmärkte hat Shoprite 60 Mio. Dollar eingeplant – eine Summe, die die Ausgaben für Erziehung und Gesundheit in Mosambik für das Jahr 1995 um fast ein Drittel übersteigt. Von Shoprite bereits getätigten Investitionen in Namibia, Lesotho, Swaziland, Sambia und Malawi soll bald der Aufbau eines flächendeckenden Netzwerkes folgen, welches zusätzlich Angola, Botswana, Zimbabwe, Uganda, Ruanda, Burundi, Kenia und Tanzania umfassen wird. Die Höhe der Gesamtinvestitionen südafrikanischer Firmen in Mosambik ist nicht bekannt, aber alleine die elf kapitalintensivsten Vorhaben (Maputo Corridors Projekt, Aluminium-, Eisenverarbeitung, Stromerzeugung), belaufen sich auf eine Gesamtinvestitionssumme von über 4,2 Mrd Dollar, das dreifache des Bruttosozialprodukts Mosambiks im Jahr 1994 (UN-Bericht über die Menschliche Entwicklung 1997, S.231).

Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich in Zimbabwe ab, wo bereits 1995 die übermächtige südafrikanische Konkurrenz zum Konkurs des zimbabwischen Textilunternehmens 'Cone Textiles' führte und 6.000 Menschen ihre Arbeit verloren. Derzeit drängen die in Zimbabwe neu entstehenden Läden der südafrikanischen Clicks und CNA-Schreibwarenkette die alteingesessenen Kingsgate-Buchläden langsam aus dem Markt. Verglichen mit dem kosmopolitisch-modernen Ambiente der CNA-Läden, die mit ihrem ausdifferenzierten Warenangebot und der Musikberieselung einen Hauch von »erster Welt« vermitteln, wirken die zimbabwischen Kingsgate-Läden provinziell, alt und verstaubt. Ob im Einzelhandel, im Minengeschäft oder im Tourismusbereich – Südafrika tritt derzeit als siebtgrößter Investor in Zimbabwe auf. Angesichts der Größenverhältnisse und der damit verbundenen Verhandlungsmacht überrascht es nicht, daß hier die weltgewandten südafrikanischen Firmenvertreter bisweilen als belehrend oder überheblich wahrgenommen werden und hinter dem »Marktimperialismus« nach Niedergang des Apartheidssystems zuweilen die letzte Bastion des burischen Aggressors vermutet wird.

Die Durchdringung Afrikas mit südafrikanischem Kapital ist aber weniger den strategischen Interessen Einzelner als vielmehr der universellen Suche nach neuen Märkten und guten Investitionsbedingungen geschuldet. In dem Maße, in dem sich die südafrikanische Wirtschaft nach der Wende den Anforderungen einer interdependenten, liberalisierten Weltwirtschaft stellen muß, in dem Maße versuchen südafrikanische Firmen, ihre Geschäftsinteressen in den noch weniger entwickelten Nachbarstaaten zu realisieren. Vermittelt durch Südafrika setzt sich in der gesamten Region schlicht das Diktat der Globalisierung fort.

Nachtrag: Auch wenn die Größenverhältnisse im südlichen Afrika beeindrucken und an Südafrika die Hoffnung auf einer Lokomotive für das restliche Afrika herangetragen wird, so ist das Land nach Einschätzung des südafrikanischen Wirtschaftsmagazins 'Southern African Economist' auf dem internationalen Parkett wiederum »nicht mehr als eine Ameise auf einem Feld voller Elefanten.« Tatsächlich entspricht die oben erwähnte Wirtschaftsleistung von 130 Mrd US-Dollar (1996) gerade einmal etwas mehr als der Hälfte des Bruttosozialprodukts Belgiens (228 Mrd). Die Großmacht Südafrika ist in ihrer Wirtschaftskraft dem deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen unterlegen und wesentlich weniger in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen integriert. Auch die vielgepriesene hochentwickelte Infrastruktur der Region relativiert sich im internationalen Vergleich: Das gesamte südliche Afrika einschließlich Südafrikas verfügt über weniger als die Hälfte der Telefonanschlüsse, die gegenwärtig allein in Hong Kong bestehen.

Die SADC-Staaten

Wichtigste Häfen

Bahnlinien

Anmerkungen:

1 Inzwischen hat die SADC mit Angola, Botswana, DR Kongo, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Tansania 14 Mitglieder. Die genannten statistischen Wachstumsraten eines Großteils dieser Staaten müssen allerdings angesichts eines geringen Ausgangsniveaus und außerordentlich guter landwirtschaftlicher Erträge der letzten Jahre relativiert werden.

2 Gründungsmitglieder der SADCC waren Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe und Tansania.

► **Bernhard von der Haar** ist Wissenschaftler in der Abteilung Entwicklungssoziologie der FU Berlin und war zuletzt im Herbst 1997 in Südafrika.

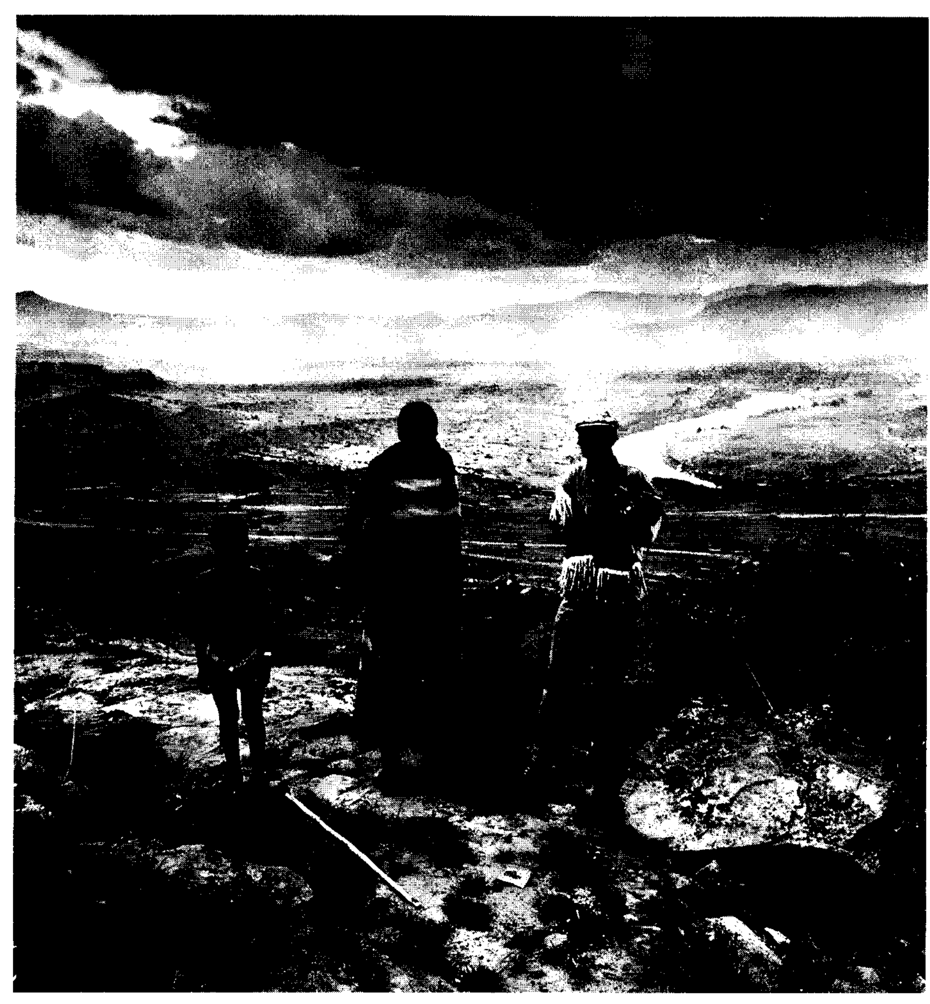


Foto: H.G. Schiele

Rassismus unterm Regenbogen

Migration und Xenophobie in Südafrika

von **Christian Goebel**

► Ende Januar 1995 wurde es ungemütlich in Alexandra, einem Township in der Nähe von Johannesburg. Bewaffnete Gruppen, überwiegend organisierte Jugendliche, zogen, aufgeputscht durch lokale politische Führer, durch die Straßen und machten Jagd auf mutmaßliche »Ausländer«. Sie brannten Häuser nieder und trieben viele Menschen, nach eigenem Wortlaut, »aus der Stadt hinaus«. Opfer wurden hierbei nicht nur Migranten, sondern auch »ausländisch aussehende« Personen aus anderen Teilen des Landes: Menschen mit dunklerer Pigmentierung als lokal üblich oder Personen mit einem »verdächtigen« Akzent. Die politische Szene und die Öffentlichkeit war erschüttert. In den Augen vieler Südafrikaner hat das Land in diesen Tagen »seine Unschuld« verloren, nachdem wenige Jahre zuvor die südafrikanische Regierung noch fremdenfeindliche Übergriffe in Deutschland verurteilt und mit dem Begriff der »Rainbow Nation« ein Gegenmodell zur Apartheidspolitik der Vergangenheit gesetzt hatte.

Die »Aliens« kommen

► Transnationale Migration ist auch in Afrika ein bereits aus vorkolonialer Zeit bekanntes Phänomen. Seit jeher verlassen Menschen ihre Wohnorte auf der Suche nach Arbeit, der Flucht vor Krieg, Naturkatastrophen oder einfach nur vor traditionellen Zwängen. In den letzten Jahren haben im südlichen Afrika die Migrationsbewegungen stark zugenommen, wobei Südafrika für eine wachsende Anzahl von Menschen das Ziel ist. Die südafrikanische Regierung reagiert unbeholfen und bisweilen panisch auf die ungesteuerte Zuwanderung, die von vielen als Verlust von nationaler Souveränität und politischer Steuerungsfähigkeit empfunden und bewertet wird.

Zeitgleich wachsen Ressentiments gegen Zuwanderer an und werden zunehmend aggressiver. Dieses Klima schlägt sich schon in der von politischen und gesellschaftlichen Akteuren benutzten Sprache nieder. Es gibt keine besondere terminologische Sensibilität im migrationspolitischen Diskurs Südafrikas. Begriffe wie »political« oder »economic refugee«, »illegal immigrant« oder »illegal alien«, oft verkürzt zu »illegal«, werden synonym verwandt, und der aus dem amerikanischen Diskurs entlehnte und entwürdigende Begriff »alien« wird mittlerweile vorbehaltlos sogar von linksliberalen Autoren benutzt.

Auch die noch aus der Apartheidszeit gültige Gesetzgebung, der »Aliens Control Act«, trägt diesen Begriff, der mittlerweile lingua franca in großen Teilen des wissenschaftlichen und politischen Diskurses geworden ist, im Titel. Und ähnlich wie sein deutsches Pendant »Asylant« ist das Wort »alien« mit diversen Bildern von Bedrohung verknüpfbar: Wie selbstverständlich wird auch in Südafrika von »aliens« gesprochen, die das Land überschwemmen, es massenhaft überfluten und die soziale Stabilität bedrohen. Mit dem unreflektierten Sprachgebrauch geht die Konstruktion einer quasi natürlichen Verbindung von Migration und gesellschaftlichen Problemen, wie z.B. der Kriminalität, einher. Ein Beispiel liefert der Südafrikaner Mike Hough, der Kriminalität als bedeutenden Pull-Faktor für Einwanderung definiert (soll heißen: »Verbrechersyndikate sorgen über die Grenzen hinweg für ihren Nachschub«).[1]

Erst richtig in Fahrt kam die Debatte, als im August 1994 ein Abgeordneter der rechtsextremen Vryheidsfront im Parlament eine »aus Polizeikreisen« stammende Zahl von 8 Mio. irregulären Einwanderern in die Diskussion brachte (was rund 20% der Gesamtbevölkerung entspräche).[2] Ein Blick in die südafrikanische Presse zeigt, wie die Stimmung eskalierte. Die »Sunday Tribune« berichtet im September unter der Überschrift »War on aliens« von einer Kriegserklärung, die Polizei und Immigrationsbehörden gegen mutmaßlich 8 Mio. »illegale« Migranten ausgesprochen hätten. In apokalyptischer Manier stellt die »Sunday Times« fest, daß in Folge zusammengebrochener Grenzkontrollen eine Welle von Armutsflüchtlingen in das Land ströme. Gegenmeinungen zu dieser Negativberichterstattung kamen kaum zu Wort.

Tatsächlich entbehren derartige Zahlen aber jeglicher wissenschaftlicher Grundlage. Belegbar sind lediglich die vom Innenministerium dokumentierten, rasant ansteigenden Zahlen von Ausweisungen aus Südafrika. Demnach verdoppelte sich zwischen 1994 und 1996 die Anzahl der ausgewiesenen



irregulären Migranten von ca. 90.000 auf 180.000. Diese Zahlen, ebenso wie die steigende Zahl der Paßvergehen, die ebenfalls offiziell dokumentiert sind, sind aber lediglich Beweis für eine erhöhte Zahl von Festnahmen. Sie können ein Indiz für eine gestiegene Zahl von Immigranten sein, vermutlich sind sie es auch. Eine zusätzliche Rolle spielt jedoch mit Sicherheit die verschärfte Einwanderungspolitik und -kontrolle. Diese ist in zahlreichen Äußerungen von Minister Buthelezi und Mitarbeitern seines Ministeriums belegt. Ganz und gar unzulässig ist allerdings die Praxis des Innenministeriums, steigende Einwandererzahlen auf der Grundlage der dokumentierten Paßvergehen hochzurechnen.

Ziel der Hardliner ist der Übergang vom biologistischen zum nationalistischen Rassismus

Es mag Zufall sein, daß Buthelezis Inkhata Freedom Party (IFP), die von nun an in der ersten Reihe gegen »Illegale« agitierte, in der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung ihren deutschen Hauptsponsor gefunden hat. Auf jeden Fall erscheinen die politischen Strategien der IFP deutschen Betrachtern recht bekannt. Die Regierung, deren Mitglied die IFP bis heute ist, wurde unter Druck gesetzt, die Gesetze zu verschärfen, sonst, so die Drohung lokaler IFP-Führer, nehme man das Heft selbst in die Hand.[3] Weiterhin wurde das Thema Einwanderung mit Themen wie innerer Sicherheit, Arbeitslosigkeit und sozialer Sicherung verknüpft, und vor dem Hintergrund des wachsenden öffentlichen Drucks kündigte Minister Buthelezi eine Verschärfung der Gesetzgebung und härtere Kontrollen an. Im Januar 1995 kam es dann zu den geschilderten organisierten Übergriffen gegen Migranten.

Es sollte allerdings nicht der Eindruck entstehen, die skizzierten rassistischen Einstellungen und ihre Manifestationen seien lediglich Produkt einer gezielten Medienstrategie. Es wird jedoch so oft ausschließlich auf die soziale Situation und die rassistische Vergangenheit des Landes als Hintergründe der Xenophobie verwiesen, daß das Interesse verschiedener politischer Akteure an einer gesellschaftlichen Diskussion über »Ausländer« in den Hintergrund tritt.

Umfragen belegen, daß vor allem die alten Machteliten und die mit ihnen verbundenen Parteien der Rechten (also Nationale Partei, Inkhata, Rechtsextreme) den Zuwanderern die ökonomischen Probleme, die Kriminalität und eine vermeintliche »Überfremdung« zuschreiben. Dies folgt nicht zuletzt der Logik ihrer politischen Tradition: Buthelezis Inkhata (IFP) ist eine ethnisch definierte Partei des Zulu-Nationalismus. Dieses exklusive Nationenkonzept – in Kwa-Zulu gescheitert, da es zu keiner Sezession kam – wird von der Partei nun auf die nationale Ebene übertragen. Ebenso wie die weißen Parteien der Rechten, die z.B. einen exklusiven Staat für Buren vertreten, hat die IFP zumindest indirekt eine ausschließende politische Konzeption in die neue Ordnung »hinübergerettet«. Zudem zeigen große Kreise in Polizei, Militär und Bürokratie Interesse an einer restriktiven Ausweisungspolitik, nicht zuletzt weil damit zum Teil ihre Existenz legitimiert wird. Das Ziel dieser Hardliner ist die Transformation des »alten« biologistischen, auf Hautfarbe basierenden (Apartheid) in ein nationalistisches Rassismuskonzept (Neo-Apartheid), das den ausschließenden Charakter auf einen Sündenbock für die gesellschaftlichen Probleme des neuen Südafrikas zu übertragen versucht.

Der ANC steht als große Sammel- und Regierungspartei vor allem unter dem Druck seiner Basis, für die Umsetzung der großzügigen Wahlversprechen zu sorgen. Diese blieben bislang weitgehend unerfüllt – grundsätzliche krasse soziale Ungleichheiten bestehen weiter. Oft erscheint es vor diesem Hintergrund auch Politikern der Regierungspartei bequemer, komplexe Fragen mit einfachen Argumenten zu beantworten. Nicht ungern überließ man demzufolge das unbequeme Feld der Einwanderungspolitik der IFP und Minister Buthelezi.

Zwar versuchte der ANC bislang, den einfachen Konzepten des Neo-Rassismus das sympathische, weil inklusive Modell der Rainbow-Nation entgegenzustellen. Nelson Mandela, der den Begriff prägte und zum Markenzeichen seiner Administration machte, hob immer wieder hervor, daß die südafrikanische Nation offen sein müsse. Schließlich sei der ANC auch eine afrikanistische Partei und daher könne kein Afrikaner in Südafrika eine persona non grata sein. Das Regenbogenmodell bleibt aber diffus und ist auch innerhalb des ANC, selbst schon dem Namen nach eine nationalistische Partei, umstritten. So betont ein Parteiflügel die nationale Seite der ANC-Konzeption und fordert eine »South Africans-First-Politik«. Zu dieser nationalistischen Fraktion zählen etwa Tourismusminister Maduna oder der stellvertretende Verteidigungsminister Modise. Letzterer befürwortet die Reaktivierung des mehrere hundert Kilometer langen, zu Apartheidszeiten unter tödlicher Stromspannung stehenden Grenzzauns zu Simbabwe und Mozambik. Derzeit ist er auf »detection mode« eingestellt und reagiert wie eine riesige Alarmanlage, die jeden Grenzübertritt meldet.

Der ANC und der Druck der Straße

▶ Die Mehrheit im ANC befürwortet jedoch (noch) eine weniger restriktive Politik und strebt die Reform der übernommenen rassistischen Gesetzgebung und repressiven Ausweisungspolitik an, welche Migranten im öffentlichen Bewußtsein immer noch zu Außenseitern macht. Weitgehende Einigkeit besteht im ANC heute nämlich darüber, daß der wiedererstarkte Rassismus nicht nur eine Folge der aktuellen Politik, sondern auch der rassistischen Tradition des Landes ist. Rassistische Denkmodelle haben sich tief in die Köpfe aller Südafrikaner eingegraben. Übergriffe auf ausländische Straßenhändler im Zentrum Johannesburgs zeigen, wie schnell Migranten z.B. im von Unterentwicklung und Konkurrenz geprägten informellen Sektor (vgl. *iz3w Nr. 212*) Gefühle von Sozialneid und Bedrohung wecken. Man ist sich bewußt darüber, daß von seiten der Politik lediglich ein Funke gesetzt zu werden braucht, »damit das Faß explodiert«.[4]

Das Ziel der Autoren eines »Green Paper zur Einwanderungspolitik« ist daher eine geregelte Einwanderung und nicht die Nährung der Illusion, der »Druck auf die Grenzen« könne anders als durch regionale Integration vermindert werden. Die Umsetzung dieses Konzeptes würde den Bruch mit »der letzten Bastion der Apartheidgesetzgebung« bedeuten. Doch die Verwirklichung der Initiative ist offen. Die 1999 stattfindenden Wahlen werfen ihre Schatten voraus, und die Einflußnahme der »Restriktionisten« auf den Gesetzgebungsprozeß ist bereits deutlich spürbar. Das Einwanderungsthema könnte zum Testfall für die politische Kultur der vielbeschworenen Rainbow Nation an der Südspitze Afrikas werden.

Anmerkungen:

1 Mike Hough: »Illegal aliens in South Africa: causes and facilitating factors«, Strategic Review for Southern Africa, Vol. XVII no. 1, May 1995, S. 15-16

2 »SA has 8 million illegal immigrants«, Business Day, 31.8.1994

3 »IFP threat of physical action on illegal immigrants«, The Star, 14.9.1994; »IFP declares war against illegals«, Sowetan, 22.9.1994

4 ANC-Parlamentarier Rob Davies in einem Interview mit dem Autor

---

▶ **Christian Goebel** arbeitete am Beispiel Südafrikas im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs »Konflikte im Kontext kultureller und sozialer Diversität« an der Universität Münster.

Geld für die Welt

Die Weltbank fördert die Privatisierung der Entwicklungspolitik



Foto: R. Maro/version

von **Barbara Unmüßig**

Eigentlich ist die Weltbankgruppe seit den 60er Jahren eine Institution zur Versorgung der Länder des Südens mit Krediten für entwicklungsrelevante Projekte. Als »entwicklungsrelevant« gilt heute aber mehr denn je die Förderung der Privatwirtschaft. Um hier nicht den Anschluß zu verlieren, bemüht sich die Weltbank inzwischen mehr und mehr um Unternehmen und Konzerne aus Industriestaaten, die im Süden investieren möchten.

► Weltbankpräsident James Wolfensohn riß mit seinem Vortrag in der Friedrich-Ebert-Stiftung das Bonner Publikum im November 1997 zu Begeisterungsstürmen hin. Eloquent und mit Fakten gespickt, erläuterte er den Zuhörern die aktuellen Trends der Weltwirtschaft. Er referierte über die seit Beginn der 90er Jahre stark gestiegenen privaten Kapitalflüsse und ausländischen Direktinvestitionen in die Dritte Welt und beklagte den gleichzeitigen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Er erwähnte auch, daß vom neuen Kapital- und Investitionssegen nur wenige Länder vor allem in Asien und Lateinamerika profitieren. Der Löwenanteil der privaten Kapitalflüsse fließt nämlich in ganze zwölf Länder mittleren Einkommmens, während sich die armen und ärmsten Länder gerade einmal 6% des weltweiten privaten Geldkuchens teilen müssen. Wie die Bank auf diese weltwirtschaftlichen Entwicklungen reagiert, wäre die Frage des Abends gewesen. Stellt sie sich dem Trend entgegen? Wie geht sie dabei mit ihrem alten Dilemma um, einerseits die erste Entwicklungsadresse für das 21. Jahrhundert und zugleich eine öffentliche Bank zu sein, die sich im internationalen Finanzgeschäft behaupten muß? Darüber ließ Wolfensohn sein Publikum aber im Dunkeln. Geschickt präsentierte sich der frühere Investmentbanker als Entwicklungspolitiker, dem Gesundheitsfürsorge, Bildung und der Kampf gegen Korruption zum Herzensanliegen geworden sind.

Ein großer Teil der aktuellen Geschäftspraxis der Weltbankgruppe (s. Kasten) sieht jedoch ganz anders aus. Die Finanzausstattung von Projekten zur unmittelbaren Armutsüberwindung oder zum Umweltschutz ist rückläufig. Die Förderung des privaten Sektors, d.h. die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen privater Wirtschaftsunternehmen aus Industrie- und (in weit geringerem Umfang) aus Entwicklungsländern, mit neuen Kredit- und Garantielinien, gehört dagegen zum schnellstwachsenden Geschäftsbereich der Bank.

Umbruch unter Druck

► Als Wolfensohn wenige Monate nach den Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der Bretton-Woods-Zwillinge (IWF und Weltbank) seinen Job als Präsident der Weltbankgruppe antrat, befand sich die Bank unter Legitimationsdruck. Zwischen 1990 und 1996 haben sich zwar die Netto-Finanzströme in die Dritte Welt von 100 Mrd. auf 284 Mrd. US-Dollar erhöht. Jedoch entfallen nur noch knapp über 44 Mrd. US-Dollar davon auf die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe (ODA).[1] Die starke Zunahme privater Kapitalströme in einige Länder der Dritten Welt seit Anfang der 90er Jahre und der gleichzeitige dramatische Rückgang öffentlicher Finanztransfers bescherte der Bank einen Bedeutungsverlust als weltwirtschaftlicher Akteur. In ihrer Funktion als Kapitaltransferierer ist sie immer weniger gefragt, da sie für die profitorientierten Privatinvestoren aus den Industrieländern nicht unbedingt die erste Adresse bei deren Suche nach Kreditgebern für Unternehmungen in der Dritten Welt ist.

Die Weltbank


Kreditunwürdiges Kleinunternehmen? Foto: A. Wilms-Schröder

► Die Weltbank-Gruppe ist eine der wichtigsten Einrichtungen der multilateralen Kapitalhilfe. Sie umfaßt neben der Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development/IBRD) auch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die Internationale Finanz-Corporation (IFC) sowie mittlerweile die Mulitlaterale Investitions Garantie Agentur (MIGA). Mit dem IWF wurde die Weltbank 1944/45 zur Kapitalbereitstellung beim Wiederaufbau ihrer Mitgliedsstaaten nach dem Weltkrieg gegründet. Seit den 50er Jahren wurde die Weltbank, zu deren Mitgliedern mittlerweile fast alle Staaten zählen, zur größten öffentlichen Kreditkapitalquelle für die Entwicklungsländer. Entsprechend der von den Mitgliedsstaaten eingezahlten Grundkapitalanteile, besitzen die Industriestaaten wie im IWF die Stimmenmehrheit.

Die IBRD vergibt zu marktüblichen Zinsen rückzahlbare Kredite, zu deren Bereitstellung sie auf internationalen Kapitalmärkten Anleihen aufnimmt. Finanziert werden sollen solche Projekte, die als prioritär für die Entwicklung des jeweiligen Landes angesehen werden und für die zu angemessenen Bedingungen Kapital aus anderen Quellen nicht zu beschaffen ist. Aus der politischen und ideologischen Interpretationsvielfalt von »Entwicklungsprioritäten« erklären sich die unterschiedlichen Finanzierungsstrategien in der Geschichte der Weltbank, die zwischen Armutsbekämpfung und Grundbedürfnisausrichtung (70er Jahre) sowie der Bevorzugung von Wachstumspolitik und Privatwirtschaftsförderung pendelten (60er u. 80er Jahre).

Kann die IBRD als profitorientiert wirtschaftende Geschäftsbank gelten, so vergibt die IDA ärmeren Mitgliedsstaaten der Weltbankgruppe zinslose Kredite mit langen Laufzeiten. Die Finanzausstattung der IDA ist v.a. abhängig von den Zahlungen aus den öffentlichen Haushalten der Mitgliedsstaaten. Während IDA und Weltbank Kredite i.d.R. an Staaten vergeben, fördert die IFC Initiativen privater Unternehmen in den Mitgliedsstaaten. Zusammen mit dem IWF ist die Weltbank verantwortlich für die Aufstellung von Strukturanpassungsprogrammen für verschuldete und kapitalbedürftige Mitgliedsländer. Dieses Instrument der weltweiten Durchsetzung marktwirtschaftlicher Strukturen hat mit den jüngsten Krisenerscheinungen in Südostasien wieder an Aktualität gewonnen.

Besonders vom Rückgang der öffentlichen Finanztransfers ist zudem die Weltbanktochter IDA betroffen. Sie vergibt hochkonzessionäre Kredite an arme Länder. Für diese Länder sind IDA-Kredite häufig die einzige Möglichkeit, an internationales Kapital heranzukommen. Die IDA speist sich vor allem aus Zuschüssen öffentlicher Haushalte. Bei der letzten Verhandlungsrunde zu ihrer Finanzausstattung (1996-1999) kamen statt der von der Weltbank angestrebten 33 Mrd. DM vor allem wegen der Weigerungshaltung der USA nur ca. 24 Mrd. DM zusammen.[2]

Die Daten über die steigenden privaten Kapialflüsse in die Dritte Welt beflügelten vor allem neoliberale Weltbankkritiker. Diese sehen in den öffentlich subventionierten IDA-Krediten einen Verstoß gegen den Grundsatz freier internationaler Kapitalmärkte. »Niemand würde die Weltbank unter heutigen Umständen erfinden. Damit sie nützlich wird, sollte sie weniger tun.« Mit diesen Worten leitete das Wirtschaftsmagazin Economist Anfang März 1997 einen Artikel über die Rolle der Weltbank in der Entwicklungsfinanzierung ein.

Derart politisch und finanziell unter Druck geraten, war Wolfensohns Leitfrage bei seinem Amtsantritt, welchen Platz sich die Weltbank im institutionellen Gefüge der Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert sichern kann. Wolfensohns Orientierungsphase scheint einen ersten Abschluß gefunden zu haben: Den Globalisierungsprozeß noch aktiver zu begleiten und ihn mit der Förderung des Privatsektors selbst voranzutreiben, ist der Kern seiner Botschaft.

Privat voll engagiert

► Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen setzt Wolfensohn ganz auf das Weltbankengagement im Privatsektor. Die institutionellen Eigeninteressen der Bank – vor allem die Sicherung der eigenen Kapitalbasis und der Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten – lassen sich nicht mit Schwerpunkten in der Armutsbekämpfung und im Umweltschutz verwirklichen. Aufträge für Firmen im Norden waren dagegen schon immer ein »überzeugendes« Argument für die politische und finanzielle Unterstützung der Weltbank durch die reichen Mitgliedsstaaten. So bringt jeder von den Deutschen eingezahlte US-Dollar 1,47 US-Dollar an Aufträgen für deutsche Firmen und Berater zurück.[3] Diese besondere Hebelfunktion der Weltbank ist ein überzeugender »Werbeträger« für eine Klientel, die bei ihren nördlichen Regierungen mit mehr Einfluß und Verhandlungsmacht ausgestattet ist als die Armen in der Dritten Welt und NGOs in Nord und Süd.

Nun besteht eine der Hauptaufgaben der Weltbank seit jeher darin, den privaten Kapitalfluß in die Dritte Welt und jüngst auch nach Osteuropa zu erleichtern und anzuregen. Und seit den 80er Jahren gehört auch die Privatisierung staatlicher Betriebe und der Abbau von Barrieren für Direktinvestitionen und Handel zu den Prioritäten ihrer Strukturanpassungsprogramme. Jetzt allerdings baut die Weltbankgruppe ihr Instrumentarium und das Finanzvolumen ihrer Geschäftstätigkeit zur direkten Förderung von privaten Wirtschaftsunternehmungen im Süden aus. Dabei stehen ihr zwei Organisationen zur Verfügung: Die Internationale Finanz Corporation (IFC) – sie wurde bereits 1956 gegründet, übernimmt Beteiligungen und vergibt Kredite vor allem an Privatunternehmen – und die Multilaterale Investitionsgarantieagentur (MIGA). Diese operiert erst seit 1989 und versichert private ausländische Direktinvestitionen gegen politische und wirtschaftliche Risiken.

Die IFC und die MIGA haben ihre Geschäfte zuletzt beträchtlich ausgeweitet (1995 um 28 bzw. 80%) und weisen die höchsten Wachstumsraten aller Weltbankinstitutionen aus. »Die IFC der Zukunft wird eine viel größere Institution sein als heute,« prognostizierte jüngst ihr Vizepräsident Jannik Lindbaek. Außerdem haben die Exekutivdirektoren der Weltbank jetzt auch deren Möglichkeiten erweitert, direkt Kredite und Garantien an Firmen zu vergeben. Bisher waren Kredite der IBRD fast ausschließlich Regierungen vorbehalten. So fließt ein immer größerer Teil der gesamten Weltbankgruppengelder direkt in den Privatsektor.

Zwar kann es entwicklungspolitisch durchaus sinnvoll sein, ineffiziente und defizitäre Staatsbetriebe zu privatisieren, Subventionen zu streichen und private Firmen im Süden zu fördern. Jedoch zeigt die Geschäftspraxis von IFC und MIGA, daß ihr Instru-

mentarium z.B. den Bedürfnissen kleinerer und mittlerer Firmen, die Kleinkredite benötigen, nicht angemessen ist. In ihrer Geschäftspraxis kopieren beide vielmehr – wie andere profitorientierte Finanzierungsgesellschaften auch – weitgehend den Markt: Im Fall der IFC konzentrierten sich 1995 zwei Drittel des gesamten Projektbudgets auf die zwölf Länder, die ohnehin sehr viele private Kapitalflüsse erhalten. Auf Afrika südlich der Sahara entfielen im gleichen Jahr gerade einmal 10% der Beteiligungen – weniger als auf Argentinien alleine. Die MIGA konzentriert sich noch stärker auf die attraktiven Schwellenländer.

Außerdem begünstigen Beteiligungsgesellschaften aus Rentabilitätsgründen eher konventionelle private Großprojekte wie etwa Kraftwerke, Zement- und Papierfabriken. Zwischen 1990 und 1995 finanzierte die IFC Projekte, die durchschnittlich ein Volumen von 79 Mio. Dollar aufwiesen (MIGA: 55 Mio. Dollar). Stolz verkündete die MIGA 1995, daß sie mit Projekten im Wert von 500 Mio. Dollar 900(!) Arbeitsplätze geschaffen habe. Zudem gelten Umwelt- und Sozialrichtlinien, wie sie für die Kredite von IDA und Weltbank nach einer Projektprüfung vorgeschrieben werden können, nicht in gleicher Weise für IFC und MIGA. Beide sind häufig an besonders umweltschädlichen Produktionen (Erdölerschließung, Goldminen usw.) beteiligt.

Griff in die Mottenkiste

▶ Die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, vor allem im Energie-, Telekommunikations- und zunehmend im Verkehrssektor, früher ein klassisches staatliches Betätigungsfeld, wird mehr und mehr von privaten Firmen und Banken v.a. aus dem Norden übernommen. Mit ihrem erweiterten Instrumentarium hat die Weltbank also gerade rechtzeitig auf diese Entwicklung reagiert, um im Geschäft zu bleiben. Mit der Ausweitung der Privatsektorförderung verstärkt sie allerdings die weltwirtschaftlichen Ungleichheiten, statt sie auszugleichen. Die ärmsten Staaten vor allem in Afrika sind die doppelten Verlierer: Sie sind nicht nur von den privaten Kapitalströmen weitgehend abgehängt, sondern auch von den rückläufigen öffentlichen Ressourcentransfers betroffen, die sich immer mehr Länder (s. Osteuropa und Mittelasien) teilen müssen.

Finden Kredite an Privatunternehmen und Risikogarantien doch einmal ihren Weg in die Ökonomien Afrikas, dann fließen sie zum größten Teil in den Exportsektor, in dem in der Regel vor allem ausländische Firmen und multinationale Konzerne aktiv sind. Denn in den armen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas fehlt es an lokalen Unternehmen, an Managementkapazitäten und einem einheimischen Finanzsektor, der Mittel für Privatisierungen oder privat finanzierte Infrastrukturinvestitionen mobilisieren kann.

Die IFC versucht zwar, mit kleineren und mittleren afrikanischen Unternehmen zu kooperieren – erschreckend ist jedoch, wie sie gerade in afrikanischen Ländern deren Rohstoffvorkommen als komparativen Vorteil sieht. Im Visier hat sie dabei nämlich nicht den Aufbau verarbeitender Industrien. Vielmehr sollen die Erlöse solcher geförderter Extraktionsindustrien die soziale Entwicklung voranbringen. Damit kehrt die Weltbank zur Entwicklungspolitik der 60er Jahre zurück. Indem sie auf den sog. Trickle-down-Effekt ihrer Investitionen setzt (irgendwann kommt auch etwas bei den Armen an), greift sie in die Mottenkiste der Modernisierungsstrategie. Ein besonders krasses Beispiel für diese Förderschiene ist ein geplantes Projekt, im Süden des Tschad Erdölquellen zu erschliessen und eine Pipeline an die Küste Kameruns zu bauen. Nutznießer einer geplanten IFC-Finanzierung wären in erster Linie die Ölmultis Exxon, Elf Aquitaine und Shell.

Zur Integration der modernen oder exportfähigen Sektoren der Länder des Südens in die Weltwirtschaft gehört aber auch eine Sozialpolitik, die sich nicht allein auf klassische Sektoren (Gesundheit, Bildung) konzentriert. Eine Rolle der Weltbank sieht Wolfensohn hier vor allem im Aufbau strukturell wichtiger wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, wie einer Sozialgesetzgebung mit Kranken- und Rentenkassen. Solche Programme und Reformen sollen mit Krediten der IDA finanziert werden. Ähnliches ist letztlich auch für den Umweltbereich (GEF) intendiert. Für beide aus öffentlichen Mitteln gespeisten Fonds gilt jedoch, daß ihre Finanzausstattung viel zu gering ist, als daß sie die sozialen und ökologischen Folgen der geförderten Wirtschaftspolitik auch nur annähernd ausgleichen könnten.

Kundenfreundliche Angebote

▶ Um wie vorgesehen den investitionsbereiten Privatsektor v.a. der Industriestaaten ansprechen zu können, muß die Bank auch bessere Dienstleistungen anbieten. Ihre 1997 gestartete Reorganisation ist eng mit der angestrebten Anwerbung des Privatsektors verknüpft. Eine »ergebnisorientierte Kultur« in die schwerfällige Organisation einzuführen und sie »kundenorientiert« zu gestalten, ist das erklärte Ziel Wolfensohns. Nahtlos ins Konzept der Privatsektorförderung paßt auch, daß die Weltbank seit einiger Zeit die Projektrichtlinien für IBRD- und IDA-Kredite durchforstet, deren Handhabung als schwerfällig und bürokratisch gilt. NGOs kritisieren, daß dabei nun die in vielen Jahren erstrittenen sozialen und ökologischen Grundprinzipien für die Projektförderung über Bord geworfen oder zu unverbindlichen Empfehlungen verwässert werden. Dennoch dürfte feststehen, daß ein großer Teil des Privatsektors die neuen Angebote der Weltbank im Private-Public-Partnership Geschäft nur dann in vollem Umfang akzeptieren wird, wenn sie weder mit zu vielen Auflagen und Verzögerungen noch mit zuviel Öffentlichkeit und Transparenz verbunden sind.

Die Weltbankgruppe hat sich nach einer kurzen Legitimationskrise ideell und in ihrer Geschäftspolitik dem liberal-globalen 21. Jahrhundert angepaßt. Ihre entwicklungspolitischen Ambitionen richtet sie auch aus institutionellem Eigeninteresse immer mehr an der lukrativen Förderung des Privatsektors aus. Soziale, umweltrelevante und institutionelle Initiativen werden dann gefördert, wenn sie funktional für die modernen Sektoren einer Volkswirtschaft sind. Für die Abermillionen Menschen jedoch, die in den modernen weltmarktfähigen Sektoren keinen Platz finden, hat die Weltbank, die sich gerne die Entwicklungsagentur des 21. Jahrhunderts nennen möchte, (außer Katastrophenhilfe) kein Konzept.

Anmerkungen:

1 Diese ist weiter rückläufig und liegt nominal unter dem Niveau von 1990. Von dieser Summe fließen außerdem inzwischen 12% in Flüchtlings- und Nothilfemaßnahmen (1990 waren es nur 2%).

2 Auch die Hoffnungen der Weltbank, mehr öffentliche Mittel für den Umweltschutz mobilisieren zu können, haben sich als trügerisch erwiesen. Die Globale Umweltfazilität (GEF) hat für drei Jahre gerade einmal etwas mehr als 2 Mrd. US-Dollar zur Verfügung.

3 Anfang Januar gab das BMZ bekannt, daß es einen Treuhandfonds für Beratungsleistungen bei der Weltbank eingerichtet hat. Mit solchen länderbezogenen Trust Funds finanziert die Weltbank projektvorbereitende Maßnahmen. Sie begünstigt dabei Beratungsfirmen aus dem Land, welches den Trust Fund dotiert.
Damit sichert sie nicht nur der deutschen Consulting Industrie Aufträge. Ebenso werden Weichen für deutsche Auftragnehmer und Technologien gestellt.

▶ **Barbara Unmüßig** arbeitet für die NGO 'WEED' (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) in Bonn.





Foto: J. Holst

Vom loser zum win-win?

Die Privatisierung der Entwicklung ist Subventionspolitik

von **Christel Zgaga**

Was noch vor wenigen Jahren geheimgehalten wurde, gehört heute zum offiziellen Konzept. Die Förderung deutscher Privatwirtschaft ist erklärtes Ziel der Entwicklungspolitik und bei Vergabe der Gelder zu beachten.

▶ Public Private Partnership, kurz PPP, heißt der neue Slogan, der der Entwicklungspolitik neues Leben einhauchen soll. Konzepte liegen zwar noch nicht vor, in den offiziellen Botschaften von BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und Entwicklung) und BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) besteht jedoch Einigkeit darüber, daß Entwicklungspolitik und Privatwirtschaft eine Partnerschaft eingehen müssen. Ergebnis der Kooperation soll eine »Win-Win«-Situation sein, in der Partnerland und heimische Industrie die Nutznießer sind.

Ein Beispiel für die Umsetzung dieses Ideals ist die Berufliche Aus- und Fortbildung, seit jeher fester Bestandteil des entwicklungspolitischen Maßnahmenkatalogs. Der Geschäftsführer der GTZ, Eisenblätter, kann sich vorstellen, daß seine halbstaatliche Ausführungsorganisation schon im Vorfeld der Investitionen, d.h. etwa in der Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte, Pionierarbeit im Sinne des jeweiligen deutschen Unternehmens leisten könne: »Die Berufsbilder, beispielsweise Chemiefacharbeiter, könnten von Anfang an auf die speziellen Bedürfnisse der deutschen Investoren abgestimmt werden« (Handelsblatt vom 7.11.97). Die Idee hat Charme, doch solange die Frage der Finanzierung nicht entschieden ist, sollten Entwicklungspolitiker vorsichtig sein. Es kann nicht Aufgabe der Entwicklungspolitik sein, deutschen Unternehmen im Ausland die Kosten der Ausbildung zu ersparen.

Ein alter Hut wird Mode

▶ Bei kritischen Entwicklungspolitikern läßt die Verknüpfung von Entwicklungspolitik und Wirtschaftspolitik die Alarmsignale blinken. Regelmäßig ist in der Vergangenheit die Entwicklungszusammenarbeit in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt worden. Der proklamierte Vorrang der Armutsbekämpfung wurde meist den Zielen der Außenwirtschaft und Außenpolitik untergeordnet. Das bestätigt auch der wissenschaftliche Beirat des BMZ: »Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wurde in wichtigen Ländern regelmäßig den gesamtpolitischen Prioritäten der Bundesregierung untergeordnet« (BMZ aktuell 054).

Diese Unterordnung spiegelt sich in der BMZ-Politik deutlich wider. Als Bundesminister Spranger im Oktober 1991 offiziell die fünf Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit vorstellte, lauteten seine Kriterien für die Vergabe von Mitteln: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit, marktwirtschaftliche Orientierung und die Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns. Die Erfüllung dieser Vorgaben durch die jeweiligen Länder sollte zumindest auf dem Papier Art und Umfang der Entwicklungshilfe bestimmen.

Sechs Jahre nach Einführung dieser Kriterien ist erneut klar geworden, daß das wirtschaftliche Potential eines Landes ein weitaus wichtigeres Entscheidungskriterium ist als etwa die Beachtung der Menschenrechte. Nach wie vor sind die Hauptempfängerländer deutscher Entwicklungshilfe Indien, China, die Türkei und Indonesien. Indonesien, die Türkei und China sind weder für eine friedliche, die Menschenrechte achtende Innenpolitik noch für eine entsprechende Außenpolitik bekannt. In Osttimor und Tibet steht die Verletzung der Menschenrechte auf der Tagesordnung. Die Türkei führt faktisch Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Werfen die sog. Schwellenländer und »emerging economies« ihr wirtschaftliches Potential und ihre strategische und politische Bedeutung in die Waagschale, verlieren die menschenrechtlichen Kriterien für die Geberländer an Bedeutung. Unter den Entwicklungsländern ist China z.B. mit Abstand der größte Abnehmer deutscher Waren.

Außerdem soll Entwicklungspolitik schon immer einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik leisten. In der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit soll möglichst auf die Beschäftigungswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland geachtet werden. Und die Technische Zusammenarbeit im engeren Sinne ist de facto auf deutsche Lieferungen und Leistungen ausgerichtet. So machte 1993 der Umfang der sog. Lieferbindung 52,1% der gesamten

bilateralen Zusagen öffentlicher Entwicklungshilfe aus. Darüberhinaus enthält der Haushalt des BMZ weitere Titel, die indirekt oder direkt der Förderung der deutschen Wirtschaft dienen, z.B. das Niederlassungs- und Technologieprogramm. Weitere Instrumente der Bundesregierung zur Außenwirtschaftsförderung deutscher Unternehmen sind Ausfuhrgewährleistungen, Kapitalanlagegarantien, die Exportfinanzierung der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Verbundfinanzierung (s. Kasten).

Die Verzahnung von Entwicklungspolitik und Wirtschaft ist also ein alter Hut. Auch die jüngst erfolgte Umbenennung und Umwidmung der Mittel des Titels 686/11 ist lediglich eine realistischere Beschreibung: Hieß der Titel 1996 noch »Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer sowie Maßnahmen zur Förderung des Handels«, so wurde er 1997 umgetauft in »Förderung entwicklungspolitischer Beiträge der deutschen Wirtschaft und ihre Einrichtungen« und bündelt Instrumente der Privatwirtschaftsförderung, die sich vorher über drei Titel verteilten.

Wirtschaftsförderung ist Teil der Hilfe

▶ Und hier zeigt sich dann das wirklich Neue in der Entwicklungspolitik: Das Kind wird beim Namen genannt. Die Verknüpfung von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, d.h. die Unterordnung der einen unter die Ziele der anderen, wird nicht mehr versteckt, sondern offensiv proklamiert. Es gehört nun zum gutem Ton, sich für eine Kooperation einzusetzen, sie PPP zu nennen und die Kluft zwischen den Grundsatzpapieren des BMZ und der faktischen wirtschaftsfreundlichen Mittelallokation offiziell in Richtung der letzteren zu schließen.

So wird die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die deutsche Wirtschaft in jüngster Zeit wiederholt hervorgehoben. Auf einer Veranstaltung des Carl-Duisberg Arbeitskreises sagte Minister Spranger vor rund 200 Vertretern der deutschen Wirtschaft: »Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere mit fortgeschrittenen Entwicklungsländern, ist die systematische Nutzung der gemeinsamen Interessen zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit von erheblicher Bedeutung« (E+Z 38/1997). Vor dem Beirat der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer der Deutschen Wirtschaft erklärte er: »Die Förderung der (deutschen, C.Z.) Privatwirtschaft ist fester Bestandteil der entwicklungspolitischen Konzeption des BMZ« (epi 12/97).

Der wissenschaftliche Beirat des BMZ empfiehlt, in der EZ einen Schwerpunkt auf die staatliche Abstützung privatwirtschaftlicher Kooperationen mit Schwellenländern und fortgeschrittenen Ländern zu legen. Das sektorübergreifende Konzept »Privatwirtschaftsförderung in den Partnerländern des BMZ« konkretisiert dies. Anders als der Titel vielleicht hoffen läßt, konzentriert sich das Konzept nicht auf Förderungsmöglichkeiten von Unternehmen in Staaten der Dritten Welt, sondern auf die Subventionsmöglichkeiten deutscher Unternehmen. Eine Studie des DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) fordert auf, »alle Politikbereiche (...) heute verstärkt auf ihren Beitrag zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu überprüfen. Auch die Entwicklungszusammenarbeit muß sich dieser Herausforderung stellen. Die Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung (...) sollte vor allem in den mittleren Entwicklungsländern intensiviert und zu einem Schwerpunkt der deutschen EZ ausgebaut werden.«

Diese und andere Verlautbarungen lassen ahnen, was aus der propagierten »win-win«-Situation werden wird. Folgt man der sich abzeichnenden Konzeption, kommen für eine Zusammenarbeit nur noch die dynamischen Entwicklungsländer und die Schwellenländer in Frage. Das bringt auch der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) auf den Punkt, der die EZ auffordert, »sich auf die Länder zu konzentrieren, in denen Ansatzpunkte für eine echte wirtschaftliche Zusammenarbeit bestehen. Dies gilt besonders für fortgeschrittene Entwicklungs- und Schwellenländer.« In einer Erklärung von BDI-Präsident Henkel, die er anläßlich einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Minister Spranger am 11.12.97 herausgab, heißt es: »Wir sollten systematisch das bestehende Instrumentarium, das von verschiedenen entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen betreut wird, daraufhin überprüfen, ob es im Hinblick auf die Bedürfnisse der Unternehmen richtig zugeschnitten ist (...). Diese Überprüfung könnte dazu führen, daß das eine oder andere Instrument abgeschafft oder neue Instrumente geschaffen werden«.

Entwicklungspolitik trägt »zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Deutschland« bei

Das BMZ befürwortet dies grundsätzlich und bekräftigt, daß »deutsche Unternehmer im Sinne einer öffentlich-privaten Partnerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden« (Sektorkonzept Privatwirtschaft, S.8). Die früher übliche Verschleierung der wirtschaftlichen Funktion der Entwicklungspolitik weicht mehr und mehr einer offensiven Argumentation für die Verknüpfung von Entwicklungs- und Wirtschaftpolitik im Interesse des Standorts Deutschland. Der »Schwerpunkt der Wirtschaftskooperation« dient dem BMZ offenbar als rettender Strohhalm, der der schwindenden politischen und öffentlichen Akzeptanz von Entwicklungspolitik entgegengestellt werden kann. Zwar fordert das Ministerium, daß »entwicklungspolitische Zielsetzungen dabei ausschlaggebend bleiben« (ebd.). Doch bisher hat das BMZ keine Konzepte einer Partnerschaft vorgelegt, die sich an entwicklungspolitischen Zielen orientieren und die Unternehmen mit zur Kasse bitten. Dies und die bisherigen Erfahrungen mit den Instrumenten der Entwicklungspolitik lassen eher den Schluß zu, daß die Entwicklungspolitik auch diesmal zu den Verlierern zählt.

▶ **Christel Zgaga** ist Referentin für Entwicklungspolitik bei der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Verbundfinanzierung

mischt im Bundeshaushalt bereitgestellte Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit Kapitalmarktmitteln der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Damit die Verbundkredite als Kredite der Entwicklungshilfe angerechnet werden können, muß der FZ-Anteil bei lieferungebundenen Projekten mindestens 25 %, bei -gebundenen 35 % betragen. Offizielles Ziel ist es, durch diesen Schenkungsanteil zusätzliche Kapitalmarktmittel für entwicklungspolitisch förderungswürdige Vorhaben zu mobilisieren. Doch fast alle Vorhaben werden mit einem höheren, oft verdoppelten Schenkungsanteil finanziert. Das läßt vermuten, daß die Verbundfinanzierung eher ein Instrument der Exportförderung ist. Auch die entwicklungspolitische Ausrichtung des Instruments ist fraglich. Die Verbundkredite werden nur an risikomäßig überdurchschnittlich gut beurteilte Partnerländer (bislang z.B. südostasiatische Schwellenländer) ohne erkennbare Verschuldungsprobleme vergeben. Der Gewährleistungsrahmen wurde seit Einführung des Instrument 1994 stetig aufgestockt. Im Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998 ist ein Deckungsrahmen in Höhe von 2.050 Mio DM vorgeschlagen.

Im wesentlichen konzentrieren sich die bisherigen Zusagen auf die VR China (50%) und Indien (36%). Die Verbundfinanzierung hilft damit Ländern, die ihre Nachfrage nach Kapital auch auf dem freien Markt befriedigen könnten. Die Mittel, die für ärmere Entwicklungsländer dringend notwendig sind, fließen in die Schwellenländer. Auch die Projekte der Verbundfinanzierung dienen vorrangig dem steigenden Finanzierungsbedarf der fortgeschrittenen Entwicklungsländer, insbesondere für Vorhaben im Energie- Transport- und Telekommunikationsbereich: Das 500-kV Übertragungssystem Cilegon-Cibinong-Saguling zur Stromversorgung in Indonesien ebenso wie die U-Bahn in Shanghai.

Die Verschwörung der »Illegalen«

Die Europäische Einigung und die neue Komplexität des Rassismus

von **Stephan Günther**

»Illegale« haben die »Asylanten« als gesellschaftliches Feindbild abgelöst. Auch die antirassistische Bewegung hat das Thema »Illegalisierung« aufgenommen. Doch in der Rassismus-Analyse werden die veränderten Rahmenbedingungen kaum beachtet. Dabei ist der Rassismus durch die Öffnung der Europäischen Union nach innen und ihrer Abschottung nach außen vielschichtiger geworden.

► Mit den starken Einschränkungen des Asyl- und Einwanderungsrechts in ganz Europa werden viele Flüchtlinge und MigrantInnen illegalisiert. In Frankreich haben die Sans Papiers und in Italien die Clandestini während der letzten Jahre mit Aktionen und Forderungen nach Legalisierung auf ihre Situation aufmerksam gemacht. In Deutschland dagegen wurden die »Illegalen« meist außerhalb der Grenzen ausgemacht: Die kurdischen oder die algerischen Flüchtlinge, die nach Deutschland drängen, und die Schleuser, die sie bringen. Doch mehr und mehr werden die Menschen ohne Papiere auch hierzulande wahrgenommen oder zu einem Sicherheitsproblem gemacht. Damit entsteht ein neues gesellschaftliches Image des »Illegalen«, das sich von denen der »Gastarbeiter« oder der »Flüchtlinge« unterscheidet.

Auch wenn Schwarze nach wie vor eher als »illegal« gelten oder in die Kategorie »Asylant« eingeordnet werden, sind in den letzten Jahren die Bilder von In- und AusländerInnen aus ihren vorgefertigten Rahmen gefallen. Die Ursachen dafür sind sowohl in der Schließung der europäischen Außengrenzen als auch in der Öffnung der Grenzen zu Osteuropa nach 1989, vor allem aber der mitteleuropäischen Binnengrenzen, zu suchen. Vorher galten weitgehend die Zuordnungen farbig/schwarz zu »ausländisch« und weiß zu »inländisch«. Inzwischen sind aber formal-rechtlich alle EU-BürgerInnen mehr und mehr Inländer, während alle anderen Ausländer bleiben. Die Legalisierung des Aufenthalts von EU-BürgerInnen und die gleichzeitige Illegalisierung von MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten führt seitdem zu einiger Verwirrung. Denn während schwarze FranzösInnen oder NiederländerInnen in Deutschland studieren oder legal auf deutschen Baustellen arbeiten können, sind polnischen, russischen oder lettischen Menschen diese Möglichkeiten verwehrt. Sie bewegen sich in Deutschland auf demselben halb- oder illegalen Terrain wie tamilische und nigerianische Flüchtlinge. Während also immer mehr Weiße »illegal« werden, dürfen sich Nicht-Weiße legal im Land aufhalten. Die Stigmatisierung »Illegaler« kann, muß also nicht mit biologistisch-rassistischem Inhalt gefüllt sein.

Illegale leben nicht in Containern, sondern im »Untergrund«

Die Entwicklung zu diesem neuen Bild und der veränderten Stigmatisierung geht einher mit einem Wandel der Rollen, die den MigrantInnen zugewiesen werden. Noch in den 70er und 80er Jahren waren Flüchtlinge im Bild der deutschen Öffentlichkeit vor allem passiv und zumeist Opfer der Umstände. Doch in den 80er und frühen 90er Jahren wurden die »Asylanten« bereits insofern als aktiv handelnde Subjekte behandelt, als ihnen vorgeworfen wurde, den deutschen Wohlfahrtsstaat auszunutzen. Sie wurden nicht mehr als Vertriebene wahrgenommen, sondern als Einwanderer, Abenteurer, Wohlstandssuchende, Wirtschaftsflüchtlinge. Das Asylgesuch wurde zur Nebensache.

Die »Illegalen« der späten 90er schließlich sind Täter, sowohl im Sinne ihres aktiven Handelns als auch in der ihnen zugeschriebenen Kriminalität. Der Grund ihres Kommens spielt kaum eine Rolle. »Illegal« sind bereits die Einreise und der Aufenthalt. Wer sich nämlich nicht an die Regeln der Ausländer- und Asylgesetzgebung hält, der ist, so wird suggeriert, ebenso »illegal« wie Drogen- und Menschenhändler, wie Zuhälter und Mafiosi, wie Waffenschieber und Geldwäscher. Abgründe der organisierten Kriminalität tun sich auf. Die Flüchtlinge aus Kurdistan sind in diesem Bild genauso illegal wie die Waffen, die in die umgekehrte Richtung geliefert werden – sofern diese nicht in staatlichem Auftrag gehandelt werden.

Nicht zufällig sind auch im Schengener Abkommen all diese Bereiche zusammengefaßt. Der Schengener Zentralcomputer in Straßbourg hat sowohl Asylbewerber als auch Waffenschieber gespeichert. Nach der Ablehnung des Asylantrags werden die MigrantInnen in (Abschiebe)Gefängnisse eingesperrt genauso wie Kriminelle. Flucht wird zum Verbrechen, Flüchtlinge werden im Bild der Öffentlichkeit selbst zu Kriminellen.

Elemente des Antisemitismus

► Dabei funktioniert die Stigmatisierung jedoch nach neuen Regeln: Waren die »Asylanten« auch als ganze »Flut« noch sichtbar, benennbar und quantifizierbar, werden die »Illegalen« zur Gefahr aus dem Dunkeln. Ihr Handeln ist undurchschaubar, weil sie selbst nicht mehr erkennbar sind. Damit mischen sich Elemente des Antisemitismus und andere Stigmata mit den bestehenden rassistischen Stereotypen. Vor allem die vermeintliche Verschwörung dunkler Mächte erinnert an antisemitische Ressentiments. Im Untergrund werden Pläne geschmiedet, die den Rechtsstaat gefährden. Das organisierte Verbrechen lauert überall, ist aber nicht zu erkennen. Da wird vorgerechnet, wieviel die vietnamesische Zigarettenmafia den deutschen Steuerzahler kostet und was die rumänischen Autoschieberbanden am Fiskus vorbeischmuggeln. Die polnischen Schwarzhändler, die Russenmafia, die kurdischen und nigerianischen Dealerbanden, die jugoslawischen Schlepper oder die indischen Sektenführer ebenso wie die illegalen Einwanderer oder die Gestrandeten an den Schengener Außengrenzen – alle sind sie eine große Gefahr, denn sie haben eines gemeinsam: das Stigma »illegal«.

Und anders als die Asylbewerber sind die Papierlosen nicht mehr ohne weiteres zu erkennen. Sie leben nicht in zugewiesenen Containern oder Lagern am Rande der Städte, sondern irgendwo mittendrin, im »Untergrund«. Sie arbeiten nicht für gemeinnützige drei Mark fünfzig in den städtischen Grünanlagen, sondern in privaten Schwarzanlagen – als Haushaltshilfen oder Prostituierte, als Bauarbeiter oder Kellnerinnen, in der Landwirtschaft oder bei der Mülltrennung. Und, was die »Gefahr« verstärkt, sie arbeiten selbständig als Händler im halblegalen informellen Sektor oder im illegalen Schwarzhandel. Nicht zu kontrollierende Netze von Schleusern, Wäschern, Dealern und Händlern unterminieren den Staat. Jedes gestohlene Auto, das in Moskau wiederauftaucht, jeder aufgegriffene Fluchthelfer und jedes



Europäerinnen: Frauen aus Ost-Timor mit portugiesischem Pass

Foto: H. Sachs/version

Gramm Marihuana, das aus umgestülpten Grenzgängern plumpst, wird als Erfolg gegen das organisierte Böse gefeiert.

Lauschangriff und Spitzeldienste sind aber auch Reaktionen darauf, daß die vermeintlichen Täter nicht immer an ihrer Nasenspitze erkennbar sind. Schwierig für Denunzianten und Rassisten: Schwarze französische Händler dürfen sich in Deutschland offiziell niederlassen, weiße polnische dagegen tauschen »illegal« ihre Waren. Und Türken oder Kurden sehen nicht »ausländischer« aus als Griechen, nur weil sie keine EU-Bürger sind. Letztere aber dürfen in Mitteleuropa leben, während erstere allein durch ihre Einreise zur Gefahr für die innere Sicherheit stilisiert werden.

Auf dem SPIEGEL-Titelbild zur Illegalen-Story verstecken drei Personen ihre Gesichter mit den Händen, um unerkannt zu bleiben. Dabei sind sie als »Illegale« ohnehin nicht erkennbar. Sie sind weiß. Damit wird auch der Rassimus komplexer. Mehr illegale Weiße und mehr legale Farbige leben in Europa und selbst in Deutschland. Soziale und kriminalisierende Komponenten erlangen immer größere Bedeutung. Während sich die Multi-Kulti-Mittel- und Oberschicht schützend vor schwarze Fußballspieler oder Showstars stellt, schiebt der Staat die Habenichtse munter ab. Zwar verschließt sich Deutschland weiterhin einem Einwanderungsgesetz und bleibt im Staatsbürgerrecht traditionell beim Bluts- und Abstammungsprinzip, dem ius sanguinis. Nur wer deutsche Vorfahren hat, bekommt auch einen Paß, die anderen müssen Schlange stehen. Doch durch die europäische Einigung sind auch hierzulande Aufenthaltsrecht und Hautfarbe nicht unbedingt deckungsgleich. Ohne daß der Rassismus im Nichts verschwinden wird, bilden sich mehr und neue Kategorien der Ein- und Ausgrenzung.

In anderen europäischen Ländern ist diese Tendenz schon deutlicher erkennbar. So bietet das neue französische Ausländergesetz zwar integrierten und angepaßten MigrantInnen leichteren Zugang zur französischen Staatsbürgerschaft oder zu langfristigem Aufenthaltsrecht, doch die »Schwererziehbaren«, selbst wenn sie nur Ordnungswidrigkeiten oder andere kleine Delikte begangen haben, werden verstärkt abgeschoben. Auch die kulturell-religiöse Assimilation spielt eine größere Rolle als die Hautfarbe. Schwarzafrikanische Flüchtlinge, häufig europäisch-christlich erzogene Mittelschichtler, passen oft besser in diese Kategorie als nordafrikanische Muslime. So ist es keine Seltenheit, daß schwarze französische Polizisten an Razzien in islamischen Zentren Pariser Vorstädte beteiligt sind.

Und wie mancherorts die Polizei wird auch das organisierte Kriminelle multikulturell: Als im letzten Herbst ein deutscher Gastronom auf Mallorca umgebracht wurde, mutmaßte die spanische Presse, die Mafia sei am Werk gewesen – und zwar die deutsche.

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Kontaktadressen

▶ Die bundesweite Initiative »kein mensch ist illegal« ist ein Bündnis vieler Gruppen und Einzelpersonen, das durch vielfältige Aktionen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Illegalisierung vieler MigrantInnen und Flüchtlinge thematisieren will. Die **iz3w** beteiligt sich mit dieser Reihe an der Initiative. Wir bitten daher darum, Beiträge zu diesem Thema und zur Initiative an die Redaktion zu schicken.

Weil die Initiative dezentral arbeitet, haben verschiedene Gruppen Kontaktadressen zur Verfügung gestellt:

▶ Postadresse: Initiative »kein mensch ist illegal«, c/o Forschungsstelle Flucht und Migration e.V., Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin.

▶ Faxadresse: 0561-713458, Initiative »kein mensch ist illegal«, c/o Büro antirassistischer Initiativen Kassel.

▶ Zentrales Telefon: 0172-8910825

▶ e-mail-Adresse: grenze@ibu.de

▶ Rundbrief-Bezug: Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten (AG3F), Metzgerstraße 8, 63452 Hanau, Telefon und Fax: 06181-184892.

▶ Bankverbindung: Forschungsstelle Flucht und Migration e.V., Stichwort »kein mensch ist illegal«, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto 61 00 24 264.

▶ Eine Aktion »Karawane gegen Rassismus und Abschiebungen« wird vorbereitet vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstraße 51, 28201 Bremen, Telefon 0421-55 77 093, Fax 0421-498 72 76.

▶ Gewerkschaften & Illegalisierung: GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Postfach 1144, 99801 Eisenach, Telefon 03601-21 25 48.

▶ Kölner Netzwerk »kein mensch ist illegal«, c/o Kölner Appell gegen Rassismus, Körnerstraße 77-79, 50823 Köln, Telefon: 0221-31 70 91, Fax: 0221-33 18 752.

Geduldige Demokratie?

Die Stabilisierung einer autoritären Regierung durch Wahlbeobachtung



Foto: R. Frey

von **Regina Frey**

Unter den Augen von mehr als 28.000 einheimischen und internationalen Wahlbeobachtern ließ sich die kenianische Regierung vor einem Monat erneut ins Amt wählen. Dabei folgte die Wahl dem afrikanischen Muster eines demokratischen Doppelstandards: In einem formal demokratischen Mehrparteienstaat sicherten Menschenrechtsverletzungen sowie Manipulationen vor und während der Wahl der autoritären Regierung Moi den Machterhalt.

► In Kenia wurde das Mehrparteiensystem 1991 nach massivem internen und externen Druck eingeführt; die ersten Wahlen, in denen Oppositionsparteien antraten, fanden 1992 statt. Dieser erste demokratische Versuch Kenias verlief jedoch nicht gerade reibungslos. Während die einheimischen Wahlbeobachter die Wahl als »nicht frei und fair« bewerteten, drückten die internationalen Beobachter beide Augen zu und kritisierten lediglich einige Aspekte der Wahl.

Fünf Jahre hätte die Regierung Zeit gehabt, um den Demokratisierungsprozeß zu konsolidieren und entsprechende Ausgangsbedingungen für die zweiten Wahlen zu schaffen. Es wiederholten sich jedoch dieselbe Inszenierung mit einem wenig überraschenden Ergebnis. Der 73jährige Präsident Moi kann mit einem beachtlichen Vorsprung vor seinen 14 Konkurrenten und mit einer – wenn auch knappen – Mehrheit im Parlament in seine letzte Amtsperiode gehen. Die erneute Legitimation verdankt die alte Regierung auch einer breit angelegten nationalen Wahlbeobachtung. Sie setzte bei der Wählerregistrierung ein und beauftragte 840 Personen mit der Beobachtung der Nominierungs- und Wahlkampfphase. Am Wahltag selbst waren die mehr als 28.000 Beobachter noch im letzten Wahllokal zu finden. Zudem waren etwa 150 internationale Beobachter im Einsatz.

Vorgelagerte Demokratiehindernisse, blockierter Reformprozeß

► Trotz aufgezeigter Unregelmäßigkeiten und Manipulationen im Vorfeld und Verlauf der Wahlen kam man zu der Schlußfolgerung, daß doch im großen und ganzen der Wähler/innenwille widergespiegelt worden sei. Zu sehr befürchteten die Verantwortlichen eine gewaltsame Eskalation im Falle einer Wahlannullierung.

Vor dem Hintergrund vorausgegangener Konflikte wird diese Angst verständlich. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Opposition hatten im Vorfeld allein in weitreichenden Reformen die Möglichkeit für die Abhaltung von annähernd demokratischen Wahlen gesehen. Zuerst sollte eine Nationalversammlung die Spielregeln eines neuen Staates bestimmen. Noch zu Beginn 1997 waren die Regierungsgegner, bestehend aus Kirchen, Opposition und NROs unter dem Dach der »National Convention Assembly« vereint. Als die Regierung ihrem Anliegen nicht nachgab, kam es in vielen Teilen des Landes zu gewaltsam aufgelösten Protesten, die mehr als zehn Menschen das Leben kosteten.

Die Wahl bestätigt die Stagnation demokratischer Prozesse in Afrika

Das von der Regierung nun halbherzig unterbreitete Verhandlungsangebot spaltete die Reformbewegung. Nur die Opposition als Verhandlungspartner und die Kirchen als Vermittler wurden akzeptiert, andere zivilgesellschaftliche Kräfte dadurch marginalisiert. Der Versuch eines basisdemokratischen Reformprozesses, dem entsprechend freie Wahlen folgen könnten, war somit gescheitert.

Formale Kriterien demokratischer Wahlen wurden dann bereits im Vorfeld unterlaufen. Durch »ethnische« Auseinandersetzungen an der Küste Kenias im August letzten Jahres, bei denen die Regierung wahrscheinlich selbst Drahtzieherin war, wurden der Opposition zugehörige Gruppen aus dem Gebiet vertrieben, so daß dort eine Regierungsmehrheit sichergestellt war. Auch die auf die Interessen der Regierungspartei zugeschnittenen Wahlbezirke und das krasse Mißverhältnis bei der Zuteilung von Sendezeit in den Medien benachteiligten die Oppositionsparteien. Weiter wurde das Prinzip der geheimen Wahl bei illiteraten oder behinderten Wählern verletzt, da die Wahlvorsteher angewiesen waren, diesen Personen zu »helfen«. Auch war die Wahlkommission am Wahltag völlig desorganisiert: Mangels geeigneten Wahlmaterials öffneten viele Wahllokale an diesem Tag nur sehr verspätet oder gar nicht. Die Wahl wurde kurzerhand um einen Tag verlängert, und die allgemeine Konfusion eröffnete die Möglichkeit zu zahlreichen Manipulationen.

Das Erbe halblegitimierter Wahlen lastet auf der politischen Zukunft Kenias. Es ist müßig darüber zu spekulieren, wie das Ergebnis ohne Manipulationen ausgesehen hätte. Sehr wahrscheinlich jedoch ist, daß die Mehrheit im Parlament, die sehr knapp für die Regierungspartei ausfiel, heute eine andere wäre. Die Bitte der einheimischen kirchlichen Beobachter, ein solches Ergebnis zu respektieren, stieß natürlich bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Unverständnis. Diese forderten die Bildung einer Übergangsregierung und eine Wiederholung der Wahlen. Die Reformbewegung hat sich somit im Zuge des Wahlprozesses weiter aufgespalten und wird Mühe haben, den Reformprozeß mit vereinten Kräften voranzutreiben. Die Mehrheit in Kenia will politische Veränderungen, aber aufgrund der enttäuschenden Wahlerfahrungen dürfte für viele die Wahlurne als Mittel hierfür zunehmend uninteressant werden. Kenianische wie internationale Beobachter lobten in ihren Stellungnahmen ausdrücklich die Geduld, mit der die Kenianer (teilweise über neun Stunden) vor den Wahllokalen verharrten. Doch niemand weiß, ob diese Geduld die nächsten fünf Jahre dieser Legislaturperiode andauern wird.

Die Wahl in Kenia bestätigt den allgemeinen afrikanischen Trend der Stagnation oder des Rückgangs demokratischer Prozesse. Auch für Kenia gilt: Diktatoren müssen in einem demokratischen System nicht zu Demokraten werden, um an der Macht zu bleiben. Es stellt sich die Frage, ob eine solche Demokratie »zweiter Klasse« auf Dauer die afrikanische Demokratievariante sein soll? Dies sollten sich nicht zuletzt die Wahlbeobachter fragen, die in demokratischen Auftrag immer wieder daran mitwirken, demokratische Minimalstandards zu unterminieren.

► **Regina Frey** ist Politiologin und Entwicklungssoziologin an der FU Berlin

Politik in Banden

Bösewichte sind in. Nicht nur für James Bond, auch an Stamm- und Küchentischen sowie in den Tageszeitungen jeglicher Couleur geraten die russische Mafia, afghanische Warlords, weltweit operierende Drogenkartelle, Schmuggler und Waffenschieber oder auch korrupte Staatsbeamte und Politiker zu den Gegnern der zivilen Weltordnung schlechthin. Und tatsächlich haben weltpolitische und sozio-ökonomische Verschiebungen für einige Veränderungen gesorgt: Wurden zu Zeiten des Kalten Krieges bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder nationalen Befreiungsbewegungen von den Kriegsherren noch mit höheren Zielen (Freiheit und/oder Sozialismus) oder zumindest als notwendiger Kampf um bessere Lebensbedingungen begründet, so sind heute die alten ordnungsstrukturierenden Faktoren – eben der Ost-West-Konflikt, politische Ideale und Ideologien, wie das Soziale in der Marktwirtschaft oder der Nationalstaat – ihrer Funktionen zunehmend entledigt. Bei den Gewalteskalationen zwischen rivalisierenden Gruppen in Ex-Jugoslawien, Somalia, Liberia, Rwanda, Kurdistan, Afghanistan oder in Lateinamerika tritt vielmehr der einfache Anspruch auf Macht und Beute immer offener zutage. Die heutigen »Warlords« halten sich bandenartig organisierte Kollektive und kämpfen auf Kosten derer um die Macht, die nicht ihrem Clan angehören. Sie führen der Weltöffentlichkeit den Kampf »aller gegen alle« vor.

In unserem Themenschwerpunkt zur 'Politik in Banden' wollen wir jedoch nicht einstimmen in den Choral, den linke und rechte Populisten derweil gemeinsam singen. In ihm nimmt das Böse personifizierte Formen an. Nicht nur Räuber in ihren Erscheinungen als Warlords, Mafiabosse oder Konzernchefs sind hier dem kleinen Mann zum Fürchten. Auch andere »Mächtige« wie die Medienzaren Rupert Murdoch und Leo Kirch oder der Computerzampano Bill Gates erscheinen zunehmend als Bösewichte, die der Masse ihre Ohnmacht vor Augen führen (und sei es nur im Streit um die Übertragungsrechte von Fußballspielen). Vielstimmig ist auch die Angst vor der offenbar regellosen Dynamik der Finanzwelt auf den Börsenplätzen, wo – so die Vision – in Tokio nächtens Spekulantenhorden einen Aktienkurs stürzen lassen und morgens in Bottrop Hans Mayer entlassen wird. Dieses Lied wird gespielt auf der Klaviatur der Angst des freigesetzten Individuums vor Ohnmacht, Abstieg und Ausschluß, der Angst vor dem Unkalkulier- und Unkontrollierbaren. Dagegen verlangen laut »Ruhe« und »Ordnung, Ordnung« rufend die Vogelfreien nun nach Schutz, billigend, daß der Schutz ihnen erneut zum Käfig wird.

Denn so nahe der Ruf nach einem globalen 007, nach Wiederherstellung der Sicherheit im starken Staat auch liegen mag, so unsinnig ist er. Was sind denn schließlich die Verbrechen der heraufbeschworenen Unholde? Sie treiben lediglich die bestehende Ordnung, ihre Organisation und ihre Normen auf die Spitze, indem sie das Hohelied der Leistung, das Prinzip der Konkurrenz um Profite und die neoliberale Abspeckung der Staaten zur Eroberung von territorialen oder technisch gründenden Monopolen nutzen. Ob die dabei angewandte Gewalt blutig mit Waffen oder als strukurelle Gewalt des Kapitals daherkommt – das Ziel der Wünsche ist bei den Taliban und Gates das gleiche: die weder durch Konkurrenz noch durch andere Gewalten eingeschränkte Herrschaft (oder Freiheit).

Im Konkurrenzkampf ist dann jedes Mittel recht und rechtens. Konzerne, Ethnien, Clans, Guerillas oder Interessensgruppen mutieren zu Banden, aus Generälen, Stammesführern und Politikern werden Warlords und aus Profit und Gewinn wird Beute, die mit vorgehaltener Kanone oder gezücktem Scheckbuch erpreßt wird.
So sind es die ureigensten Normen der kapitalistisch verfaßten Gesellschaft, die die »Unordnung« erst begründen. Die Gewalt in der Gesellschaft, die der Staat, solang es ihm gelingt, monopolisiert und zivilisiert, löscht, einmal freigesetzt, ihn selber aus.

Der Staat, der zur Eindämmung dieser Gewalt nun gefordert wird, ist der des großen Lauschangriffs, ist ein Beelzebub zur Teufelsaustreibung. Denn schließlich soll »Staat (...) ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchfühung der Ordnungen in Anspruch nimmt« (Max Weber). Das ließe sich auch von einer Bande sagen, die ihr – und nur ihr – Gefolge schützt und dafür dessen Gehorsam verlangen darf.

Anhand aktueller Konflikte und aus unterschiedlichen Perspektiven möchten wir vor diesem Hintergrund den Fragen nachgehen, ob Staatlichkeit in großen Teilen der Dritten Welt eine Transformation erlebt, ob Raub und Krieg nur andere Formen der Konkurrenz sind, ob Schutz und Gehorsam die wesentlichen Funktionen im Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten sind und in welchem Zusammenhang das Bandenwesen mit der wachsenden Leistungsfähigkeit der illegalen Ökonomie und des organisierten Verbrechens (Waffen, Drogen) steht.

Dabei verdient ein bislang wenig beachteter theoretischer Entwurf über die Transformation von Herrschaftsformen unseres Erachtens näher diskutiert zu werden. Schon Mitte der 40er Jahre schrieb Max Horkheimer: »Die Grundform der Herrschaft ist das Racket.« Er reflektierte mit dem Racket-Theorem die Wiederkehr direkter Gewaltherrschaft im Nationalsozialismus, die die Herrschaft des Gesetzes abgelöst hatte. Als Racket bezeichnet Horkheimer eine Clique, welche alle ausschließt, die sich nicht bedingungslos ihrem Willen unterwerfen. Die Frühform des Staates war dieser Theorie zufolge die Organisation von Banden, die dies erfolgreicher als andere bewerkstelligten. Tritt also nunmehr erneut die direkte Gewalt an die Stelle von Gesetz und Staat, zu deren Überwindung diese doch einmal angetreten waren? Basieren tatsächlich alle Gesellschaften nur auf den simplen Prinzipien von Macht und Beute? Ist der Staat also selbst nur eine Form der Bande?

die redaktion



Foto: R. Maro / version

Räuber und Gendarmen

Das Verhältnis von Staat und Bande am Ende des 20. Jahrhunderts

von **Jörg Später**

Macht und Beute: Darum scheint es in einer bandenförmig organisierten Welt immer mehr zu gehen. Wo sind die Grenzen zwischen Geschäft, Politik und Unterwelt zu ziehen? Kehrt archaische Gewalt als das Immergleiche wieder, oder sind die gewalttätigen Konflikte lediglich die dunkle Seite bürgerlicher Aufklärung?

► Der Höhepunkt des weihnachtlichen Fernsehprogramms war zweifelsohne der Mafia-Klassiker »Der Pate«, die Geschichte des Aufstiegs und Zerfalls des Corleone-Clans. Vito Corleone, als kleiner Junge von Sizilien nach New York eingewandert, errichtet eine Dynastie, die der Staat »organisiertes Verbrechen« nennt, die aber im Grunde selbst wie ein eigener Staat funktioniert. Der Pate bietet den Einwohnern seines Viertels Schutz und fordert dafür Loyalität. Keineswegs ist der Exekutive der Mafia alles erlaubt, sie ist mitnichten eine Bande von einfachen Mördern, wenn auch Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen ein gängiges Mittel ist; die Werte der patriarchalen Familie sind bindend. So weigert sich Vito Corleone beständig, in das Drogengeschäft einzusteigen.

Erst in der nächsten Generation transformiert sich der Corleone-Clan von einem autoritären Zusammenschluß zu einem Machtapparat mit immer totalitäreren Zügen, als der Kern der alten Mafiastruktur, die Familie, zerbricht, neue skrupellose Banden mit deren eigenen Mitteln aus dem Weg geräumt werden müssen, um den Bestand der Organisation zu erhalten, und schließlich der Staat beginnt, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Denn er kann keine anderen Götter in sich dulden.

Auch die Tagesschau weiß immer häufiger über das Bandenwesen zu berichten. Es ist die organisierte Kriminalität, mit der der bundesdeutsche Staat gerade den großen Lauschangriff begründete, der selbst die Maßnahmen im Zuge der Bekämpfung der »Baader-Meinhof-Bande« aus dem heißen Herbst 1977 in den Schatten stellt. Und seit geraumer Zeit werden die Gewalteskalationen in Algerien, Afghanistan oder Somalia als Bandenkriege präsentiert. Nicht mehr Staaten untereinander oder Staaten gegen Befreiungsbewegungen führen heute Kriege um hehre Ziele wie Sozialismus oder Freiheit, sondern Warlords um Macht und Beute. Internationale Terrornetze, Räuberbarone in Lateinamerika, Jugendgangs in den Metropolen, Stammesmilizen in Afrika und religiös motivierte Mörderbanden sind die neuen Akteure bewaffneter Konflikte.[1] Hans Magnus Enzensberger spricht vom »molekularen Bürgerkrieg«, der mit Jugoslawien bereits Europa erfaßt habe, und Robert Kaplan befürchtet, daß die Gegenwart Westafrikas die Zukunft Amerikas sein könnte. Diese »neuen«, oder besser »sehr alten«, an die Religionskriege erinnernden Formen gewalttätiger Konflikte, werden mit dem Zerfall der Staaten oder ihrem Bedeutungsverlust in Zusammenhang gebracht. Globalisierung und Neoliberalismus heißen die Zauberworte, die für das Verschwinden des Staates verantwortlich gemacht werden und für ein neues Heer von überflüssigen, nicht-verwertbaren Menschen sorgen, die sich ihr täglich Brot nun in marodierenden Räuberbanden organisieren müssen. Immer aber wird in diesem Diskurs Recht und Ordnung dem Chaos und Verbrechen gegenübergestellt, werden Staatszerfall und regellose Gewalt in einen Zusammenhang gebracht.

Das ist – wie so oft – richtig und falsch zugleich. Richtig, weil Staat und Bande formal nicht identisch sind: Die Herrschaft des Gesetzes, auf der jeder Staat beruht – sei er liberal oder autoritär –, garantiert ein Mindestmaß an persönlicher und politischer Freiheit und Gleichheit; das »rule of law« transzendiert damit den Konkurrenzkampf aller gegen alle, indem es etwa persönliche Abhängigkeiten einschränken kann (freilich verschleiert die Gleichheit vor dem Gesetz auch reale gesellschaftliche Machtverhältnisse). Falsch, weil zum einen die Grenzen zwischen Staat und Banditentum historisch-empirisch fließend sind, und zum anderen, weil Staat und Bande in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen, sie zwei Formen der selben Gesellschaft sind. Im folgenden möchte ich anhand zweier Überlegungen die Verwicklungen zwischen Staat und Bandenwesen darstellen, auf den Bandencharakter der kapitalistischen Gesellschaft hinweisen und anschließend Stärken und Schwächen der »Banden-Theorie« für die Beschreibung gegenwärtiger Herrschaftsformen und Konflikte diskutieren.

Wie unzulässig die Trennung von ehrenwerter Gesellschaft und organisiertem Verbrechen, von Recht und Illegalität ist, auf die der Diskurs über Staatszerfall, sich ausbreitender Anarchie und illegaler Ökonomie beruht, darauf machte schon Karl Marx aufmerksam. In seiner »Abschweifung über produktive Arbeit« weist er nach, wie nützlich die Arbeit des Verbrechers für den gesellschaftlichen Reichtum ist: *»Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letzteren Produktionszweiges mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält... Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene; und alle diese verschiedenen Gewerbezweige, die ebenso viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden,*

entwickeln verschiedene Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung... Bis ins Detail können die Einwirkungen des Verbrechens auf die Entwicklung der Produktivkraft nachgewiesen werden. Wären Schlösser je zu ihrer Vollkommenheit gediehn, wenn es keine Diebe gäbe?... Die Verbrechen, durch die stets neue Mittel des Angriffs auf das Eigentum geschaffen werden, rufen neue Verteidigungsmittel ins Leben und sind damit ganz so produktiv wie Streiks auf Erfindung von Maschinen. Und verläßt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen?« [2]

Hin zum Staat, weg vom Staat

► Auch zwischen dem Herrschaftsapparat Staat und partikularen Gruppen, die sich im rechtsfreien Raum, also außerhalb der legalen Ordnung, bewegen, gibt es objektive Zusammenhänge. Der erste wird durch den Mythos vom Entstehen und Zerfall des Staates verdeutlicht, von dem Wolfgang Sofsky im folgenden erzählt. [3]

»Als alle Menschen frei und gleich waren, war niemand vor dem anderen sicher«, heißt es hier. *»Jeder mißtraute jedem, und jeder mußte sich vor dem anderen schützen.«* Angesichts des Krieges aller gegen alle, des permanenten Bürgerkrieges wird die Gewalt monopolisiert, um ihr und der Willkür Einhalt zu gebieten. Doch weder überwindet der Staat die Bande als Grundform der Herrschaft wirklich, noch beseitigt er das Problem der Gewalt. Das Regime der Ordnung erschafft den Untertanen, den Konformisten, den Außenseiter, und verhält sich damit wie ein Racket, das alle ausschließt und bekämpft, die sich nicht bedingungslos seinem Willen unterwerfen. Und das Regime der Ordnung, das das Chaos beseitigen sollte, schafft fortwährend neues Chaos, das es wiederum noch intensiver bekämpft: *»Ein Gesetz folgte dem anderen, eine Verordnung der anderen. Endlos war dieses Werk an Regeln. Denn jede Vorschrift rief neue Verstöße, jede Regel neue Ausnahmen hervor, die wiederum neue Regeln und neue Vorschriften nach sich zogen. Wie die Fangarme eines Ungeheuers umklammerte die Ordnung das Leben.«*

Absolute und totalitäre Regimes sind keine Abnormitäten. Sie treiben nur ins Extrem, was im Prinzip der Herrschaft ohnehin angelegt ist. Auch das Gesetz, das die Repräsentanten zum Wohle aller erlassen, gründet zuletzt auf einem Akt des Setzens. Lediglich die Form der Gewalt verändert sich: Nicht mehr wilde Grausamkeit und rituelle Gewalt sind vorherrschend, sondern auch für die Gewaltanwendung gilt das Gebot der Ordnung. Und die Bilanz des verbrecherischen Staates in diesem Jahrhundert zeigt, daß die ordentliche Gewalt ganz neue Dimensionen der Vernichtung ermöglichte. Schließlich schlägt die Gewalt der Ordnung, so der Mythos, wieder in die wilde Gewalt der Horden um: *»Als die Zeit gekommen war, liefen die Menschen vor dem Haus des Gesetzes zusammen, stürmten das Magazin, und holten sich die Waffen zurück... Manche schlossen sich zusammen, drangen in die Häuser ein und schlugen alles entzwei, was ihnen im Weg stand... Die Horden verwüsteten das Land. Auf den Äckern türmten sich Leichenberge, die Flüsse färbten sich rot.«*

War also die Bande, die ihren Willen auf einem Territorium als dauernde Regel des Verhaltens, als Gesetz, für alle Bewohner geltend machen konnte, die Frühform des Staates, so regrediert dieser, wenn die soziale Integration nicht mehr gewährleistet werden kann, zu einer Oligarchie von Banden. Die Staatsmacht offenbart sich dann als das, wovor sie die Individuen zu schützen vorgibt: als Räuber und als Bande. Das Problem an Wolfgang Sofskys Mythos ist, daß er die Wiederkehr des Immergleichen – der Gewalt – als anthropologische Konstante annimmt, und sie nicht gesellschaftlich bestimmt. Er kann nicht begründen, warum Banden und Gruppen auch in einer Gesellschaft weiterbestehen, in der jeder Einzelne vor dem Gesetz gleich ist und jeder als Einzelner, unabhängig davon ob er Adliger, Rechtsanwalt oder Hilfsarbeiter ist, auf dem Markt als Akteur auftritt. Damit sind wir bei der zweiten Überlegung.

Repressive Kollektivierung

► In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Herrschaft des Gesetzes unentbehrlich, denn nur sie garantiert Vertragsfreiheit. Das Bedürfnis nach Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit war es ja gerade, das die Formen feudaler personaler Herrschaft zurückdrängte. Nun gehört es zur Dialektik der Vertragsfreiheit, daß der Vertrag selbst das Mittel wird, um die freie Konkurrenz der Individuen aus den Angeln zu heben. Die Herrschaft des Vertrages und des auf ihn bezogenen allgemeinen Gesetzes zerstört sich selbst. Denn die Vertragsfreiheit impliziert das Recht der Eigentümer, sich zu Kartellen, Konzernen, Syndikaten, Interessengemeinschaften und schließlich zu marktbeherrschenden Trusts[4] zu organisieren. Ja, es ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht sich zusammenzuschließen, da der Einzelne ohne Kompagnon im Konkurrenzkampf nicht bestehen kann. Das wirkliche Subjekt der Geschäftsfähigkeit ist daher die Clique. In ihr aber hören bürgerliche Freiheiten und Gleichheiten auf, denn die Gruppe prämiert andere Leistungen als der Markt.[5]

Jeder Einzelne ist einer repressiven Kollektivierung ausgesetzt. Das gilt selbst für die Arbeit, die man in der marxistischen Tradition als die Gegenkraft zum Kapital sah. Auch die Arbeiterklasse paßt sich den Monopolisierungstendenzen der Gesellschaft an. Die Gewerkschaftsführer kontrollieren und verwalten das Arbeitsangebot wie die Unternehmer ihre Maschinen. Die Organisation von Arbeit wie auch von Politik wird ein Geschäft wie andere auch. Das Racket-Muster (s. Kasten S.20) wird schließlich repräsentativ für alle menschlichen Beziehungen, das menschliche Wesen verwandelt sich in ein Glied von Organisationen.[6] Die Befreiung des Einzelnen aus Zwangsverbänden, wie sie die bürgerliche Gesellschaft verspricht, entpuppt sich so als eine Fassade, hinter der in neuer Form das alte Bandenwesen fortlebt.

Das Archaische und das Moderne

► *»Die Grundform der Herrschaft ist das Racket«*[7], das, solange es Herrschaft gibt, nicht verschwindet. So lebt das Archaische in der modernen Gesellschaft fort, und die moderne Gesellschaft fällt immer wieder ins Archaische zurück. Das Racket ist die Kernstruktur einer Konkurrenz um das gesell-

Bande und Pluralismus

► Denn alles war Bande, und das Ensemble, das die Banden bildeten, nennt sich heute zum Beispiel Pluralismus. Der Ausdruck bedeutet, daß die Gesellschaft sich aufteilt in Gruppen, deren Bildung keiner Logik gehorcht. Logik heißt, daß das Ganze sich in bestimmte Elemente gliedern muß, um als Ganzes bestehen zu können. Proletarier und Kapitalisten hatten einander bedingt, denn die einen sind nicht ohne die anderen zu haben.

Transportarbeitergewerkschaft und Filmvorführerlobby, BDA und BDI, Schwarze und Weiße, Protestanten und Katholiken, CDU und SPD, Flamen und Wallonen verhalten sich dagegen wie »Hutsi und Tutsi« (Gremliza). Die können gut aufeinander verzichten, sie bedingen einander nicht. Solche Gruppen sind im Hinblick auf das Ganze zufällig und überflüssig, sie entstehen und zerfallen. Ihr einziger Daseinsgrund ist der Wille der koalierenden Einzelnen, beim Verteilen der Beute nicht zu kurz zu kommen. Immer geht es um Posten, Pfründe, Macht. Die Formel vom großen Kuchen, den es zu verteilen gelte, drückt das veränderte Bewußtsein aus. Selbst zu dem, was sie selber produzieren, verhalten die Menschen sich wie zu geraubtem Gut. Weil sie die Welt als Beute betrachten, organisieren sie sich in Banden. Und weil das alle tun, verschwimmen die Grenzen zwischen Einflußnahme, Nötigung und offener Gewalt. Enge Beziehungen zwischen Geschäft, Politik und Unterwelt sind dann normal und logisch, während die Unterscheidung dieser Bereiche viel Aufwand an Scharfsinn und Haarspalterei verlangt.

aus: Wolfgang Pohrt, Brothers in Crime, Berlin, 1997, S. 198f

schaftlich Produzierte, um Macht und Beute. So interpretierten Horkheimer und Adorno die Zivilisationsgeschichte, in der sie der »Dialektik der Aufklärung« nachspürten.

Die Theorie des Rackets hat zunächst etwas Bestechendes. Hat nicht beispielsweise die Geschichte verschiedener antikolonialer oder antiimperialistischer Befreiungsbewegungen immer wieder gezeigt, daß diese, kaum an die Macht gekommen, nur noch die Sicherung der eigenen Pfründe im Visier hatten und die vormaligen Ziele sich als reine Lippenbekenntnisse erwiesen? Waren nicht die ganzen Hoffnungen linker Revolutionstheorien auf vermeintliche Subjekte emanzipatorischer Entwicklungen reine Projektionen von Leuten, die nicht sehen wollten, daß die Unterdrückten selbst von der Racket-Mentalität deformiert waren? Werden Gesellschaften nicht durch Kompromisse antagonistischer Gruppen zusammengehalten, die, wenn materielle Engpässe vorliegen, entweder in Eroberungs- oder Bürgerkriege umschlagen? Und ist das Gerede von der Komplexität und Unübersichtlichkeit moderner Gesellschaften nicht nur eine Erfindung geltungssüchtiger Soziologen, die hiermit gerade ihre Wichtigkeit im Wettstreit um knappe Gelder unterstreichen wollen und somit die Richtigkeit der Banden-These beweisen? Im Grunde geht es doch immer um dasselbe: um Macht und Beute. Darüber täuscht keine Ideologie, kein Gutmenschentum und kein kompliziertes Wissenschaftsgebäude hinweg. Jeder »Tatort« weist uns aufs neue darauf hin.

Das Problem des Racket-Gedankens ist, daß er zu allgemein ist. Das beginnt bereits mit der Definition dessen, was eine Bande ausmachen soll. Ich meine, wie ausgeführt, nicht so sehr die schwierige Abgrenzung zum Staat: die liegt in der Natur der Sache. Selbst rein phänomenologisch müssen die neuen Warlords auf einem Kontinuum zwischen Staat und Banditentum angesiedelt werden.[8] Wenn aber in der Gesellschaft alles Bande ist, worin unterscheiden sich dann noch Transnationale Konzerne vom Sportverein und eine Gewerkschaft von der Mafia? Ist jede Assoziation, wie freiwillig auch immer sie zustande kam, ungeachtet ihres Selbstverständnisses bereits eine Bande? Begriffe wie Kaste und Klasse sind nach wie vor präziser, auch wenn sie nicht mehr die gesamte Wirklichkeit abbilden können. Zumindest aber zeigen sie ein Gespür für soziale Hierarchien, das im Banden-Begriff nicht auftaucht.

Ist die Wiederkehr der immergleichen Gewalt eine anthropologische Konstante?

Auch spielen beim Racket-Gedanken politische Ideen und soziale Inhalte keine Rolle mehr. Ist es aber wirklich gleichgültig, ob sich der Chef der kommunistischen Bande auf Kuba, Fidel Castro, an der Macht hält, oder ob die Miami-Connection auf die Insel zurückkehrt? Spielt es keine Rolle, ob ein mittelprächtiger, aber einigermaßen funktionierender Staat auseinanderfällt und fortan bewaffnete Kannibalen-Banden sich gegenseitig und die eingekeilte Bevölkerung massakrieren? Gibt es keinen Fortschritt, keine Entwicklung, sondern immer nur die Wiederkehr der gleichen Destruktivität?

Ein dritter Kritikpunkt: Die These vom Bandencharakter der Gesellschaft ist eine Unterschätzung der Wirkungskraft von Ideologien, besonders von solchen, die Gewalt freisetzen. Ohne Robert Kaplan mit Samuel Huntington zu begegnen, d.h. ohne von Kultur zu reden, wo nach anderen Gründen gesucht werden muß, sei angefragt, ob die Massaker in Algerien oder der Siegeszug der Taliban im warlordisierten Afghanistan ohne eine spezifische Variante des politischen Islam möglich waren. Selbst wenn dieser »objektiv« Mittel zum Zweck war, so sagt dies noch nichts über die Handlungsmotivationen der einzelnen Kämpfer. Wenn wahnsinnige Ideen militanter Gruppen nur funktional gedeutet werden, geraten Gewaltexzesse aus dem Blick, die nichts mit Eroberung und Unterwerfung zu tun haben. Zudem taugt die allgemeine Feststellung, die Individuen verschwänden in einer Bande, müßten sich einordnen und degenerierten zum bloßen Fußvolk der Bandenchefs, als Entlastung, die dem Wehrmachtssoldaten und dem SS-Schergen geichermaßen willkommen ist.

Schließlich eine letzte »Schwäche« der Racket-Theorie: Sie ist von Horkheimer und Adorno für die modernen kapitalistischen Gesellschaften entwickelt worden. Das heißt, die Gründe für das untergründige Fortbestehen von Banden und ihr Wiederaufleben in einer bestimmten Phase der gesellschaftlichen Entwicklung wurden in der Verfaßtheit eben dieser Gesellschaft gesucht. Nun kann man die meisten der südlichen Gesellschaften, in denen Bandenkriege toben, kaum als kapitalisierte bezeichnen. Insofern kann die Racket-Theorie nicht die spezifischen Gründe und Dynamiken solcher Konflikte erfassen. Dadurch wird sie aber nicht wertlos. Denn sie zeigt, daß selbst die durchkapitalisierten Gesellschaften vormoderne Gesellschaftsformationen wie Banden, Stämme etc. nur scheinbar hinter sich gelassen haben.

Das Allgemeine der Racket-Theorie ist nicht nur eine Schwäche, sondern gleichzeitig eine Stärke. Sie verweist auf ein Potential von Vergeblichkeit und Tragik, mit dem sich emanzipatorische Bewegungen abzufinden haben. Sie lenkt desweiteren den Blick auf die profanen Motive von Politik und Ökonomie, die zu verschleiern eine ganze Wissenschafts- und Industriekultur bemüht ist. Und schließlich relativiert sie den ideologischen Gegensatz zwischen sauberer Marktwirtschaft und illegaler Ökonomie sowie zwischen Ordnung und Chaos. Wenn sich also Staat und Bande, Bande und Staat bekriegen, dann sollte man sich nicht leichtfertig auf eine Seite schlagen. Immer aber sollte man in Deckung gehen.

Das Racket

▶ Die allgemeinste Kategorie der von den Gruppen geübten Funktionen ist der Schutz. Die Gruppen halten die Bedingungen für den Fortgang der Arbeitsteilung, in der sie eine bevorzugte Stelle haben, aufrecht und wehren Änderungen, die ihr Monopol gefährden könnten, gewaltsam ab. Sie sind Rackets. Herrschende Klasse heißt jeweils die Struktur von Rackets aufgrund einer bestimmten Produktionsweise, sofern sie die untersten Schichten gemeinsam beschützen und niederhalten.

(...) Die Verhärtung des Rackets nach unten ist identisch mit der Verhärtung der Individuen, die es konstituieren. Sie ist in der gesamten Geschichte bewußt betrieben worden. Für die eigenen Kinder bestand sie in der Erziehung. Nur in den liberalistischen Perioden, in denen ein bestimmter Teil der Rackets aus ökonomischen Gründen verbindlicher Eigenschaften nicht bar sein durfte, hat sie humane Züge angenommen. Vorher glich sie an Grausamkeit noch den Initiationsriten des primitiven Stammes, der selbst ein Racket war.

aus: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 12, S.288f

Anmerkungen:

1 Siehe »der überblick« 2/95 (»Die Herren des Krieges«). In dieser Ausgabe der von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) herausgegebenen Quartalszeitschrift finden sich zahlreiche Beispiele zu den Kriegsschauplätzen in Liberia, Somalia, Sudan, Bosnien, Afghanistan, Peru, Kolumbien, Burma, sowie weiter Themen zum Bandenwesen: Kriegsfürsten – Chaos- und Ordnungsmacht; Vom Kalten Krieg zum Bürgerkrieg; Die Ökonomie der Zerstörung

2 zit. nach konkret 5/1993, S. 20

3 Wolfgang Sofsky, Traktat über die Gewalt, Frankfurt/M. 1996, Kapitel: »Ordnung und Gewalt«

4 Vgl. Franz L. Neumann, »Der Funktionswandel des Gesetzes in Recht der bürgerlichen Gesellschaft«, in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M. 1986, S. 31-81

5 Vgl. Wolfgang Pohrt, Brothers in Crime, Berlin 1997, S. 106

6 Vgl. Max Horkheimer, »Zur Soziologie der Klassenverhältnisse«, in: ders., Gesammelte Schriften, Band 12, S. 75-104

7 Horkheimer, »Das Racket und der Geist«, in: ders., Gesammelte Schriften, Band 12, S. 287-291

8 Vgl. Bernd Ludermann, »Kriegsherren und Grauzonen der Staatlichkeit« in »der überblick«, S. 5-10 (siehe Anm. 1)

▶ **Jörg Später** ist Mitarbeiter des **iz3w**.





Pirateninseln im Weltmarkt

Privatisierung von Sicherheit in zerfallenden Staaten

von **Peter Lock**

Derzeit lassen sich einschneidende Funktionsverluste des Nationalstaates beobachten. Globalisierung und finanzielle Auszehrung erzwingen tiefgreifende Privatisierungen bisheriger Funktionsbereiche des Staates. Verkauft werden inzwischen nicht nur Eisenbahnen und Telefongesellschaften. Auch die Sicherheit wird privatisiert.

► Wirtschaftlich starke Staaten setzen diese Veränderungen kontrolliert um, indem Ersatzstrukturen geschaffen werden: Private Unternehmen übernehmen staatliche Aufgaben, überstaatliche Organisationen wie die Europäische Union ersetzen teilweise die nationalstaatliche Kontrollfunktion. Gravierender ist die Transformation in vielen wirtschaftlich schwächeren Staaten. Denn dort ist das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr wirksam. Klientilismus und Korruption sind die Wegbereiter der Implosion staatlicher Strukturen. Fehlende Ressourcen beschleunigen diese Erosion.

In vielen postkolonialen Staaten jedoch existierte ein solches Gewaltmonopol eigentlich nie wirklich. Traditionale lokale Autoritäten sanktionierten stattdessen abweichendes Verhalten. Die andauernde ökonomische Krise und massive Deregulierung haben aber die Auflösung selbst dieser Minimalstrukturen beschleunigt. Produktions- und Tauschprozesse sind mehr und mehr gewaltbestimmt, Markt- und Gewaltregulierung konkurrieren miteinander. Staatlichkeit wird entweder kriminell usurpiert, oder aber sie löst sich auf. Die staatlichen Sicherheitsorgane werden von weiten Teilen der Bevölkerung nicht als Garanten von Sicherheit, sondern als Bedrohung erfahren, gegen die es sich kollektiv und individuell zu schützen gilt. Dadurch entstehen gewaltoffene Räume. Kaplan und Reno [1] haben das für Liberia und Sierra Leone beschrieben. Diese Staaten haben in der jüngsten Vergangenheit Phasen durchlaufen, in denen das Gewehr an die Stelle von Gewohnheit, Recht und Vertrauen getreten ist. Gewaltoffene Räume entstehen jedoch auch in allen anderen Kontinenten. Am Anfang steht immer Korruption, die sich in den rechtsfreien Bankparadiesen, wie Antigua und Caiman, zu modernisierten Pirateninseln im Weltmarkt entwickelt hat. Die Lähmung von Rechtsnormen durch Korruption öffnet den Weg für die Gewalt als Marktregulativ. In der ehemaligen Sowjetunion war Korruption bereits ein zentrales Regulativ der Volkswirtschaft, bevor der Systemwechsel die Nachfolgestaaten in Schlachtfelder zur privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums verwandelte. Im Wettlauf mit dieser krisenhaften Zuspitzung benötigt der geschwächte Staat erhöhte Ressourcen zur »Produktion von Sicherheit«. Die Sicherheit für die weltmarktintegrierten Sektoren ist teuer, der Staat braucht Einnahmen. Erhöhte Steuern und Zölle erweitern aber zwangsläufig den Aktionsraum des illegalen Sektors. Sie verschärfen die Krise. Das ist das systemische Sicherheitsdilemma des geschwächten Staates.

Ökonomisierung von kriegerischen Konflikten

► Marktwirtschaft und mehr noch ihre Rekonstruktion nach Bürgerkriegen braucht für ihr Funktionieren Regeln und ein durchsetzbares Recht. Vor allem in Regionen, deren vorherrschende Produktionsweise im Verlaufe von kriegerischen Konflikten Raubkriminalität geworden ist, fehlen diese Normen und damit die Kapazität, Probleme selbst zu lösen. Unter der Hand vollzieht sich bereits ein rigoroses Abkoppeln von Regionen, in denen Formen der Staatlichkeit und damit ein rechtlicher Rahmen für die Wirtschaft vollständig kollabiert sind. Das »goldene Dreieck« zwischen Burma, China und Thailand ist die älteste derartige Region. Auch Kurdistan ist im Laufe des Kampfes für Eigenstaatlichkeit in raubkriminell miteinander konkurrierende Klans zerfallen. Eine politische Interessenvertretung ist politisch nicht organisierbar. In diesen Gebieten wird die gewaltförmige Aneignung zur höchsten Form der Privatisierung.[2] Dies schließt freilich eine punktuelle substaatliche Reintegration (Separatismus) dort nicht aus, wo für den Weltmarkt attraktive Ressourcen isoliert vom regionalen sozialen Umfeld mobilisiert werden können. Bei genauerer Untersuchung der (Bürger-)Kriegsökonomien wird deutlich, daß viele der gegenwärtigen Kriege tatsächlich weitgehend privatisiert sind. Die finanziell ausgemergelten Regierungen erteilen zwar nicht- oder unterbezahlten Streitkräften Kampfaufträge. Diese Truppen sind jedoch häufig damit beschäftigt, selbst für ihre Entlohnung durch Diebstahl, Raub und Erpressung zu sorgen. »Viele der gegenwärtigen Kriege erinnern an mittelalterliche Kriegsführung, die durch verbreitete Plünderung und die Vermeidung offenen Kampfes gekennzeichnet war«, hat David Keen beobachtet. Er stellt fest, daß die jeweiligen Regierungen weitgehend die Kontrolle über die »eigenen« Streitkräfte verlieren: Zum Beispiel in Liberia, Sierra Leone und Kambodscha. In Zaire sind bereits lange vor dem Fall von Mobutu nahezu alle Staatsfunktionen um-



Wenn der Staat versagt ... Foto: R. Maro / version

fassend privatisiert worden. Die Armee war in marodierende Banden zerfallen, die Uniform und Kriegsgerät für ihre raubkriminellen Aktivitäten privatisiert haben. Daher war der Versuch, das Regime mit Hilfe ausländischer Söldner zu retten, schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sich das Regime selbst bereits atomisiert und privatisiert hatte. In vielen Ländern lösen sich die Streitkräfte vom Staat, den sie repräsentieren sollen, ab – aus Not oder auch korporativ gezielt.

Ähnliches gilt für die Polizei: In vielen Staaten ist sie schlecht ausgebildet und kaum bezahlt. Daher gibt es weltweit zahlreiche Polizisten, die faktisch im Sold von illegalen Sektoren stehen. Sie schützen dadurch die sich ausbreitende Symbiose der regulären Ökonomie mit kriminellen Aktivitäten. Oft treten sie selbst als Diebe und Erpresser auf, vor allem gegenüber dem ärmeren Teil der Bevölkerung. Besonders virulent entwickelt sich kriminelle Gewalt im Kontext formal beendeter Kriege, weil dort zahlreiche entlassene Soldaten, meist mangels anderer Alternativen, sich der Raub- und Gewaltkriminalität als Haupterwerbsquelle zuwenden. In El Salvador ist nach Beendigung des Konfliktes die Zahl der ermordeten Personen höher als die der Opfer während des Bürgerkrieges. Südafrika wird von einer Kriminalitätswelle geschüttelt, die alle Rekorde bricht. Als Reaktion sind neue private bewaffnete Formationen sogenannter Selbstverteidigung entstanden, die sich als Kämpfer für eine andere Gesellschaftsordnung verstehen. In der ideologischen Überhöhung oder auch Instrumentierung durch Eliten derartiger Selbstverteidigungsformationen ist bereits wieder der Virus zu Konflikten gelegt. Gegenwärtig scheint private Organisation von Sicherheit allgemein zur gesellschaftlichen Norm zu werden. Eine nach oben nicht begrenzte innergesellschaftliche Aufrüstungsdynamik prägt die Entwicklung in gleichwohl sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen. Das hat zur Folge, daß die Unterscheidung zwischen kriegerischen Konflikten und Gewaltkriminalität verschwimmt.

Im Gleichschritt: Weltmarkt und Kriminalität

► Weltmarkt und organisierte Kriminalität entwickeln sich parallel. Einiges spricht dafür, daß die illegale Ökonomie höhere Wachstumsraten aufzuweisen hat als die legale. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage greift: Mit dem Anwachsen sozialer Polarisierung und dem massiven Ausschluß der Jugend von der regulären Ökonomie wächst in allen Staaten die illegale Wirtschaft und damit der Kriminalitätsdruck. Viele Staaten betreiben eine Politik des massiven formalen Ausschlusses als Reaktion auf Kriminalität, soweit sie über die notwendigen Ressourcen und die erforderliche Autorität verfügen. Trotz des sehr viel niedrigeren Kriminalitätsniveaus in Europa droht gegenwärtig die Philosophie des Ausschlusses auch hier an Boden zu gewinnen, obwohl es keine gesicherten Kenntnisse gibt, daß diese verschärfte Strafjustiz das Kriminalitätsniveau mindert.

Um die Logik von Kriminalisierung und illegaler Ökonomie zu verstehen, muß man sich die beschäftigungspolitischen Auswirkungen veranschaulichen. Der ökonomische Ausschluß »erzwingt« eine Kriminalisierung der Gesellschaft. Dadurch öffnen sich zunächst reproduktive Rollen für die Betroffenen, und zwar an drei verschiedenen Orten der Dynamik. Da ist zunächst die Bande, die nach dem Territorialprinzip Sphären krimineller Bereicherung schafft und verteidigt. Als Reaktion entstehen zweitens »vigilante« Gruppen, paramilitärische Selbstschutzgruppen, die von Rechtsnormen losgelöst operieren. Darin organisiert sich ein weiterer Teil vor allem der männlichen Jugendlichen. Schließlich expandiert die Sicherheitsindustrie und bietet viele, meist schlecht bezahl-



... geht's ans Eingemachte

Foto: R. Maro / version

te Jobs. Diese legale und illegale Beschäftigungsdynamik der gesellschaftlichen Verunsicherung absorbiert jedoch nur einen Teil der Ausgeschlossenen.

Die bislang blinde Akzeptanz des amerikanischen Paradigmas in der Drogenpolitik fördert diese Entwicklung. In manchen Ländern der Dritten Welt bedurfte es erst massiven diplomatischen Druckes der Vereinigten Staaten, um Drogen zu kriminalisieren. Die oft als dramatisch empfundene Kriminalitätsentwicklung in den Vereinigten Staaten ist zu einem erheblichen Teil durch die kulturell produzierte und politisch durchgesetzte Kriminalisierung des Drogenkonsums zu erklären. Die Begründungen für diese Kriminalisierung sind zumindest brüchig, worauf auch national unterschiedliche Drogenpolitiken verweisen. Es stellt sich die Frage, welcher Art die Auswirkungen dieser »imperial« durchgesetzten kulturellen Wertung sind und ob es eine hintergründige Logik gibt.

Die recht willkürliche Kriminalisierung des Drogenkonsums schafft eine parallele globale Ökonomie. Die Bewertung dieser illegalen Wirtschaft fällt sehr verschieden aus: Der politische Diskurs suggeriert, sie beeinträchtige krisenverschärfend die wirtschaftliche Entwicklung. Andere hingegen argumentieren, sie federe die polarisierenden Auswirkungen der Globalisierung noch ab. Einerseits gefährdet die illegale Ökonomie die Rechtsordnungen, derer funktionierende Märkte in demokratischen Gesellschaften bedürfen. Andererseits aber kann man den Drogensektor auch als eine gigantische »globalisierte« Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschreiben.

Die illegale Ökonomie wird zur gigantischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

Die Bekämpfung dieses kriminalisierten Sektors spielt eine zentrale Rolle in der amerikanischen Außenpolitik, die dabei vor interventionistischen Maßnahmen nicht zurückschreckt. Regierung und Kongreß überbieten sich gegenseitig in der internationalen Drogenbekämpfungspolitik. Unterschwellig erscheinen die Kriminalitätsprobleme in den Vereinigten Staaten so als importierter Virus, den es gemeinsam abzuwehren oder noch besser weltweit auszumerzen gilt. Dieses Bild lenkt von den gesellschaftlichen Ursachen ab. Es wirkt zugleich über viele andere soziale Brüche hinweg (sicherheits)identitätsstiftend – bei einer »moralischen« Mehrheit derjenigen, die im Boot der regulären Ökonomie sitzen. Von diesem »importierten« Virus Befallene hingegen müssen in Quarantäne, unter Umständen lebenslang. Die amerikanische Drogenverbotspolitik und die sich auf die zweite Abänderung der amerikanischen Verfassung gründenden Freizügigkeit privaten Waffenbesitzes vereinen sich politisch zu einer innergesellschaftlichen Sicherheitshysterie und einer privaten Aufrüstungsdynamik, die die Vereinigten Staaten zum Vorreiter aller Formen privatisierter Sicherheit machen. Dies läßt sich dahingehend interpretieren, daß die Privatisierung der Sicherheit sowohl eine Reaktion auf den zerfallenden Staat als auch ein eigendynamischer Prozeß ist, der sich aus einer Feindbildprojektion neuer Art speist. Sie wird von dem angstbesetzten Bemühen gespeist, um jeden Preis im Boot des Wohlstandes zu bleiben, es vor dem Kentern dadurch zu schützen, daß man die Schiffbrüchigen des Arbeitsmarktes abschiebt und die des Weltmarktes militant abwehrt.

Globale Finanzraubritter

► Die verschiedenen Trends zu einer tiefgreifenden Privatisierung von Sicherheit wirken kumulativ. Sie reichen von der passiven Sicherheit, dem »target hardening« genannten Panzern von Wohlhabenden, bis hin zu modernen Raubrittern, die militärische Dienstleistungen an zerfallende Staaten ver-

kaufen, es aber ausschließlich auf die Aneignung und Ausbeutung von Ressourcen dieser Staaten abgesehen haben. Die auslösenden Faktoren der unterschiedlichen Privatisierungsprozesse haben sich sämtlich verstärkt. Die Entwicklung irregulärer und illegaler Zirkulationssphären ist angesichts der Nichtexistenz staatlicher Absicherung und des Versagens regulärer Arbeitsmärkte eine unausweichliche Folge. Struktureller Ausschluß vom regulären Arbeitsmarkt schafft ein risikobereites Rekrutierungspotential für Tätigkeiten jedweder Art in illegalen Zirkulationssphären. Die Dynamik dieser parallelen wirtschaftlichen Kreisläufe dominiert einige Volkswirtschaften insgesamt und beherrscht in anderen Staaten ganze Regionen, nicht selten grenzübergreifend. Zu den Merkmalen illegaler Zirkulationssphären gehört, daß sie zwar auch der Logik von Angebot und Nachfrage unterworfen, aber letztlich auf der Angebotsseite doch nicht markt-, sondern gewaltreguliert sind. Die illegal angeeigneten Gewinne drängen im Nebel aktiver Korruption beständig in die reguläre Ökonomie. Sie versetzen die kriminellen Akteure in die Lage globaler Finanzraubritter, die sich auf die Ressourcen angeschlagener Staaten konzentrieren. Die Abgrenzung zwischen der regulären Ökonomie und illegalen Zirkulationssphären verursacht einen eskalierenden Aufrüstungsprozeß, weil beide Seiten auf jeweilige »Sicherheit« angewiesen sind. Die Aufrüstung umfaßt sowohl passive Mittel als auch aktive Dienstleistungen. Als allgemeine Tendenz zeichnet sich ein einschneidender Funktionsverlust des Staates als Garant des Marktes gegen kriminelle Intervention ab.

Die englische Redensart »my home is my castle« wird eine allgemeine sinistre, postmoderne Realität für diejenigen, die sich dies leisten können. Die auf diese Weise abgewehrte kriminelle Energie konzentriert sich zwangsläufig auf Bevölkerungsgruppen, die sich am wenigsten wehren können und macht das Leben in der Armutsapartheid zur »kriminellen Hölle«. Armut wie auch gesellschaftliche und internationale Polarisierung sind keine neuen Erscheinungen. Aber neu ist, daß die spezifischen Konstellationen in der gegenwärtigen Phase den Nationalstaat als kriegsstiftenden Akteur zu marginalisieren scheinen. Eine Revision des Paradigmas des Krieges kündigt sich an. Wichtige Elemente der geänderten Konstellationen sind:

► 1. Tiefe gesellschaftliche Umbrüche versperren die intergenerationelle Nachfolge in Positionen des regulären Arbeitsmarktes bzw. traditioneller Subsistenzwirtschaft. Der Ausschluß vom regulären Arbeitsmarkt bildet die Hefe für die ihrerseits normenbildende Kriminalität und Gewaltkriminalität mehr oder weniger großer Segmente der nachwachsenden Generationen. Ihnen bietet der legale Sektor der globalisierten Ökonomie keine identitätsstiftenden Rollen, ihr Selbstwertgefühl kann sich nur im Kontext abweichender Normen entwickeln. Der täglich wachsenden Reservearmee ausgeschlossener Jugendlicher eröffnet sich ein gewaltbereites Kollektiv, eine gegen andere gerichtete Selbstbehauptung als identitätsstiftende Option. Dabei hält nur die regelhafte Instrumentalisierung durch eine militante Ideologie das Kollektiv zusammen.

► 2. Der Zwang zu wirtschaftlicher Restrukturierung im Sinne der herrschenden makroökonomischen Trends beschleunigt den Zerfall staatlicher Strukturen. Die zur angestrebten marktwirtschaftlichen Regulierung notwendigen Rechtsnormen können nicht durchgesetzt werden. Dies gilt besonders in Afrika, aber auch für Teile der ehemaligen Sowjetunion. Folgen sind eine verstärkte Segmentierung der Gesellschaft, die mit einer expansiven Privatisierung der Sicherheit einhergeht, und eine eskalierende Kriminalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, die sich zuweilen mit dem Mantel kriminell usurpierter Staatlichkeit bekleidet und die Trennung von Wirtschaft und Politik vollständig aufhebt.

► 3. Die kriminalisierten Zirkulationssphären sind heute parallel zum Globalisierungsprozeß international vernetzt und entsprechend flexibel. Das dort angesammelte Kapital hat Größenordnungen erreicht, die eine gezielte korruptive Aggression oder ernsthafte Gefährdung marktregulierter Volkswirtschaften ermöglichen. Mit Ausnahme des Anbaus von Rohstoffen für die Drogenökonomie handelt es sich überwiegend um Aktivitäten im tertiären Sektor, vor allem Schmuggel und Schutzgelderpressung. Sie lähmen die regulären Ökonomien und können schließlich deren Implosion befördern, wiewohl diese ihre eigentliche Existenzbasis sind. Das »offshore« angesammelte Kapital bewegt sich derweil zu neuen Standorten korruptiver Intervention, während vor Ort ein Stadium allgemeiner gewaltgestützter Plünderung und Zerstörung erreicht wird. Nicht zufällig bilden Jugendliche, sog. Kindersoldaten, die gewalttätige Speerspitze in solchen Situationen. Jedoch operieren unter dem Schutz effizienter privater Sicherheitsdienste Rohstoffextraktionsprojekte als Wagenburgen des Weltmarktes bis zur letzten Sekunde im Umfeld gewaltförmiger Konflikte. Einzige Bedingung: der Sicherheitsaufwand und die Abgaben an den Warlord rechnen sich.

► 4. In dem Maße, in dem sich eine Volkswirtschaft der Erschöpfung nähert, eskalieren die Formen der gesellschaftlichen Gewalt, die das Regulativ solcher Ökonomien bilden. Sie erreichen die Form innergesellschaftlicher Kriege. Diese gewaltförmigen Konflikte können trotz verschiedenster ideologischer Überbauten weder ihre Wurzeln in Raubkriminalität noch ihre Verflechtung in das internationale Netz illegaler Zirkulationssphären verleugnen. Entsprechend bilden sich latente Gleichgewichtszustände des Konfliktes auf niedriger Intensitätsstufe, weil sie die gewaltgestützte Bereicherung dominierender Akteure optimieren. Alternative Konzepte von Staatlichkeit im Sinne einer wohlfahrtsorientierten gesellschaftlichen Organisation sind als Gegenstand gewaltförmiger Konflikte durchgängig verloren gegangen.

► 5. Ökonomische Interessen und territoriale Kontrolle sind in der heutigen globalisierten Ökonomie soweit entkoppelt, daß Eroberungskriegen das ökonomische Kalkül entzogen ist. Die Mobilität des Finanzkapitals erlaubt eine globale Abwägung bei Allokationsentscheidungen. Zu den wichtigen Faktoren zählt Sicherheit, die aus Gründen der Effizienz und niedrigen Kosten zunehmend als private Dienstleistung isoliert vom jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Umfeld erbracht wird. So entstehen weltweit »sichere« Inseln der Weltmarkproduktion und der Lebenssphären der Beteiligten. Der Staat als Bindeglied zwischen diesen Weltmarktsegmenten und den in ökonomischer Apartheid lebenden Massen verliert an Bedeutung. Der Staat steht immer weniger im Zentrum der Eskalation von gewaltregulierter Konkurrenz in ökonomischen Grauzonen.

Die umfassende Privatisierung von Schutz und Sicherheit ist somit eine systemische Antwort des Globalisierungsprozesses auf die von ihm generierten gesellschaftlichen Brüche und der daraus folgenden Gewaltmanifestationen. Die Aufrüstung illegaler und legaler Bereiche erreicht eine innergesellschaftliche Dynamik, die der des Kalten Krieges ähnelt.

Anmerkungen:

1 Robert D. Kaplan, The Ends of the Earth A Journey at the Dawn of the 21st Century, New York (Random House) 1996. William Reno, Privatizing War in Sierra Leone, in: Current History, May 1997, S.227-230.

2 Eine Liste der Länder, in denen sich das Militär in den letzten zehn Jahren ökonomisch verselbständigt hat, ist sehr lang. Detailliert berichteten die Financial Times und die Far Eastern Economic Review in den drei vergangenen Jahren über folgende Länder: Chile, China, Cuba, Ecuador, Indonesien, Kambodscha, Laos, Birma, Taiwan, Thailand, Türkei, Vietnam.

► **Peter Lock** ist Mitarbeiter des Hamburger EART e.V. (European Association for Research on Transformation)

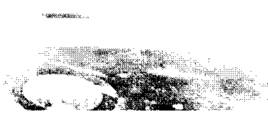






Foto: R. Maro/version

Ein Unfall und einige Morde

Die Bande aus Politikern, Drogenhändlern und Killern in der Türkei

von **Jan Keetman**

Die Staatsideologie des extremen Nationalismus befördert in der Türkei eine politische Kultur, die Politik und Verbrechen gleichermaßen legitimiert. Die Grenzen zwischen Staat und Bande verschwimmen.

► Die Leser der kleinen linksnationalistischen Zeitschrift »Aydinlik« konnten am 21. September 1996 einen seltsamen Artikel lesen. Unter Berufung auf den türkischen Geheimdienst wurde behauptet, der ranghöchste Polizist der Türkei und spätere Innenminister, Mehmet Agar, habe unter dem Vorwand, gegen die PKK und Dev Sol zu kämpfen, einen Kader aus Faschisten gebildet, die »Verbrechen wie Bedrohung, Raub, Erpressung, Drogenhandel und Mord« begingen. Alleine durch Schutzgelderpressungen habe diese Bande 30 bis 40 Mio. Dollar eingenommen.

Neben Mehmet Agar wird in diesem Zusammenhang der ehemalige Vizechef der faschistischen »Grauen Wölfe«, Abdullah Catli, erwähnt. Catli wurde international gesucht wegen Mordes an sieben linken Studenten (1978), der Anstiftung bzw. Beteiligung an sechs weiteren Morden – darunter der Ermordung des Chefredakteurs der Zeitung »Milliyet« (1979) – und weil er eine Haftstrafe wegen Drogenhandels in der Schweiz durch Flucht vorzeitig beendete. In dem Artikel wird behauptet, Catli besitze nun einen Diplomatenpaß und einen Polizeiausweis; auch werden seine derzeitige Adresse sowie seine Telefonnummern genannt.

Zunächst geschieht auf diesen Artikel hin nichts, dann ein Zufall: Am 3. November 1996 fährt ein Mercedes mit 180 km/h bei dem Ort Susurluk über die Landstraße und prallt auf einen aus einer Tankstelle herausfahrenden Lastwagen. Im Wagen stirbt neben dem ehemaligen stellvertretenden Polizeichef von Istanbul, Hüssein Kocadag, und einer Frau namens Ganca Uz auch Abdullah Catli. Einzig überlebender Insasse ist Sedat Bucak, Abgeordneter von Tansu Cillers 'Partei des Richtigen Weges' (DYP). Er ist kurdischer Stammeschef und Herr über eine Miliz von 400 Mann, die im Sold des Staates gegen die PKK kämpft. Im Wagen finden sich jede Menge Waffen, Schalldämpfer, etwas Kokain sowie Catlis Polizeiausweis, Diplomatenpaß und Waffenschein mit der Unterschrift von Mehmet Agar. Ob die Unterschrift echt oder gefälscht ist, wollen die Schriftexperten nicht entscheiden.

Belastete Polizisten wurden befördert, unliebsame Richter versetzt ...

In einem anderen Fall sind sie sich jedoch sicher: Mehmet Agar stellte einem Mann namens Yasar Öz einen Diplomatenpaß und einen Waffenschein aus; dieser wiederum wurde erwischt, als er in den USA versuchte, 20 kg Heroin zu verkaufen. Auch ein weiterer Fall bringt den Politiker Agar in die Nähe von Drogengeschäften: Der Mord an dem Geschäftsmann Ömer Lütfü Topal. Topal besaß zahlreiche große Hotels sowie Spielcasinos und war ebenfalls im Drogenhandel aktiv. Auch er war im Besitz eines Diplomatenpasses, allerdings aus Turkmenistan. Der Stil seiner Geschäftspolitik offenbarte sich in dem Versuch, die größte Firma für Flughafenservice in der Türkei, Havas, aufzukaufen, was ihm freien Zugang zu den meisten Flugzeugen verschafft hätte. Nur diplomatischer Druck aus Washington verhinderte diesen Deal. Doch Topal blieb weiterhin im Drogengeschäft – solange bis sein Auto eines Tages von Gewehrsalven durchsiebt wurde. Kurz darauf nannte ein anonymer Anrufer die Namen von drei Polizisten, die Topal ermordet haben sollten. Diese wurden verhört und gestanden angeblich diesen sowie weitere Morde. Dann wurden die drei aber von Mehmet Agar in die Freiheit entlassen und zum Personenschutz von Sedat Bucak abgeordnet. Später kam heraus, daß sich auf einer der Tatwaffen die Fingerabdrücke von Bucaks Begleiter Abdullah Catli befanden.

Im Dezember 1996 trat dann Mehmet Agar unter einem ehrenvollen Vorwand als

Innenminister zurück. Im Juni 1997 kam auf Druck des Militärs die Regierung Yilmaz ins Amt und im Dezember gelang es nach mehreren Anläufen, die Immunität von Agar und Bucak aufzuheben. Auch demonstrierte die Bevölkerung im Frühjahr und Herbst 1997 landesweit durch Lichtausschalten und Lärm für eine Aufklärung der Verbrechen der Bande. Trotz solcher positiven Anzeichen sieht es weiterhin so aus, als würde eine lückenlose Aufklärung der Konstellation im Unfallwagen von Susurluk mit allen Mitteln verhindert werden: Durch den Fall schwer belastete Polizisten wurden befördert; unliebsame Richter und Staatsanwälte, die sich mit den politischen Verstrickungen befaßten, wurden versetzt; ein Geheimdienstagent und ein Richter, die an diesem Fall arbeiteten, kamen bei Autounfällen ums Leben...

Obwohl einige Mitglieder der Bande schon früher in die verschiedensten Verbrechen verwickelt waren, scheint es doch, daß sich ihre wesentlichen Teile erst 1993 – als Tansu Ciller Kabinettschefin wurde – zusammengefunden haben. In der Türkei sind nicht wenige davon überzeugt, daß Tansu Ciller und ihr Mann Özer ebenfalls zur Bande gehören. Dafür spricht, daß Ciller Mehmet Agar ins Kabinett und Sedat Bucak auf die Wahlliste der DYP gehievt hat. Weiterhin hat sie versucht, die Aufklärung der Verbrechen zu verhindern. Ungeklärt ist auch die Frage nach der Quelle des sprunghaft anwachsenden Reichtums der Cillers.

Die Bande, die zu einer Zeit entstanden ist, in der die Türkei einer der weltgrößten Umschlagplätze für Heroin war, scheint in erster Linie wie ein Wirtschaftsunternehmen funktioniert zu haben. Sie stellte dem Staat zu beiderseitigem Nutzen hier und da ihr know-how und ihre Logistik zur Verfügung. Im wesentlichen arbeitet man jedoch in die eigene Tasche. So sind beispielsweise von Abdullah Catli zwar eine große Zahl krimineller Taten bekannt, aber außer den oben genannten, weit zurückliegenden ideologisch begründeten Morden, kann nur ein Anschlag auf ein armenisches Café und Denkmal in Paris (1984) zu seinen politisch motivierten Taten gezählt werden. Bei anderen Aktionen, wie der Bedrohung und Erpressung kurdischer Geschäftsleute, die im Ruf standen, die PKK zu unterstützen, und der vermuteten Verwicklung in einen blutigen Umsturzversuch in Aserbeidschan – einer möglichen Drehscheibe für Waffen- und Drogenhandel – ließen sich Geschäft und Politik recht gut verbinden.

Politik und Verbrechen im Dienste der Nation

▶ Diese Einzelheiten ließen sich ohne weiteres erweitern. An der Existenz der Bande und ihrer Verstrickung mit dem Staatsapparat besteht kein Zweifel. Sie setzt sich zusammen aus Rechtsradikalen, die in den siebziger Jahren gegen Linke kämpften, sowie aus Teilnehmern an versteckten Aktionen gegen die PKK. Die Grauzone des Netzwerkes zwischen Kriminalität und Politik symbolisieren auch die beiden Bedeutungen des in der Türkei für die Bande verwandten Wortes »cete«. »Cete« kann sowohl einfach als »Bande« ins Deutsche übersetzt werden, als auch »irreguläre Truppe« oder »Freikorps« bedeuten. Der Begriff beschreibt also einerseits »normale« Kriminelle, die den Staat für ihre Zwecke mißbrauchen, steht andererseits aber auch für illegale Aktionen, die direkt vom Staat ausgehen oder zu seinem Nutzen verübt werden.

Hintergrund solcher Aktionen und damit letztlich der Existenz von Banden, die zwischen Staat und Kriminalität operieren, ist die Unfähigkeit des türkischen Staates, die inneren Konflikte des Landes mit demokratischen Mitteln zu lösen. Das gilt insbesondere für die kurdische Frage. Stattdessen beschränkt man sich auf besagte illegale, versteckte Aktionen, die ein unkontrolliertes Machtpotential für die ausführenden Organe entstehen lassen. So gedeihen Filz und Bandenwesen auf allen Ebenen der Sicherheitsorgane. Jenseits der auch bei der türkischen Linken populären, nationalistischen Verschwörungstheorien, stellt sich damit die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Bande sowie nach dem Selbstverständnis der Sicherheitskräfte, aus denen sich viele Bandenmitglieder rekrutieren.

Die Mitglieder der »cete« – im Sinne von »Freikorps« – sind keine Staatsfeinde. Sie sind die Kinder der von Mustafa Kemal (Atatürk) errichteten autoritären Republik. Hancfi Avci, ein ranghoher Geheimdienstler, der in Diyarbakir im Einsatz war, als die kurdische Opposition durch eine Reihe politischer Morde empfindlich getroffen wurde, beschrieb die Einstellung der Sicherheitskräfte zu ihrem Staat folgendermaßen: »Sie sehen sich ausserhalb jedes Gesetzes und jeder Regel. Ihrem eigenen Kopf, ihren Weltanschauungen und Gedanken entsprechend möchten sie den Staat mit ihren gewohnten Methoden schützen. Es sind Menschen, die glauben, daß dabei außer ihnen keine Kraft erfolgreich sein könnte, daß niemand das Wesen des Staates versteht und ihn liebt und daß man niemandem trauen kann außer den eigenen Leuten.«

Diese Aussage beschreibt das geistige Klima und die politische Kultur eines Milieus, in dem die Bande sich entwickeln und konsolidieren konnte. Dieses Denken ist eine Konsequenz der nationalistischen Erziehungspolitik in der Tradition Atatürks, die den Wert demokratischer Institutionen und das Individuum dem Staat und der Nation bedingungslos unterordnen (s. *iz3w Nr. 207*). Die von Kindesbeinen an internalisierte Ideologie der Vaterlandsliebe ist die Legitimationsgrundlage für die Sicherheitskräfte, politische Gegner oder unangepaßte Mitglieder der türkischen Nation zu ermorden. Die Sicherheitskräfte erklären, dem Vaterland zu dienen. Sie sehen sich selbst eher als Helden denn als Verbrecher und werden auch von vielen anderen so gesehen. Tansu Ciller etwa sagte über den verunglückten Catli: »Wer für den Staat Kugeln abfeuert ist genauso ein Held wie diejenigen, die für den Staat fallen!«

Mit der Zeit beginnen die staatlich angestellten Killer, die möglichen wirtschaftlichen Vorteile ihrer Tätigkeit wahrzunehmen. Sie werden zu freien Unternehmern oder Subunternehmern, was sich an der Biographie von Abdullah Catli bestens ablesen läßt. Man entdeckt, daß ein Arbeiten außerhalb des Gesetzes materiellen Gewinn verheißt. Zu den politischen Morden gesellen sich nun Rauschgifthandel, Erpressung, Schmuggel, Geldwäsche, Raub, falsche Ausschreibungen, etc.... Daß einige Mitarbeiter formell ihre alte Anstellung behalten, ist der Sache nicht hinderlich. Außer zu Polizisten knüpft man Verbindungen zum organisierten Verbrechen, dem man dank staatlicher Killerausbildung manchmal überlegen ist. Politikern werden die Dienste, die vorher vielleicht der Geheimdienst tat, nun wie von freien Unternehmern angeboten. Die Wahrheit liegt jetzt zwischen Freikorps und Bande.

Ist Susurluk der Staat?

▶ Dennoch kann nicht von einer Identität von »Staat« und »cete« ausgegangen oder von einer kompletten Unterwanderung der Politik durch die Kriminalität gesprochen werden. Zum einen ist der bestehende enge demokratische Freiraum nicht nebensächlich. Und zum anderen hat den Staat letztendlich niemand anderes als das Militär in der Hand. Dabei ist von untergeordneter Bedeutung, welche Verknüpfungen es zwischen Militär und Bande gab und gibt. Das Militär hat so viel Macht und Ansehen, daß es die Türkei bis auf weiteres auch ohne Bande lenken kann.

Die Aussage des konservativen Spitzenpolitikers Hüsamettin Cindoruk, »Der Staat ist Susurluk, und Susurluk ist der Staat«, bedeutet also nicht, daß die Bande um Ciller, Catli und Agar alle Macht innehabe, sondern beschreibt den gegenwärtig kritischen Zustand des Staatsmodells Türkei. »Die Bande« und ähnliche kleinere Gruppen von ein paar Leuten aus Militär, Sicherheitsorganen, Sondereinheiten und Dorfschützermiliz in den kurdischen Provinzen, sind sich verselbstständigende Warlords eines im Namen der Nation geführten inneren Krieges gegen die Feinde des Systems. Die Forderung, die Ereignisse von Susurluk müßten endlich aufgeklärt werden, geht demzufolge nicht weit genug, denn das Problem ist weitaus größer als die kleine Bande aus korrupten Politikern, rechten Killern und Geheimdienstlern.

▶ **Jan Keetman** ist freier Journalist und lebt in Istanbul.

Die beiden Gesichter des Drogenhandels

Zur Militarisierung der Demokratie in Lateinamerika



Fotos: H. Sachs, A. Wilms-Schröder

von **Samuel Blixen**

Einerseits dient das Bedrohungsszenario des »Narkoterrorismus« dazu, US-Hegemonieansprüche und innerstaatliche Repression in Lateinamerika zu legitimieren. Andererseits aber verweist der Handel mit Drogen auch auf eine bestimmte Art von Politik innerhalb einer Grauzone von Rechtsextremismus, Geheimdiensten, Militärdiktaturen und kriminellen Banden.

► Am 19. Mai 1996 durchsuchten Spezialeinheiten der mexikanischen Armee die Vorberge zwischen Tianal und Sikiculum in Chiapas, Mexiko, um, wie das nationale Institut zur Drogenbekämpfung erklärte, nach Drogen zu suchen. Die Armee richtete rund um Aguascalientes II vier Stützpunkte ein und bestätigte damit in gewisser Weise die Befürchtung der Zapatisten, es stehe eine Offensive bevor. Diese Aktion bildete ein drohendes Gegengewicht zu den sporadischen Friedensverhandlungen in dieser vom Bürgerkrieg zerrütteten Region. Der zuständige General Castillo wies diese Anschuldigungen zurück. Die Anwesenheit der Truppen diene lediglich dazu, ein angebliches »südöstliches Kartell«, das in den Bundesstaaten Chiapas, Campeche und Tabasco operiere, zu bekämpfen.

Zur gleichen Zeit, im Juni 1996, kündigte das US State Department an, ein Ausbildungsprogramm für mexikanische Militärs im Krieg gegen die Drogen solle mit 5 Millionen Dollar unterstützt werden. Im August zog Senator Jesse Helms sein Veto gegen General Geoffrey McCaffreys Vorschlag zurück, die mexikanische Armee mit fünfzig gebrauchten Huey HU-1H Hubschraubern auszurüsten. Im Gegenzug erklärte sich die mexikanische Regierung bereit, die Überwachung der Nutzung der Hubschrauber durch die USA zuzulassen und erlaubte darüberhinaus US-amerikanischen Polizeieinheiten, speziell dem Zoll, mexikanisches Territorium zu überfliegen.

Bedrohungsszenarien und nationale Sicherheit

► Einmal abgesehen vom konkreten Bezug zu den Verhandlungen in Chiapas offenbart sich anhand dieser beiden Ereignisse ein durchaus kohärentes Schema: Die aktive Beteiligung der mexikanischen Armee an der Bekämpfung des Drogenhandels, die wachsende Militarisierung des Staates, Mexikos militärische Abhängigkeit von der Unterstützung durch die USA sowie die beharrlichen Versuche des Pentagon, den »Narkoterrorismus« als neues Feindbild den Armeen Lateinamerikas schmackhaft zu machen, ein Feind, gegen den die Doktrin der kontinentalen Sicherheit angewandt werden müsse – all diese Aspekte stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Früher vertrat die mexikanische Armee einen konsequent »nationalistischen« Standpunkt gegenüber den USA, nun propagiert sie angesichts der »Bedrohung« durch den »Narkoterrorismus« eine Politik innerstaatlicher Militarisierung. Dieses Bedrohungsszenario ist nach Ansicht vieler gesellschaftlicher Kräfte, Politiker und auch lateinamerikanischer Militärs jedoch eine zweifelhafte Legitimation für diese Art von Politik. Oft wird behauptet, sie diene lediglich den nationalen Sicherheitsinteressen der USA.

Das Bedrohungsszenario füllt das nach dem Kalten Krieg entstandene politische Vakuum. Da jeder Versuch, eine Hegemonie zu etablieren, auf die Definition eines gemeinsamen transnationalen Feindes angewiesen ist, ersetzt heute der Drogenhandel das frühere Feindbild des Kommunismus. Damals wie heute dienen diese Imaginationen eher dazu, die wirklichen Ursachen der Destabilisierung in Lateinamerika zu verdecken:

die krassen sozialen Ungerechtigkeiten und das unerträgliche Ausmaß der Marginalisierung und Armut, das die neoliberalen Wirtschaftsrezepte hervorgebracht haben. Der mit dem Drogenhandel einhergehende sogenannte »Narkoterrorismus« bietet nicht nur ein vereinfachendes Erklärungsmuster für die soziale Zersetzung, Rebellionen, Gewalt und Aufstände in dieser Region, sondern dient auch der billigen Rechtfertigung für die Anwendung militärischer Mittel.

Angesichts der Tatsache aber, daß der transnationale Drogenhandel stets auch dazu gedient hat, die geheimen Aktionen der CIA und anderer um die 'nationale Sicherheit' besorgter US-Behörden zu finanzieren, stößt in breiten gesellschaftlichen Schichten Lateinamerikas die Gleichsetzung von Drogenhandel und Bedrohung der Demokratie auf berechtigte Skepsis. Das derzeitige Szenario in Chiapas weist in dieser Hinsicht sehr starke Ähnlichkeiten mit der jüngeren Geschichte Zentralamerikas auf. Dort führten Aufstandsbekämpfungsstrategien gegen linke Guerilleros stets zur Aufstellung paramilitärischer und terroristischer Gruppen, die mit Hilfe des Drogenhandels finanziert wurden. Das Auftauchen argentinischer Militärberater bei den in Chiapas aktiven Einheiten legt die Vermutung nahe, daß das lang erprobte System der Zusammenarbeit zwischen militärischen Geheimdiensten, Drogenkartellen und paramilitärischen Einheiten weiterbesteht, waren doch diese Militärberater in den achtziger Jahren schon in El Salvador, Honduras und Guatemala im Einsatz.

Die Argentinien-Connection

► Obwohl ihre institutionalisierte Beteiligung am Staatsterrorismus in ganz Lateinamerika bis heute noch nicht offiziell zugegeben wurde, haben Journalisten und Menschenrechtsorganisationen umfangreiche Informationen zusammengetragen, die zeigen, daß argentische Militärs eine wichtige Rolle bei dieser auf dem ganzen Kontinent koordinierten Strategie gespielt haben. Die argentinische Militärführung, die sich nach dem Putsch im März 1976 eine zweifelhafte Reputation für erfolgreiches und effektives Vorgehen im schmutzigen Krieg gegen die »Subversion« erworben hatte, schickte den Armeen sowie den Organisationen der extremen Rechten Zentralamerikas ihre Militärberater. Der damalige Chef des 1. Armeekorps, General Guillermo Suárez Masón, schuf aus dem Batallion 601 eine geheime Spezialeinheit für Aktionen im Ausland (GTE), die eng mit dem SIDE (dem staatlichen Geheimdienst) zusammenarbeitete. Die argentinischen Agenten sollten sowohl ihre zentralamerikanischen Verbündeten unterstützen als auch exilierte Argentinier verfolgen.

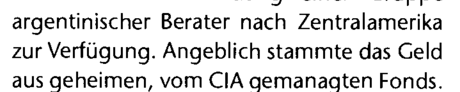
Angeblich wurde der Kontakt zwischen dem argentinischen Geheimdienst und verschiedenen rechtsextremen Gruppen in Zentralamerika von der italienischen neofaschistischen Organisation »Avanguardia Nazionale« hergestellt. Diese Zusammenarbeit begann 1973 mit dem Auftauchen des italienischen Terroristen Stefano Delle Chiaie in Argentinien; er verfügte über zahlreiche Verbindungen zur politischen Polizei Pinochets – der DINA –, die damals von Oberst Manuel Contreras geleitet wurde. Delle Chiaie koordinierte seine Aktivitäten mit dem chilenischen und (vermutlich auch) CIA-Agenten Michael Townley, der später in den USA wegen seiner Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen Außenministers von Chile, Orlando Letelier, verurteilt wurde. Townley diente ihm auch als Mittelsmann zu dem salvadorianischen Offizier Roberto D´Aubuisson, von dem später noch die Rede sein wird.

Bis 1980 bildeten die argentischen Berater in El Salvador und Guatemala paramilitärische Gruppen aus. Finanzierten sich diese bis dahin vor allem durch Erpressung, brachte der Militärputsch in Bolivien im Juni 1980, durch den General Luis García Meza an die Macht kam, eine qualitative Veränderung für die Finanzquellen paramilitärischer Organisationen in Zentralamerika mit sich. Es gilt als erwiesen, daß die argentinische Unterstützung der Putschisten mit Waffen und Militärpersonal von den bolivianischen Drogenkaretellen finanziert wurde.

Verbindungsmann zu den argentinischen Militärs war Oberst Luis Arce Gómez, der später während der Diktatur bolivianischer Innenminister war (heute sitzt er in den USA im Gefängnis, angeklagt wegen Drogenhandels). Arce baute zusammen mit seinem Vetter, dem Drogenbaron Roberto Suárez, und mit Hilfe der argentinischen Militärberater eine umfassende Logistik für den Handel mit Drogen und für die notwendige Geldwäsche auf. Als Gegenleistung sollten die bolivianischen Drogenhändler die paramilitärischen Gruppen in Zentralamerika finanzieren. Das Abkommen wurde in Bolivien geschlossen, zwischen Arce, Suárez, Delle Chiaie und dem Oberstleutnant Hugo Miori Pereyra, einem Mitglied des argentinischen Kontingents in Bolivien und Delegierten des Generals Suárez Masón. Miori half Delle Chiaie bei der Aufstellung einer terroristischen Schwadron in Bolivien, die unter dem Namen »Novios de la Muerte« (Verlobte des Todes) bekannt wurde. Sie arbeitete mit dem Naziverbrecher Klaus Barbie zusammen, koordinierte den Sicherheitsdienst und brachte den bolivianischen Soldaten das Foltern von Gefangenen bei. Darüberhinaus gehörte der Schutz der Kokainhändler zu den zentralen Aufgaben dieser Schwadron. Dieses Verhältnis zwischen Schutz auf der einen und Finanzierung auf der anderen Seite wurde von der bolivianischen Drogenhändlerin Sonia Altala vor einem US-Gericht bestätigt. Laut ihrer Aussage wurden die »Verlobten des Todes« von einer Drogenhandelsorganisation finanziert, die wiederum von Minister Arce Gómez protegiert wurde.



Getarnte Aufstandsbekämpfung ...



Der Antikommunismus und die Droge

► Kurz nach dem Staatsstreich von García Meza intensivierte sich die Beziehung zwischen Drogenhändlern und paramilitärischen Gruppen. Die Entwicklung hin zu dieser neuen Dimension war auch das Ergebnis des Vierten Kongresses der lateinamerikanischen Antikommunistischen Liga, einer Unterorganisation der World Anticommunist League (WACL) in Buenos Aires. Der Kongreß fand unter dem Vorsitz von Suárez Masón statt und war ein Stelldichein der rechtsextremen lateinamerikanischen Prominenz. Teilnehmer waren der Präsident der WACL, Woo Jae Sung, ein wichtiger Mann in der Moon-Sekte, Repräsentanten der italienischen Freimaurerloge »Propaganda Due«, Delegierte des früheren nicaraguanischen Diktators Somoza sowie die terroristische exilkubanische Organisation Alpha 66, der Salvadorianer Roberto D´Aubuisson, der guatemaltekische Neofaschist Mario Sandoval Alarcón und der italienische Terrorist Delle Chiaie; außerdem waren John Carbaugh, ein Assistent von Senator Jesse Helms, und Margo Carlisle, eine Assistentin von Senator James McClure, als Beobachter mit von der Partie. Suárez Masón argumentierte in seiner Rede, daß man den antikommunistischen Kampf in Zentralamerika weiterentwickeln müsse, wolle man dem Triumph des Sandinismus etwas entgegensetzen. Die WACL stellte daraufhin acht Millionen US-Dollar für die Anfangsfinanzierung der Entsendung einer Gruppe argentinischer Berater nach Zentralamerika zur Verfügung. Angeblich stammte das Geld aus geheimen, vom CIA gemanagten Fonds.

Oberstleutnant Miori fungierte als Bote in diesem Geschäft. Man schreibt ihm eine wichtige Rolle bei der Koordination des Drogenhandels in El Salvador zu. Das Kokain wurde in die salvadorianischen Luftwaffen-

basen gebracht und dann in die USA geschickt. Ein Teil des Erlöses aus diesem Deal finanzierte die von Major D´Aubuisson aufgebauten Todesschwadronen. Die paramilitärischen Gruppen wurden von Oberstleutnant Santiago Hoya ausgebildet. Hoya und Oberst Ribeiro, der verantwortlich für die Argentinier in Zentralamerika war, spielten auch eine entscheidende Rolle bei den Verstrickungen, die später als Iran-Contra-Skandal bekannt werden sollten. Ribeiro soll auch eine wichtige Rolle beim Verschwindenlassen von Exilierten im Kontext der »Operation Condor« gespielt haben sowie bei der Modernisierung des paraguayischen Geheimdienstes. In Honduras knüpfte er Verbindungen mit den Mitgliedern der exilierten somozistischen Nationalgarde Nicaraguas während Hoya den Bau eines Trainingscamps mit dem Namen »Sagittarius« sowie den Aufbau des geheimen Konzentrationslagers »La Quinta« initiierte.

Geldwäsche unter den Augen der CIA

► Spätere Zeugenaussagen vor dem US-Kongreß brachten ans Licht, daß die CIA die Verantwortung für den Aufbau der nicaraguanischen Contras so lange an diese argentinischen Berater delegiert hatte, bis der Nationale Sicherheitsrat Präsident Reagans Geheimbefehl in die Praxis umsetzte, die Behinderung durch die vom Kongreß durchgesetzten Verbote zu umgehen. Details über die Aktivitäten der Argentinier in Zentralamerika, ihre koordinierende Rolle und die Art, wie sie die Interessen der argentinischen und bolivianischen Diktaturen mit denen des Nationalen Sicherheitsrates der USA abstimmten, kamen kürzlich durch die *San José Mercury News* ans Tageslicht. Die Zeitung berichtete über die Rolle der CIA bei der Einfuhr von Drogen in die USA und den damit verbundenen Finanzierungen von geheimen Waffenlieferungen an die Contras. Ihren Angaben zufolge wurde diese illegale Form der Kriegsfinanzierung effizienter, als man begann, auf eigene neugeschaffene logistische Strukturen in Los Angeles zurückzugreifen, welche von der nicaraguanischen FDN bereitgestellt wurden. Weiter wurde deutlich, daß die in Los Angeles vermarkteten Drogen (auf die die *San José Mercury News* den Crack-Boom bei der schwarzen Bevölkerungsgruppe zurückführt) in salvadorianischen Luftwaffenbasen gelagert wurden, und von dort per Flugzeug unter dem Schutz der CIA nach Texas gebracht wurden. Bis Ende 1981 gelang es, durch dieses Schmuggelsystem eine Tonne Drogen einzuführen.

Der Agent Leandro Sánchez Reisse hat als einziges Mitglied der Auslandsabteilung des argentinischen Batallions 601 zugegeben, daß die argentinischen Militärberater zur Finanzierung illegaler Operationen mit dem Drogenhandel zu tun hatten. Er, von Beruf Buchhalter, wurde in Genf festgenommen, als er versuchte, das Lösegeld für den in Buenos Aires entführten uruguayischen Bankier Carlos Koldobsky auf ein Konto einzuzahlen. 1985 gelang ihm der Ausbruch aus dem Gefängnis. Er floh unter dem Schutz der CIA in die USA. Um einem Auslieferungsgesuch der Regierung Alfonsín zu entgehen, sagte Sánchez Reisse als Zeuge vor dem Komitee für Terrorismus und Drogenhandel des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats aus.

Sánchez Reisse erklärte, daß General Suárez Masón und die Armeeeinheit unter seinem Kommando schon sehr früh Drogengeld erhalten hatten, um Aufstandsbekämpfungsaktivitäten in Zentralamerika zu finanzieren. Er sagte aus, daß zwei Firmen in Miami Agenturen waren, von denen aus das Geld transferiert wurde. Weiterhin gab er zu, daß diese Firmen dreißig Millionen US-Dollar Drogengeld weitergeleitet hätten, das über Panama in die Schweiz, nach Liechtenstein, auf die Bahamas und auf die Kaiman-Inseln gebracht wurde. Das Geld sei schließlich in die Hände der nicaraguanischen Contras gelangt. Weiter sagte er aus, daß seit Mitte der achtziger Jahre die CIA darüber voll im Bilde gewesen sei, und daß diese Art der Geldwäsche ihren Segen gehabt habe.



... für Fast-Food-Expansion

Die Firma Silver Dollar in Miami diente als Tarnfirma für die ersten Waffenlieferungen an die Contras. Die ersten Transaktionen wurden auf Vermittlung von Norman Faber, einem Mitarbeiter des damaligen CIA-Direktors William Casey, über eine andere Phantomfirma abgewickelt. Man geht davon aus, daß bereits 1982 George Morales, ein kolumbianischer Drogenhändler mit US-Staatsbürgerschaft, mit den argentinischen Beratern zusammenarbeitete, um über El Salvador Waffen an die Contras weiterzuleiten, wobei er Flugzeuge seiner Lufttaxifirma in Miami, Aviation Activities Corporation, benutzte. Den Flugzeugen wurde von der CIA erlaubt, mit Kokainladungen zurückzukommen, sie sollten lediglich einen Prozentsatz des Gewinns an die Contras abführen. Morales erzählte dem Rechtsanwalt Jack Blum, einem Berater des Unterausschusses, daß die Contras etwa vier Millionen US-Dollar bekommen hätten. Ein anderer SIDE-Agent und Mitarbeiter von Sánchez Reisse, Juan Martin Ciga Correa, war spezialisiert auf Finanzangelegenheiten. Von den argentinischen Behörden wird Ciga Correa mit Haftbefehl gesucht, weil er 1974 Carlos Prats Gonzalez, den früheren Chef der chilenischen Armee, ermordet haben soll. Ciga Correa diente als Kontaktperson zwischen den chilenischen DINA-Agenten Michael Townley und Enrique Arancibia Clavel sowie der ultrarechten Organisation Triple A bei der Organisierung und Ausführung des Mordes an Prats und seiner Frau. Heute ist diese schillernde Figur des rechtsextremen Netzwerkes ein Berater der paramilitärischen Gruppen, die in Chiapas operieren.

Wenn, wie die Geschichte der argentinischen Connection nahelegt, das verzweigte Drogenhandelsnetz der Finanzierung geheimer Militäraktionen diente, und wenn man die langjährigen Verbindungen von Geheimdiensten und paramilitärischen, rechten Organisationen betrachtet, dann ist von den gegenwärtigen Bemühungen in Mexiko und anderswo, den Krieg gegen die Drogen zu militarisieren, wahrlich nichts Gutes zu erwarten. Der Drogenhandel und andere »normale« kriminelle Aktivitäten entwickelten sich in einem von den staatsterroristischen Militärdiktaturen garantierten Milieu der Straflosigkeit, und es besteht wenig Anlaß zu der Vermutung, daß sich in letzter Zeit daran etwas geändert hätte. Die Hartnäckigkeit, mit der der Begriff des »Narkoterrorismus« in die Debatte geworfen wird, um eine Strategie der Aufstandsbekämpfung und Militarisierung in Lateinamerika zu rechtfertigen, verdeutlicht dies. Auch steht die Zunahme der paramilitärischen Gruppen eher für eine Kontinuität der oben beschriebenen Mechanismen. Dies ist umso wahrscheinlicher, je weniger die neuentstandenen Demokratien in der Lage sind, Militär und Polizei von Mitgliedern zu säubern, die in Menschenrechtsverletzungen, Drogenhandel, Entführungen und andere »normale« Verbrechen verwickelt sind.

► **Samuel Blixen** ist ein Journalist aus Uruguay. Der vorliegende Artikel wurde der gemeinsamen Publikation des Transnationalen Instituts, Amsterdam, der Bolivian Documentation, Cochabamba, Bolivien, und der Infopress Centroamericana, Guatemala City mit dem Titel: *Democracy, Human Rights, and Militarism in the War on Drugs in Latin America* entnommen. Er wurde von der Redaktion bearbeitet und von Christian Neven-du Mont übersetzt.

Soldaten des Mammon

Söldner, Sicherheitsfirmen und die Privatisierung von Krieg

von **Kiflemariam Gebrewold**

Als Inbegriff des Bösen galten sie lange. Töten und sterben sie doch nicht für die Ehre und das Vaterland, sondern – ganz profan – für's Geld: Söldner. Inzwischen sind sie salonfähig geworden. Die Privatisierung ehemals staatlicher Bereiche macht auch nicht vor dem Militär halt. So werden immer häufiger Privatarmeen für Kriege und Bürgerkriege engagiert.

► Am 24. Juni 1997 traf sich, von der Öffentlichkeit abgeschirmt, ein kleiner Kreis von Unternehmern, die weltweit ihr Geld damit verdienen, 'Sicherheit' zu gewähren und Kriege zu führen. Veranstalter dieses Treffens war die US-amerikanische »Defense Intelligence Agency« (D.I.A.). Sie hatte private Sicherheitsfirmen mit dem Ziel eingeladen, US-amerikanischen Regierungsstellen mit dem wachsenden Phänomen von Söldnern vertraut zu machen: Ein Meinungsaustausch zwischen den US-Dienststellen und privaten Militärfirmen.

Ganz im Sinne der Philosophie des »Disengagement of the State« haben US-Regierungen in der Vergangenheit und in der Gegenwart »outsourcing« betrieben: US-Dienststellen vom Pentagon über »Immigration and Naturalization Service« bis hin zum Weißen Haus selbst vergeben Aufträge an Unternehmen, die das machen, was der Staat nicht erledigen kann oder will. Die Contra-Affaire in Nicaragua und die Rolle von Oliver North als 'Abwickler' von Waffenlieferungen über private Firmen, die der CIA und anderen US-Geheimdienststellen nahestanden, ist dabei nur ein Beispiel unter vielen. Diese auf Kontraktbasis angeheuerten Firmen arbeiten in der Regel kostengünstiger als staatliche Stellen oder Armeen und entlasten damit den Staatshaushalt. Das US-Verteidigungsministerium hat seit Jahren private Firmen – meist mit engen Verbindungen zum Pentagon – unter Vertrag genommen, »um befreundeten Nationen Militär- und Polizeihilfe« zu gewähren. Es ist auffallend, daß eine ganze Reihe von pensionierten Generälen der US-Streitkräfte und/oder führende amerikanische Minister und hohe Amtsträger als Teilhaber aktiv sind oder in Aufsichtsgremien dieser Firmen sitzen (siehe Kasten). Darüber hinaus werden die privaten Söldnerunternehmen auch dazu benutzt, US-amerikanischen Militäroperationen und unmittelbaren Interessen zu dienen. Die geheimen »Antidrogen-Programme in Lateinamerika«, Sammlung von Geheimdienstinformationen und umfassende Militärhilfsprogramme für US-Klienten im Ausland werden über outsourcing realisiert. Zumindest im militärischen Bereich hat outsourcing nicht nur den Vorteil geringerer Kosten gegenüber der regulären Armee oder dem Geheimdienst. Weil diese Firmen nicht unter der direkten Verantwortung des Staates stehen, ist ein viel größerer Spielraum für Manövriermöglichkeiten vorhanden. Privatarmeen können diverse Aufgaben, die der Staat wegen knapper Haushaltsmittel und/oder sensibler politischer Konstellationen nicht selbst erfüllen kann oder will, stellvertretend in seinem Namen ausführen. So wird Außenpolitik unter Benutzung Dritter betrieben, ohne sich selbst zu kompromittieren.

Dabei ist in den USA der Einsatz von Söldnern zur Unterstützung einer Regierung – mittels outsourcing – gar nicht erlaubt. Das amerikanische »Office of Defense Controls« (ODC), das im US-Außenministerium angesiedelt ist, überwacht den gesamten Bereich des Einsatzes von Privatarmeen im Rahmen von Militär-und Polizeihilfeprogrammen. Nur »Ausbildung und Führung einer Armee in einer Demokratie, mit Unterordnung der Armee unter zivile Kontrolle und Respekt für Menschenrechte« seien Aufgaben der Firmen im Rahmen von outsourcing, versicherte ein Angestellter des US-Außenministerium gegenüber dem amerikanischen »investigative journalist« K. Silverstein. US-Unternehmen, die an Outsourcing-Verträgen interessiert sind, können nach einer Überprüfung durch das ODC offiziell eine Lizenz beantragen und erwerben. Diese Lizenzen werden zwar nach 'strengen Kriterien' – die stets der Öffentlichkeit verborgen bleiben – vergeben, aber die engen personellen Verbindungen zwischen ehemaligen Kollegen (Firmeninhaber bzw. Gremienmitglieder der Firmen sind oft ehemalige Offiziere) erleichtern die Arbeit. Zwar können diese Firmen auf eigene Rechnung arbeiten, ohne sich beim US-Außenministerium bewerben zu müssen, und direkt Verträge mit Auftraggebern abschließen, aber dies ist mit höheren Risiken behaftet. Offizielle Aufträge garantieren – anders als geheime – auch eine korrekte Bezahlung.

»Executive Outcomes«

► Eine der bedeutendsten Söldnerfirmen ist Executive Outcomes (EO), die ihren Sitz in Südafrika hat. Obwohl die Firma erst seit 1989 existiert, erfreut sie sich vieler Aufträge. Diese kommen nicht nur von kollabierenden Staaten, sondern auch von starken Firmen, supranationalen Organisationen und sogar von Einzelpersonen. So soll der südafrikanische Millionär Ben du Toit nach Aussagen des Johannesburger Polizei-Superintendenten Luke Enslin EO beauftragt haben, den vermeintlichen Mörder seiner Frau umzubringen. Die Palette von Einsatzmöglichkeiten der Privatsoldaten wird nur durch die Phantasie der Auftraggeber begrenzt. Die Kampftruppen und das Management von EO rekrutieren sich im Kern aus ehemaligen südafrikanischen Militärverbänden der Apartheid-Ära. Auch äthiopische Offiziere sind Teil der Truppe. Sie wurden von EO als Funker und Flugzeugmechaniker in Sierra Leone eingesetzt. Diese äthiopischen Offiziere sind ehemalige Soldaten der Mengistu-Armee, die zuvor in Angola die dortige Luftwaffe ausgebildet hatte. Waffen werden vor allem in Osteuropa, aber auch in Portugal, Brasilien und Chile gekauft. Das internationale Personal und die Diversifikation seines eigenen Geschäftszweiges unter Nutzbarmachung der Vorteile des weltweiten Globalisierungstrends sind Merkmale, die EO von herkömmlichen Söldnergruppen unterscheidet.

Söldnerfirmen

M.P.R.I. Military Professional Resources Inc., Virginia/USA, Inhaber/Aufsichtsratmitglieder: General Carl Vuono, Stabschef während der Invasion von Panama und des Golfkrieges, General Ed. Soyster, ehemaliger Chef des D.I.A., Gen. Frederick Kroesen, ehemaliger Kommandeur der US-Army in Europa; Einsätze in Bosnien und Kroatien.

Vinnel: US-Militärberatungsfirma, Inhaber/Aufsichtsratmitglieder: u.a. James Baker, ehemaliger US-Außenminster, Frank Carlucci, ehemaliger Verteidigungsminister der USA.

SAICUS: Science Applications International Company Technology, Militärforschung und -beratung, Jahresumsatz 1 Mrd. US-$.

EO, Executive Outcomes: Honorare zwischen 15 und 100 Mill. $ je Einsatz; Gehälter 25.000-30.000 Mark. Truppenstärke: bis zu 2.500 kampferprobte Soldaten und Offiziere sind in der Datenbank und können schnell mobilisiert werden: Äthiopier, Engländer, hauptsächlich Südafrikaner.



Söldner werden salonfähig

Foto: H. Sachs/version

Bekannt wurde Executive Outcomes mit ihrem Einmarsch in Angola Ende 1992. Die Söldner, zuvor als Apartheid-Soldaten mit der UNITA verbündet und sowohl als Ausbilder als auch in direkten Kampfhandlungen am angolanischen Bürgerkrieg beteiligt, hatten plötzlich die Fronten gewechselt. Sie kämpften jetzt – gegen Bares – für die angolanische Regierung und gegen die UNITA. Nach dem Ende der Apartheid waren viele Militärs aus der südafrikanischen Armee ausgeschieden, manche fanden bei EO einen neuen Job. Für sie war es so ein leichtes Spiel, die UNITA-Truppen in die Knie zu zwingen. Denn sie wußten um die Stärken und Schwächen der Truppen aus früheren engen Verbindungen. Innerhalb eines Vierteljahres fielen die beiden Diamantenzentren Ndalatando und Cafunfo im Nordwesten Angolas. Von Ende 1992 bis zum Lusaka-Abkommen im November 1994 war EO aktiv und hat Militärexperten zufolge durch eine überlegene Militärtaktik und Nachtkämpfe (die sonst in Angola nicht üblich waren) UNITA-Chef Savimbi an den Verhandlungstisch geprügelt. Die angolanische Regierung war von den ersten Resultaten so beeindruckt, daß sie gleich zwei Einjahresverträge hintereinander im Wert von je 40 Mill.US$ mit EO abschloß. Mit Nebeneinkünften kam EO beim Angola-Einsatz auf geschätzte 106 Mill US$. Die Bezahlung erfolgte in bar und durch Vergabe von Lizenzen für Erdöl und Diamanten. EO mußte dann auf Druck der US-Regierung Angola samt seiner Truppen verlassen. Sie wurde durch die amerikanische Konkurrenzfirma »Military Professional Resources Inc.« (M.P.R.I.) ersetzt, die bereits vom US-Außenministerium eine Lizenz zur Ausbildung der angolanischen Truppen erhalten hatte.

Dennoch war EO in der Lage, durch »Partnerschaft« mit angolanischen Beamten bzw. Kadern neue »lokale Firmen« zu gründen und Geschäfte zu machen. Oft sind dies Wach- und Schieß-(!)gesellschaften, oder auch Logistikfirmen wie FALCONER (die u.a. für die UNO und ihre Sonderorganisationen Dienste leisten) oder Baufirmen und Finanzierungsgesellschaften. Eine der charakteristischen Eigenschaften von EO ist, daß sie es bisher stets verstanden hat, rechtzeitig vor ihrem Rückzug aus einem Einsatzland lokale Firmen zu gründen und Verträge zu erhalten.

Auftraggeber der Söldner sind Staaten genauso wie multinationale Konzerne

Ihre ersten größeren Aufträge erhielt EO von der US-Erdölfirma Gulf Chevron und der staatlichen angolanischen Gas-und Erdölfirma »SONANGOL« und »PENTRANGOL«, die wohl auch als Sponsoren des späteren großen Angola-Einsatzes anzusehen sind.

Hier ist der eigentliche Grund für den Einsatz von Söldnertruppen zu sehen. Eine geographisch begrenzte Region soll im Sinne von Firmen und ihren lokalen Teilhabern 'befreit' werden, damit eine ungestörte Produktion möglich ist. Auch wenn Angola seit Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg steckt, lief die Erdöl- und Diamantenproduktion weiter, dank der Sicherung der Anlagen und der Wohnquartiere durch angeheuerte Truppen.

Harte Währung Diamant

▶ Auch in Sierra Leone ging es hauptsächlich um Edelmetalle. Die »Revolutionary United Front« (RUF), die von Libyen und Liberia unterstützt wurde, bekämpfte die Militärjunta und besetzte Anfang 1995 Diamanten-, Titanium- und Bauxit-Minen, die zusammen fast 60% der Exporteinnahmen Sierra Leones ausmachen. Die Junta und mit ihr assoziierte Gruppen hatten wichtige Einnahmequellen verloren. Anfang 1995 engagierte der Militärchef Strasser Executive Outcomes. EO setzte weniger als 300 seiner eigenen Leute ein. Ausgesuchte Armee-Einheiten Sierra Leones wurden trainiert und neu strukturiert. Durch gezielte Nachrichtenbeschaffung und folgende Überraschungsangriffe konnte die RUF aus der Umgebung der Hauptstadt und später aus den mineralienreichen Regionen des Koidu-Bezirks vertrieben werden. Die RUF wurde derart dezimiert, daß sie am 30.11.1996 einen Friedensvertrag abschloß. EO hat für seine Dienste in Sierra Leone Schürfkonzessionen erworben, weil der Staat nach dem kostspieligen Krieg zahlungsunfähig geworden war.

Weniger erfolgreich war der EO-Einsatz in Papua Neuguinea. Im Auftrag der Regierung sollte die Firma die Panguna-Kupfer-Mine sichern. Die Operation sollte hauptsächlich von der in Australien registrierten Firma »Bouganville Cooper Ltd.« finanziert werden. Doch weil sich Teile der Armee weigerten, mit den Söldnertruppen zusammenzuarbeiten, platzte der Auftrag. Auch in anderen Armeen regt sich Widerstand gegen die Privatisierung der Kriegsarbeit.

Dennoch: Dort, wo wichtige ökonomische Interessen vom Staat nicht mehr gesichert werden können, sind die Privatarmeen gefragt wie nie zuvor. Die Finanziers der Söldnereinsätze sind weniger die Nationalstaaten als vielmehr Investoren und Firmen aus dem Mineraliensektor. Der für die »American defense Preparedness Association« tätige Ex-US-General Larry Skibbie glaubt, daß »private Firmen mehr in Erscheinung treten, je mehr wir unsere uniformierten Streitkräfte reduzieren«. Im Zuge der Globalisierung gehen die Söldnerfirmen in die Offensive. Im Internet preisen Sie ihre Dienste an, auf Messen sind sie präsent und haben es verstanden, sich hoffähig zu machen. Selbst der Generalsekretär der UN mußte am 12.6.97 auf einer Pressekonferenz zugeben, daß im Grenzgebiet Ruanda-Zaire als Option zur Separierung von bewaffneten und nichtbewaffneten Hutuflüchtlingen der Einsatz von »anderen Elementen« zumindest angedacht wurde.

▶ **Kiflemariam Gebrewold** arbeitet als freier Journalist in Freiburg. Er ist Mitarbeiter des »Bonn International Center for Conversion«.

Racket und Völkermord in Zentralafrika

Möglichkeiten und Grenzen eines westlichen »Denkwerkzeuges«



Foto: R. Maro/version

von **Jörg Marx**

Das millionenfache Morden in Rwanda gilt meist immer noch als »ethnischer Konflikt«. Ethnizität kann jedoch auch einer derjenigen Mäntel sein, unter welchen bandenförmige Organisationen ihren Kampf um knappe Ressourcen austragen. Es stellt sich also die Frage nach der Übertragbarkeit des im Angesicht des deutschen Faschismus entwickelten Racket-Theorems auf die Analyse von heutigen Kriegen und Bürgerkriegen.

► Aus dem Blickwinkel des Westens mag die jüngere Geschichte Afrikas als eine nicht abbrechende Serie von Kriegen und Hungersnöten erscheinen: Erinnert sei an Biafra (1968-69), Äthiopien (1973), West-Sudan (Beginn der 80er Jahre), wieder Äthiopien (1983-85), Somalia (1991-92) sowie an die Kriege in Mozambique und Angola, in Liberia und Sierra Leone. Und nicht zuletzt sitzt der Schock über den rwandischen Völkermordes 1994 mit seinen Domino-Effekten bis hin zu den Massakern im Ost-Kongo tief. Begleitet von den immer gleichen Bildern von Flüchtenden, Hungernden und Toten entsteht hierzulande der wirkungsmächtige Eindruck, Afrika sei ein »Kontinent ohne Hoffnung«.[1] Solche medialen Inszenierungen dienen der Normalisierung des Elends. Sie greifen zurück auf koloniale Mythen, die Afrika zur geschichtlichen »Tabula rasa« stempeln, Geschichte in Natur wandeln und somit uns ruhig schlafen lassen. An die Stelle der Analyse menschlichen Handelns, das solch ungeheuerliche Verbrechen wie jene in Rwanda möglich macht, tritt die schlichte Bilanzierung des Massensterbens.

Normalisierungsarbeit wird aber auch in den akademischen Experten-Diskursen geleistet. Zauberformeln wie die des ethnischen Konflikts, der ideologischen Verblendung, der westlichen Manipulation oder der Bevölkerungsexplosion sollen erklären und dienen doch mehr der diskursiven Entsorgung. Der Rwanda-Diskurs zeigt beispielhaft zweierlei. Zum einen mangelt es uns an ausreichenden Denk-Werkzeugen, um die Möglichkeitsbedingungen des Ungeheuerlichen tatsächlich zu begreifen und es nicht bloß intellektuell abzuwehren; und zum anderen stellt der Gebrauch von Denk-Werkzeugen immer auch einen Eingriff in die Wirklichkeit dar, der die Wirklichkeit in Form von Wissen produziert und festschreibt. Der Import kolonialer europäischer Begriffe, Raster und Modelle in Rwanda ist ein Lehrstück für solche Form kultureller Gewalt.[2]

Die Konsequenz aus diesen Einschränkungen ist es, neue Problematisierungsformen und Erklärungsmodelle zu suchen und zu erproben, sie dabei aber auch stets selbst in ihrem Entstehungsprozeß zu reflektieren und ethisch zu befragen. In diesem Sinne soll ein Werkzeugangebot Max Horkheimers, das Racket-Theorem, auf die Probe gestellt und untersucht werden, inwiefern es zu einer angemessenen Beschreibung der Bedingungen des rwandischen Völkermords beitragen kann.

Das Racket und die Desintegration in Rwanda

► Sieht man zunächst von der Frage ab, ob es überhaupt sinnvoll ist, das Racket-Theorem aus dem Denkgebäude der Kritischen Theorie herauszulösen und auf eine pragmatische Sentenz zu verkürzen, dann ließe sich diese vielleicht so formulieren: Da, wo der Gesellschaftsvertrag seine Funktion nicht länger erfüllt, nämlich die Menschen zu einem Kollektiv zu verbinden und miteinander zu verbünden, werden sie wieder zu versprengten Einzelgängern, ein jeder nur um das eigene Überleben kämpfend. Der Einzelne aber überlebt nurmehr »durch das älteste Mittel des Überlebens, nämlich durch Mimikry«, durch Verstellung und Nachahmung des Feindes.[3] Und in der Aktion, in der Konkurrenz um Macht und Beute, rottet er sich, dem Gesetz der Selbsterhaltung folgend, mit seinesgleichen zusammen – zum Racket. Die kriminelle Bande entsteht an genau jenem Punkt, wo sich gesellschaftliche Bande und Bindungen auflösen, die jenes System von Zwängen und Freiheiten gewähren, das die

Menschen und die Dinge in Beziehungen und Verbindungen zusammenfaßt.

In dieser pragmatischen Verkürzung – soziale Desintegration, Atomisierung der Menschen, Bandenbildung – hilft das Racket-Theorem, die Situation Rwandas an der Wende in die 90er Jahre genauer zu erfassen. Es lenkt den Fokus der Analyse weg von dem mit dem Ethnizitäts-Etikett autorisierten kruden Schema eines Zusammenstoßes von Hutu und Tutsi, das den Blick auf die Erschütterungen innerhalb der rwandischen Gesellschaft verstellt. Es lenkt hin auf die Frage, wie die sozialen Situationen und Figurationen gestrickt waren, in denen die Mörder ihre Bluttaten verüben konnten. Solche Handlungsbeschreibung verhindert zum einen, daß die Taten als bloßer Reflex auf die gesellschaftlich produzierten sozialen Verhältnisse der Analyse entzogen werden, zum anderen, daß sie auf eine individuelle Psychopathologie reduziert und banalisiert werden.

In der Konkurrenz um Macht und Beute rottet sich der Einzelne mit Seinesgleichen zusammen

Die ökonomische Krise Rwandas – so wie sie sich zum Ende der 80er Jahre offenbarte – bedeutete eben noch nicht, daß ihr quasi automatisch ein Massenmord auf dem Fuße folgt. In ihr entluden sich lediglich spezifische soziale und ökonomische Frustrationen innerhalb der Bevölkerung, die sich bereits über längere Zeit angestaut hatten. Diese Makroperspektive ist jedoch auf die äußeren Ereignisse beschränkt: Der Verfall des Weltmarktpreises für Rwandas Hauptexportprodukt Kaffee und der Zusammenbruch des internationalen Kaffeeabkommens 1989, zusätzlich forciert durch Dollar-Verfall und Anstieg der Importpreise von Energie als Folge der Irak-Kuwait-Krise, zwang das Habyarimana-Regime im Oktober 1990 zur Unterzeichnung des lange verweigerten Strukturanpassungsprogramms. Zeitgleich begann mit der Invasion von Exil-Rwandern, der *Rwandese Patriotic Front*, von Uganda aus der Bürgerkrieg. Es kam zu einer Massenflucht von einer Million Rwandern in die Region Kigali. Die über Weltmarkt und Bürgerkrieg verursachten Versorgungsengpässe, die im ohnehin benachteiligten Süden mancherorts zu Hungersnöten führten, hatten regionale und soziale Polarisierungen zur Folge, die die soziale Basis des Regimes mehr und mehr einengten.

Aber erst wenn man dem Racket-Theorem hinab auf die Handlungsebene folgt, lassen sich die Auflösung des Sozialen und die folgende Neubildung von Strukturen im einzelnen beschreiben, die der Begriff des Rackets auf den Punkt bringt: Diese Transformationsprozesse gründen zum einen in der Verschlechterung der ökologischen Bedingungen, in deren Folge die Ertragsintensität in der Landwirtschaft rapide absank. Dies wurde von vielen Rwandern – 90 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft – als Verlust über die Kontrolle der eigenen Umwelt erfahren. Angesichts dieser Ohnmacht wurden verstärkt Feindbilder zur Interpretation des eigenen Schicksals herangezogen.

Zum anderen offenbarte sich dem einzelnen das Bevölkerungswachstum in Form zunehmender Bodenknappheit. In Wechselwirkung mit den sinkenden Erträgen und der erbrechtlich bedingten fortschreitenden Parzellierung wurde die Landnot ein immer drängenderes Problem. Die ökonomischen Frustrationen zogen die Auflösung von Familienstrukturen und die damit verbundene zunehmende Isolation des einzelnen in der rwandischen Gesellschaft nach sich. Das Ausmaß der sozialen Desintegration offenbarte sich etwa in Berichten aus den 80er Jahren über Kinder, die ihre alten Eltern töteten, um der Unterhaltsverpflichtung zu entgehen. Insbesondere unter Rwandas nichterbenden Bauernsöhnen bildete sich ein neues Lebensgefühl der Überzähligkeit aus. Arbeitslos und zudem wegen geringer Heiratschancen sexuell frustriert, zogen sie in die Städte und bildeten dort die ideale Rekrutierungsbasis für Armee und Milizen. In nur zwei Jahren versiebenfachte sich die Stärke der Regierungsarmee auf 35.000 Soldaten, die Präsidentengarde, eine Elite-Einheit, wuchs von 600 auf 2.000 Mann und die professionellen *interahamwe-* und *impuzi-*Milizen rekrutierten seit 1991 mindestens weitere 60.000 Jugendliche.

Der Zusammenbruch des traditionellen Klientelsystems im Machtzentrum verstärkte zusätzlich den Prozeß der Bandenbildung. *Ubumwe* (Einheit) basierte auf der Bindung konfliktfähiger gesellschaftlicher Gruppen durch »Renten-Zahlungen«, die nicht auf Arbeitsleistung, sondern innerhalb eines politischen Geschäftes auf Gegenseitigkeit beruhten. Die Bereitstellung von Mitteln für die Bedienung der immer größeren und anspruchsvolleren klientelistischen Netze wurde aber angesichts der wirtschaftlichen Krise zum Problem. Es breitete sich die Angst aus, Erwartungen und Ansprüche könnten nicht mehr erfüllt werden, was die Konkurrenz innerhalb der Führungsschicht verschärfte und zu einem erheblichen Autoritätsverlust Habyarimanas führte. Hinzu kamen Befürchtungen einer Neuverteilung der ohnehin immer knapperen Ressourcen angesichts der von westlichen Geberländern erpreßten Demokratisierung (»Ohne Mehrparteiensystem und freie Wahlen keine Entwicklungshilfe«). In diesem Konkurrenzkampf war es insbesondere der Clan der Ehefrau Habyarimanas aus dem Norden Rwandas, der die Regierungsbasis in die Plattform einer politisch-kommerziellen Mafia verwandelte. Die Zulassung politischer Parteien ab März 1992 – zwei Jahre später gab es 17 – und deren Aufspaltung (außer der sozialdemokratischen PDS) in eine jeweils genozidale und eine zivile Oppositionsfraktion im Verlauf der Friedensverhand-

Das Racket und der kleine Mann

► Vom Tuscheln im Rat der Ältesten des primitiven Stammes bis zur Verständigung von Industrie und Armee in Klubs und Beratungszimmern dokumentiert sich die geschichtliche Herrschaft als die schlechte, die auch das schlechte Gewissen hat. Die Brutalität der Unteren, vor der man das Geheimnis der Regierung bewahren muß, ist nicht primär, sondern gesellschaftlich erzeugt. Das blutrünstige Kollektiv, das die Geschichte der Menschheit furchtbar durchzieht, ist nur das andere Gesicht der ausschließenden Rackets, bewußt oder unbewußt von ihnen erzeugt. Die abgetragenen Kostüme der Aristokraten leben als Volkstrachten fort, die Rackets der herrschenden Klasse als Brutalität der Stärkeren gegen die Schwächeren, als die unbeschreibliche Gemeinheit des Mobs gegen die Ohnmacht. Sie ist das Racket des kleinen Manns, herabgesunkenes Kulturgut. Stets führten die Rackets die Furchtbarkeit des von ihnen erzeugten und gelenkten Kollektivs als Grund für ihre eigene Notwendigkeit an, und die unheilige Einfalt der Historiker hat die entstellte Fratze der Masse als bare Natur genommen. Bisher hat das Racket allen gesellschaftlichen Erscheinungen seinen Stempel aufgeprägt, es hat geherrscht als Racket des Klerus, des Hofs, der Besitzenden, der Rasse, der Männer, der Erwachsenen, der Familie, der Polizei, des Verbrechens, und innerhalb dieser Medien selbst in Einzelrackets gegen den Rest der Sphäre. Es hat überall den Gegensatz zwischen innen und außen aufgerichtet, der Mensch, sofern er keinem Racket angehörte, war draußen in einem radikalen Sinn, der Mensch als solcher war verloren. Aber im Kopf des Vereinzelten noch herrschten die Rackets mittels der Begriffe und Urteilsschemata, der Denkweise und Inhalte, die ihrer Welt entstammen.

Die Grenze zwischen drinnen und draußen zu durchbrechen, ist das Ziel der Politik, mit dessen Erfüllung die Welt sich verwandeln wird. In der wahren Idee der Demokratie, die in den Massen ein verdrängtes, unterirdisches Dasein führt, ist die Ahnung einer vom Racket freien Gesellschaft nie ganz erloschen. Die Idee zu entfalten, bedeutet freilich die Durchbrechung einer dicken Suggestion, die noch die wahre Kritik am Racket in seinen Dienst stellt.

aus: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Band 12, S. 290f.



lungen mit der *Rwandese Patriotic Front*, bedeutete in dieser Situation die Etablierung eines explosiven Gemenges um Macht und Beute rivalisierender Gruppen, das den Organisatoren des Völkermordes ein geeignetes soziales Handlungsfeld eröffnete. Unter dem Schutzschild von Demokratie und Pressefreiheit konnten sich die Mörderbanden organisieren und ihre rassistische Hetze betreiben.

Es waren also nicht in erster Linie die rücksichtslosen Machtinteressen einiger weniger menschenverachtender Politiker, die eine »wahllose Blutorgie« und einen »Dschungel der Gewalt« erzeugten. Diese Erklärungsschablone von Verführern und willenlosen Verführten wird von manchen Entwicklungshelfern gerne gebraucht, läßt sich doch mit ihrer Hilfe das rwandische Volk in seiner Gesamtheit als manipuliertes Opfer stilisieren und für die eigenen Zwecke als Adressat einer engagierten Praxis erhalten.[4] Die Plausibilität des Erklärungsmusters gründet auch in dem weitverbreiteten Irrglauben, daß erst die Gedanken einer souveränen Macht handlungsanleitend für die Masse der Verführten sind.

Das Racket-Theorem leitet demgegenüber einen Wechsel der Perspektive ein, indem es die Transformation von Strukturen in den Vordergrund rückt. Es eröffnet den Blick darauf, daß die entscheidende Bedingung für den Völkermord nicht die Intention seiner Organisatoren, sondern das von diesen in der Situation sich auflösender Sozialität produzierte dynamische Handlungsfeld war, in dem sich gesellschaftliche Herrschaft von ihrer alten Form emanzipierte und ihre Entgrenzung im Bandenwesen erfuhr. Und dort, folgt man denn Horkheimer, bildete sie sich in das zurück, was sie von Anfang gewesen ist: ein gewaltsamer Bandenkrieg um das nackte Überleben.

In der Meute...

► In der Meute, die sich aus der Gruppe von Zeit zu Zeit bildet und ihr Einheitsgefühl am stärksten zum Ausdruck bringt, kann sich der einzelne nie so vollkommen verlieren wie ein moderner Mensch heute in jeder beliebigen Masse. Immer wieder, in den wechselnden Konstellationen der Meute, in ihren Tänzen und auf ihren Zügen, wird er an ihrem *Rande* stehen. Er wird darin sein und gleich wieder am Rande, am Rande und gleich wieder darin. Wenn die Meute einen Ring um ihr Feuer bildet, mag jeder zur Rechten und Linken Nachbarn haben, aber der Rücken ist frei; der Rücken ist nackt der Wildnis ausgeliefert. Die Dichte innerhalb der Meute hat immer etwas Vorgetäuschtes: sie drücken sich vielleicht eng zusammen und spielen in überlieferten, rhytmischen Bewegungen das Vielsein. Aber sie sind es nicht, sie sind wenige; was ihnen an wirklicher Dichte abgeht, ersetzen sie durch Intensität.

aus: Elias Canetti: Masse und Macht, Frankfurt/M., 1980

Die »instrumentelle Vernunft« an ihren kulturellen Grenzen

► Pragmatisch verkürzt liefert das Racket-Theorem also ein adäquates Beschreibungsmodell des Völkermordes. Fraglich jedoch ist, ob es auch zu einer Tiefenerklärung beiträgt, wenn man es zu seinem angestammten Platz im Denkgebäude der Kritischen Theorie zurückverfolgt. Horkheimer entwickelte das Racket-Theorem Mitte der 40er Jahre zur Beschreibung der modernen Industriegesellschaft. Doch antwortet die unreflektierte Über-Setzung westlicher Erklärungsansätze oftmals mehr der eigenen Kultur, die sie produziert, als ihrem mutmaßlichen Objekt, das selber erst durch die Erklärung konstituiert wird. Solcherlei produktive Wirkungen des Wissens hat die sogenannte Hamiten-These in der kolonialen Vergangenheit Rwandas eindrucksvoll demonstriert. Vor deren Hintergrund wurden die Rwander von den kolonialen Ethnologen zu Identitätsexkursionen mit bewußten Raum- und Zeitkoordinaten gezwungen, die erst jene mythen-historischen Formen von Hutu-, Tutsi- und Twa-Identitäten erzeugten, die den gegenwärtigen Konflikten zugrundeliegen. Insofern muß das Racket-Theorem auf seine ethnozentristischen Implikationen befragt werden, will man seine Tragweite über den westlichen Horizont ausdehnen.

Das Racket-Theorem findet seine Begründung in der von Horkheimer und Adorno formulierten weitreichenden These, daß die abendländische Vernunft selbst die Humanität zerstört, die sie erst ermöglicht hat. Und dies deswegen, weil sich der Prozeß der Aufklärung von Anfang an dem Antrieb einer Selbsterhaltung verdankt, die die Vernunft nur in Formen technischer Verwertbarkeit, als instrumentelle Vernunft, beansprucht. Die Vernunft ist zum Seziermesser geworden, das den Menschen zerschneidet und atomisiert. Sie löst das unmeß- und unvergleichbare Individuelle ab und ersetzt es durch das nunmehr der Logik der Dinge unterliegende Individualisierte, das als Korrelat quantifizierender Einordnung verstanden wird. Vernunft und Macht sind somit fusioniert und der Verlust persönlicher Identität hat die Menschen auf die bloße Erhaltung der eigenen Existenz zurückgeworfen – sozial organisiert und aufgespalten in Rackets, die nur noch das Ziel bloßer Selbsterhaltung kennen.

Die Hintergründe einer solchen Zeitdiagnose zu Beginn der 40er Jahre waren die politischen Frustrationen über die ausgebliebene Revolution im Westen, über die stalinistischen Entwicklungen in Sowjetrußland und das Entsetzen über den deutschen Faschismus. In diesem Zusammenhang versuchte das Racket-Theorem zu erklären, warum Krisen und Klassenkonflikte kein revolutionäres einheitliches Bewußtsein mehr förderten.

Der Völkermord in Rwanda aber war eben um ein solches einheitliches Bewußtsein angelegt. Wie auch andere Gewaltwellen in der jüngsten rwandischen Vergangenheit wurde der Genozid ausgelöst durch Erschütterungen im Identitäts-Regime der Hutu-Mehrheit (und nicht, wie die weitverbreitete Lesart lautet, durch einen Zusammenstoß zwischen Hutu und Tutsi). Die lange Zeit identitätsstiftende antagonistische Hutu-Tutsi-Figuration war zum Ende der zweiten Republik aufgebrochen und die um Selbstvergewisserung bemühten Hutu-Extremisten reagierten auf das Ähnlichwerden von »Hutu« und »Tutsi« mit einer radikalen Ausschlußsemantik (s. *iz3w Nr. 218*). Der Völkermord war darum nicht ein bloßer Vernichtungsfeldzug, sondern diente zuallererst einer Wiederherstellung der erodierten kollektiven Hutu-Identität, einer Masseninitiation in eine als Tätergemeinschaft und Blutsbrüderschaft definierte neue rwandische Staatsbürgerschaft der Hutu. Daraus erklärt sich die Beteiligung jener unvorstellbaren Masse von Tätern – Männer, Frauen, selbst Kinder, quer durch alle Schichten – und die wenig effektive, aber um so effektvollere Durchführung des Genozids mittels *masu* (Knüppel) und *panga* (Machete). Diese Masse, das Racket, strukturierte dabei jenes abgeschlossene Handlungsfeld, in dem der Einzelne als Gleicher unter

Gleichen sich mit dem Messer beweisen durfte. Es organisierte eine soziale Machtform, die sich wesentlich von geläufigen Herrschaftsformen unterschied. Aber obwohl das Racket-Theorem damit einige wesentliche Momente erfaßt, muß eine Analyse der dem Völkermord vorausgehenden sozialen Wirklichkeit tiefer ansetzen.

Die Kritische Theorie verortet eine solche Tiefenstruktur, der auch das Racket aufsitzt, im Antrieb zur Selbsterhaltung. Und hier ist der Augenblick des Überlebens gleichzeitig Augenblick der Macht. Stets mündet die Bezwingung des Todes durch Herrschaft in eine gefeierte Befriedigung des Lebens.[5] Es zeigt sich dann, daß Ursprung und grausamer Endpunkt jener herrschaftslegitimierenden Befriedigungs- und Ordnungsleistung das Massengrab ist. Denn die historische Institutionalisierung von Herrschaft entspricht einer Etablierung von Strukturen, die die systematische Verneinung anderen Lebens ermöglicht und den Übergang vom Leben zum gewaltsamen Tod sozial regelt. Der Prozeß der Aufklärung läßt sich in diesem Sinne als eine Änderung der Funktionsweise von Macht auffassen, die Michel Foucault als den Übergang zur »Bio-Macht« analysiert.[6] Dem Wesen nach aber bleibt Herrschaft, wie Horkheimer schrieb, an ihre Grundform, das Racket, gebunden, und ist von Anfang an nur dem Gesetz der Selbsterhaltung verpflichtet.

Das Überlebensphänomen macht nun die Grausamkeit des Tötens in Rwanda zwar verstehbar. Es handelt sich um ein soziales Geschehen, in dem der Täter seine Selbstexpansion, seine Auserwähltheit und Einzigartigkeit erfährt. Dieses Geschehen läßt sich psychologisch als ein *rite de passage* deuten, durch den der Initiand über eine traumatische Erfahrung zu einer neuen Identität gelangen soll. Will man aber darüber hinaus die spezifischen Bedingungen des Völkermordes analysieren, ist es wenig hilfreich, das Racket zur anthropologischen Konstante zu erheben, zum ewig gleichen Herrschaftsprinzip zu stilisieren und dieses dann auf die rwandische Wirklichkeit zu projizieren.

Vielmehr müssen die konkreten politischen Praktiken untersucht werden. Es muß untersucht werden, wie diese Hutu und Tutsi in einer Weise objektiviert wurden, daß die Rwander sich selbst und den anderen vornehmlich als eben Hutu und Tutsi wahrnehmen und die Beziehungen zueinander solch konflikthaftes Potential entfalten konnten. Damit verlagert sich der Versuch einer Erklärung in die historischen Tiefenschichten kultureller Selbst- und Weltdeutung, aus denen jener kulturelle Sprengstoff archäologisch freigelegt werden muß, der durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren entzündet wurde.

Das Problem der Sprache – in den Worten von Lucien Febvre der »Grundstoff der Geschichte« – ist ein fundamentales. Kaum einer der Journalisten, der Aid-workers und der Rwanda-Experten spricht auch nur eine der etwa 2.000 afrikanischen Sprachen, und dies ist eine entscheidende Verständnisbarriere, welche außenstehenden westlichen Beobachtern den Zugang zu den Ereignissen in Rwanda erschwert. Auch das abendländische Racket-Theorem muß demzufolge außerhalb jenes Universums bleiben. Dennoch hilft es, die im Geschichtsnetz verfangene Beobachterperspektive auf die situativen Bedingungen des rwandischen Völkermordes zu richten und damit zu einem angemesseneren Verständnis des mörderischen Handelns beizutragen.

Anmerkungen:

1 So titelte der *SPIEGEL* (1994, Nr.16) in seiner Berichterstattung zum rwandischen Hundert-Tage-Genozid, den er damit in ein Kontinuum von Katastrophen stellte. Dabei sind es nicht zuletzt die internationalen Interventionen, die eine Art von Uniformität zwischen den Krisen erzeugen. Und *DIE ZEIT* (1994, Nr.16) erklärte unter der Überschrift »Jeder gegen jeden« den Völkermord zum »grausamen Stammeskrieg«.

2 vgl. Jörg Marx: *Identität und Wahnsinn*, Zur Genealogie des Völkermordes von Rwanda, iz3w, Nr. 218; ders.: *Völkermord in Rwanda*, Zur Genealogie einer unheilvollen Kulturentwicklung – eine diskurshistorische Untersuchung, Hamburg 1997; vgl. auch ders.: Blutiges Denken. Für eine ethische Praxis des Denkens nach dem Völkermord in Rwanda (im Erscheinen)

3 Max Horkheimer, *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, Frankfurt/M. 1974, S.136

4 So z.B. Peter Molt: *Zerfall von Staat und Gesellschaft in Ruanda*, S.3-38 in: Konrad-Adenauer-Stiftung-Auslandsinformationen, Nr.5, Jg.10, 1994; Hildegard Schürings: Ein Volk verläßt sein Land, Krieg und Völkermord in Ruanda, Köln 1994

5 s. Elias Canetti: *Masse und Macht*, Frankfurt/M. 1996 [1960], S.557; Horkheimer, a.a.O.

6 Michel Foucault: *Der Wille zum Wissen*, Sexualität und Wahrheit Bd.1, Frankfurt/M. 1995 [1976], S.161ff.; ders.: *Leben machen und sterben lassen*, Die Geburt des Rassismus, S.27-50 in: Reinfeldt/Schwarz: Bio-Macht, Konzepte der neuen Rechten, Duisburg 1992

► **Jörg Marx** ist Soziologe und hat 1994 als Krankenpfleger in ostzairischen Flüchtlingslagern gearbeitet.

Hype um Hybridität

Wider die Kulturalisierung der Linken – Eine Replik auf »Hybrider Tanz« von Sabine Hess und Andreas Linder

von **Felix Kurz**

▶ Hybridität – das Unreine, Vermischte, Bastardisierte – stand im eugenisch-rassistischen Diskurs des 19. Jahrhunderts für Degeneration. In der postkolonialen Theorie wurde dieser Begriff positiv umgedeutet in eine Barriere gegen Vorstellungen nationaler und kultureller Reinheit. Das Bekenntnis zum unbestimmten, sich zwischen verschiedenen Kulturen bewegenden Subjekt, die Annahme einer hybriden Identität, soll als Ausweg aus der Alternative von Assimilation oder separatistischer Differenz dienen.

So sympathisch der Impetus gegen die Ideologen völkischer Homogenität in der Vorstellung von Hybridität auch zunächst erscheint – daß damit »Perspektiven für eine Linke, die nicht länger in Anti-Politikmustern verfangen bleiben will« eröffnet werden, wie Andreas Linder und Sabine Hess in der letzten Ausgabe der *iz3w* behaupten, ist höchst fraglich. Nicht nur, daß Hess und Linder ihre Ablehnung von Anti-Politik nicht weiter begründen, irritiert. Schwerer wiegt zum einen ihre Ignoranz gegenüber der vielstimmigen Kritik am Konzept der Hybridität – obwohl ebenfalls in der *iz3w* Sabine Grimm einiges davon skizziert hat -, zum anderen die Fragwürdigkeit seiner Übertragung auf eine antirassistische Linke. Hybridität bezieht sich nämlich im postkolonialen Diskurs ausdrücklich auf die Situation von MigrantInnen, die sich zwischen den Traditionen ihres Herkunftslandes und ihrer neuen Umgebung bewegen. Darüberhinaus wird Hybridität als allgemeingültige Kategorie für die Verfaßtheit jeder Nation in Anschlag gebracht, so teilweise bei Homi Bhaba, aber auch bei Stuart Hall: »West-Europa hat keine Nation, die nur aus einem Volk, einer Kultur oder Ethnizität besteht. *Alle modernen Nationen sind kulturell hybrid.*« (Hall: 207)

Hess und Linder meinen offensichtlich die erste Bedeutung des Begriffs, wobei vollkommen nebulös bleibt, wie eine Hybridisierung der deutschen Linken aussehen würde und worin ihr subversiver Effekt bestünde. Die Autoren grübeln, ob das Projekt der Begierde nicht auch ohne die im postkolonialen Diskurs angeführten Bedingungen der Migration und Diaspora in Angriff genommen werden könnte. Dies ist zu ihrem Bedauern bislang nicht der Fall, aber der Versuch einiger Antirassisten, »Unterschiede in der Anerkennung produktiv werden zu lassen« ist immerhin eine »Andeutung, wie es zu einer hybridisierten politischen Praxis kommen könnte.« Was heißt das nun? Hinter dem bedeutungsschwangeren Soziologendeutsch verbirgt sich letzlich ein überaus simpler Gedanke. Deutsche Antirassisten sollen sich anscheinend nicht mehr als deutsch begreifen, sondern zwischen »verschiedenen Kulturen« frei flottieren. Vorher muß man aber »durch die eigene dominanzkulturelle Identität hindurch«, um dann »darüber hinaus zu kommen«. Wir haben es hier also mit genau jener *Verschiebung zur Kultur* zu tun, die in der anglo-amerikanischen postkolonialen Theorie vorherrscht, aber auch Widerspruch provoziert hat.

Vom Eurozentrismus zur postkolonialen Unübersichtlichkeit

▶ In einer furiosen Generalabrechnung mit den vorherrschenden ideologischen Figuren im Postkolonialismus hat Arif Dirlik die stichhaltige These entwickelt, daß die Bedingung postkolonialer Theorie in der Wegarbeitung der kolonialen Dichotomie durch das Kapitalverhältnis liegt, das im Zuge seiner weltweiten Totalisierung allmählich die klar geschiedenen Pole vom kolonialistischen Westen und dem unterworfenen Rest auflöst. Nun weisen Hess und Linder unter Rekurs auf Stuart Hall darauf hin, daß »hybride Kulturen« in »wachsendem Maße in einer globalisierten Welt üblich werden.« Verblüffenderweise motiviert sie dies aber nicht zu einer kritischen Analyse des Hybriditätskonzepts, das sie damit selbst als Moment im Gefüge des transnationalen Kapitalismus bestimmt haben. Dirlik dagegen kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, daß der postkoloniale Diskurs Ausdruck einer Situation ist, in der bei andauerndem Massenelend vor allem im Süden einige Regionen und – migrierte – Individuen in der weltweiten Hierarchie aufgestiegen sind. »Das transnationale Kapital ist nicht mehr länger nur europäisch und amerikanisch, und Modernität auch nicht. Die komplizierte soziale und kulturelle Zusammensetzung des transnationalen Kapitalismus macht es schwierig, eine simple Gleichung zwischen kapitalistischer Moderne und eurozentristischen und patriarchalen kulturellen Werten und politischen Formen aufrechtzuerhalten. Andere, die im kapitalistischen Weltsystem Erfolg haben, verlangen eine Stimme für ihre Werte, ...und das ostasiatische Revival des Konfuzianismus ist exemplarisch für dieses Phänomen.«

Das Ende des Eurozentrismus erweist sich als Bedingung des neuen transnationalen Kapitalismus. Dirlik verweist dabei insbesondere auf Entwicklungen an den Universitäten, die schließlich die künftigen Funktionsträger heranzüchten und zunehmend »ethnisch bunt« zusammengesetzt sind – und an denen die postkoloniale Debatte losgetreten wurde. Auf die »manichäische Welt des Kolonialismus«(Frantz Fanon) folgt die Unübersichtlichkeit der postkolonialen Weltordnung, in der die rassistische Koppelung von bürgerlicher Subjektform und weißem Mann aufgebrochen ist.

▶ Mit der Replik von Felix Kurz auf den in der letzten *iz3w* erschienenen Artikel von Sabine Hess und Andreas Linder setzen wir die Reihe zu Cultural und Postcolonial Studies fort. In der Debatte um Hybridität als Konzept der antirassistischen Linken in der BRD geht es um den politischen Gehalt einer Theorie, die von ihren Vertretern von Anfang an als ein politisches Projekt begriffen wurde, deren subversive, anti-kapitalistische Ausrichtung jedoch umstritten war und ist. Die Geschichte von Cultural Studies hat Dominik Blödner in dem Artikel *Ringkampf mit Engeln (iz3w 225)* dargestellt.

Eine Unterabteilung der Cultural Studies bilden die Postcolonial Studies. Im weiteren Sinne beschäftigen sie sich mit Geschichte und Fortwirken des Kolonialismus und bewegen sich dabei zwischen literaturwissenschaftlichen und kulturtheoretischen Ansätzen. *In iz3w Nr. 223* und *224* setzte sich Sabine Grimm kritisch mit den Arbeiten ihrer Hauptvertreter Edward Said, Gayatri Spivak und Homi K. Bhaba auseinander, insbesondere mit den darin vertretenen Konzepten von Identität und dem Verhältnis zu Nation. Frank Schulze-Engler wies in seinen beiden Artikeln *(iz3w Nr. 221)* nach, daß postkoloniale Theorien entgegen ihren ausgesprochenen Intentionen Vorstellungen vom »kulturell Anderen« verfestigen und stellte dem die Werke Salman Rushdies und Ken Saro-Wiwas gegenüber.



Zahmheit des Hybriden

Foto: H. Sachs/version

Der kritische Stachel von Dirliks Aufsatz besteht darin, dem Mainstream postkolonialer Theorie nachzuweisen, daß dieser durch die Überlagerung eines materiellen Verhältnisses mit kulturellen Kategorien das Zentrum von Herrschaft und Ausbeutung sowie die Bedingungen seiner eigenen Konstitution verdeckt. Statt des Weltmarkts gerät also der Eurozentrismus ins Kreuzfeuer der Kritik. Das maximale Ergebnis dieses Typus' postkolonialer Kritik bestünde somit in dem, was die in Transformation begriffenen weltweiten Verhältnisse ohnehin bewirken: »Klar ist, daß der globale Kapitalismus kulturell wesentlich beweglicher ist (und sein muß) als der eurozentrische Kapitalismus.«

Hybride Kulturindustrie

► Es ist genau diese kulturelle Beweglichkeit, die im Diskurs der Hybridität euphorisch gefeiert wird. Worin der emanzipatorische Charakter dieses Konzepts liegt, fragt sich aber nicht nur der Leser von Hess' und Linders merkwürdig farblosen Definitionen. Auch in der anglo-amerikanischen Debatte tauchen vereinzelt skeptische Stimmen auf: »Enthält Hybridität ein politisches Programm? Warum hat der Begriff eine solche Präsenz erreicht, wenn nicht aufgrund seiner ausgesprochenen Zahmheit?« fragt sich John Hutnyk angesichts der beachtlichen Karriere dieses Begriffs und liefert amüsante Beschreibungen des britischen Weltmusikrummels, um die Warenförmigkeit auch der hybriden Kulturproduktion aufzuzeigen.

Hutnyk zeigt, wie wenig die Präsenz eines kulturellen Cross-Overs mit Subversion oder gar Widerstand zu tun hat, wie vielmehr gerade das aufregend Neue und Exotische zum Motor der Kulturindustrie wird. »Die Vermarktung 'oppositioneller' Kulturen«, so Hutnyks These, »bringt widersprüchliche Impulse in ein glückliches Verhältnis des Kapitalismus, der alles verkaufen – und normalerweise neutralisieren – kann unter dem Vorzeichen des Werts. Alles kann mit allem verglichen werden (der Beat der Authentizität stimuliert den Rhythmus der Wohltätigkeit).«

Während für die meisten Verfechter postkolonialer Theorie Differenz an sich bereits subversiv ist, entwickelt Hutnyk unter Bezug auf die Kulturindustrie-Thesen von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer einen kritischen Begriff von Differenz. »Die Gefahr besteht darin, daß Hybridität und Diversität lediglich Zugänge zum Markt werden. Diaspora und Transnationalismus erleichtern die Zirkulation und Regulierung einer globalen, aber immer noch hierarchischen Ökonomie.« Kurz und schlecht also:«Hybridität und Differenz verkaufen sich, der Markt bleibt intakt.« Nicht verschwörungstheoretisch ist dies zu verstehen, der Diskurs über Hybridität ist kein Trick der Kulturindustrie. Vielmehr geht es um das Phänomen eines Zusammenfallens vermeintlich subversiver Strategien mit Veränderungen im Gefüge des Weltmarkts. Zudem überrascht die von Hutnyk konstatierte Marktkonformität der Hybridität wenig, ruft man sich Salman Rushdies Plädoyer für das hybride »Mischen der Rassen« ins Gedächtnis, in dem es marktschreierisch heißt: »Melange, Mischmasch, ein bißchen von diesem und ein bißchen von jenem, das ist es, wodurch das *Neue in die Welt tritt.* Hierin liegt die große Chance, die sich durch die Massenmigration der Welt bietet...«. Stuart Hall empfand diese Passage als »starke und überwältigende Verteidigung der Hybridität«. Bei aller richtigen Abgrenzung hybrider Identitätskonzeptionen vom Multikulturalismus zeigt sich hier auch eine Verwandtschaft, was die Ausblendung materiellen Elends und die konsumistische Orientierung auf »das Neue« anbetrifft.

Identität muß sein

► Nimmt man die Einwände von John Hutnyk und Arif Dirlik – und einiger anderer – ernst, dann ist die Suche nach einer wie auch immer subversiv gearteten Identität obsolet geworden. Vielmehr erweist sich erneut die Form Identität selbst als problematisch, und zwar weil, wie Hess und Linder richtig feststellen, Identität immer bedeutet, »sich mit etwas zu identifizieren«. Dieser Zwangscharakter von Identität wird aber nicht kritisiert. »Eine der wichtigsten Reaktionen gegen die Politik des Rassismus in Britannien war, was ich heute die 'Identitätspolitik ersten Grades' nennen würde«, schreibt Stuart Hall. »Sie hatte damit zu tun, daß Menschen ausgegrenzt, ihnen eine Identität und Identifikation mit der Nation der Mehrheit verweigert wurde, daß sie gezwungen waren, nach neuen Wurzeln zu suchen, die sie stützen sollten. Menschen brauchen immer einen Grund, einen Ort, eine Position, worauf sie stehen können.«

Diese Passage ist rätselhaft. Denn just nachdem Hall gezeigt hat, wie der staatlich garantierte weiße Rassismus bei den Ausgegrenzten zur Suche nach Identität führt, verewigt er unversehens das Bedürfnis nach Identität, um in der Konsequenz nur die möglichen *Formen* kollektiver Identität, aber nicht mehr diese an und für sich zur Disposition zu stellen. In dieser Anthropologie geht der kritische Gedanke flöten: Die Menschen und ihre Bedürfnisse sind plötzlich zeitenthoben, nicht mehr das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, die es umzuwerfen gilt.

Hall bleibt somit auf halbem Wege stehen. Verlagert er zunächst treffenderweise die Frage nach Identität von einer Wesensschau des Individuums, das tief in sich drin nach seinem wahren Selbst sucht, auf eine gesellschaftliche Ebene, auf der Identitäten als Positionierungen produziert werden, so kapituliert er an genau dieser Stelle: Die Individuen sollen sich diese Positionierungen zu eigen machen, weil sie »einen Ort brauchen«. Anstatt



Identität als Funktion der Selbsterhaltung? Foto: H. Sachs/version

zu kritisieren, daß Individuen aufgrund belangloser Merkmale wie Herkunft und Hautfarbe unter Kollektive subsummiert werden, will Hall die ganze Sache erstens nüchtern durchschauen – alles ist Konstruktion! – um dann zweitens in flexibilisierter Weise damit weiterzumachen: Identität muß sein.[1] Unter den Tisch fällt dabei, daß ethnische Identität staatliche Alimentierung, Jobmöglichkeiten, Behandlung durch Staatsorgane usw. der Individuen bestimmt und ihr *deshalb* soviel Aufmerksamkeit gewidmet wird – und nicht, weil Identitätssuche eine anthropologische Konstante wäre. Aber nicht die Verhältnisse, die Identität produzieren, werden zerlegt, sondern den Marginalisierten bessere Identitätsstrategien nahegelegt. Identität als Funktion der Selbsterhaltung des Individuums unter kapitalistischen Verhältnissen wird im Zuge ihrer Postmodernisierung, d.h. Flexibilisierung nochmals affirmiert.

Hess und Linder übernehmen dieses Argumentationsmuster und laufen dadurch ständig Gefahr, Kultur nicht als ideologischen Schleier nationaler Vergesellschaftung zu dechiffrieren, sondern wörtlich zu nehmen. Die Rede vom »eigenen kulturellen Wertmaßstab«, dem die deutschen Antirassisten verhaftet geblieben seien, und die Hoffnungen auf eine »hybride« deutsche Linke offenbaren, daß sich Hess und Linder nationale Kultur als real existierende Größe vorstellen und somit trotz kritischer Absicht zur Mystifizierung des Nationalen beitragen. Die deutsche Nation, das Ergebnis der Existenz eines deutschen Nationalstaats und der unverbrüchlichen Bereitschaft der ihm unterworfenen Individuen, sich trotz oder neuerdings wegen Auschwitz als Deutsche zu begreifen, wird folgerichtig zur »Dominanzkultur« verwässert. Dieser Begriff würde eigentlich nur dann Sinn machen, wenn man Pogrome und Abschiebungen als integralen Bestandteil deutscher Kultur versteht, was durchaus korrekt wäre, aber bei Hess und Linder leider nicht so gemeint ist.

Es ist ein grundlegender Unterschied, ob man der Mehrheit der deutschen Linken nationale Befangenheit nachweist, da sie aufgrund ihres unbedingten *politischen* Bedürfnisses, breitenwirksam zu sein, in einen Opportunismus gegenüber dem deutschen Kollektiv verfällt, oder aber ob man von einer »Dominanz- und Monokultur« ausgeht, die »*kulturelle* Blockaden« enthalte. Hess und Linder verheddern sich hier, wie insbesondere der Begriff Monokultur anzeigt, hoffnungslos in genau jenem Kulturalismus, den sie in Gestalt der Multi-Kulti-Ideologie selbst noch zurückgewiesen haben.

Weist man statt dessen nach, wie Kultur als ideologischer Kitt der atomisierten und feindseligen Ware-Geld-Subjekte funktioniert, die sich ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt begreiflich zu machen suchen, hat sich das Gerede über »hybridisierte politische Praxen« von selbst erledigt.

Anmerkung:

1 Was Hess und Linder bezeichnenderweise nicht erwähnen, ist die Rehabilitierung der Ethnizität durch Hall, der selbst diese Kategorie noch postmodern ummodeln will. Hall bezieht sich positiv auf den Prozeß der Vervielfältigung der Identitäten, also darauf, wie Paul Gilroy *kritisch* beschreibt, daß »der inklusive und offen politisch verwandte Race-Begriff, ein wichtiges Merkmal der späten siebziger Jahre, in seine ethnischen Komponenten zerfällt: erst in Afro-Kariben und Asiaten, und dann spiralenförmig fortschreitend in Pakistani, Bangladeshi, Bajaner, Jamaicaner und Guyanesen.«

Literatur:

Arif Dirlik, The postcolonial aura. Third world criticism in the age of global capitalism, in: Padmini Mongia (Hg.), Contemporary postcolonial theory, Lonon/New York 1996

Stuart Hall, Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg 1994

Paul Gilroy, Das Ende des Antirassismus, in: Diedrich Diedrichsen, Yo! Hermeneutics, Berlin 1993

John Hutnyk, Adorno at Womad. in: Pnina Werbner/Tariq Modood, Debating Cultural Hybridity, London/New Jersey 1997

► **Felix Kurz** lebt in Freiburg.

Und sie philosophieren doch!

Zur afrikanischen Philosophiedebatte

von **Kai Kresse**

Gegen Vorurteile, die dem Diktum Hegels folgend, Afrika sei ein geschichtsloser Kontinent, die Existenz einer afrikanische Philosophie leugnen, ist im deutschsprachigen Raum während der letzten Jahre angearbeitet worden. Publikationen und Konferenzen haben dazu beigetragen, daß mittlerweile einiges Material zur Diskussion um moderne Philosophie in Afrika und zur afrikanischen Philosophiegeschichte vorliegt.

► In den vergangenen Jahrzehnten der afrikanischen Philosophiediskussion ist es die Aufgabe gewesen, die Auseinandersetzung mit dem im europäischen Diskurs etablierten Vorurteil: »Afrikaner philosophieren nicht« zu führen. Denn dieses Vorurteil hat nicht nur die Möglichkeit für selbstverständliche akademische Diskurse über Gott und die Welt, sondern auch für eine selbständige Orientierung in der Welt und im Lebensalltag in Frage gestellt. Wer sich der eigenen Identität nicht gewiß sein kann, wird auf Grundlagen zurückgeworfen, die erst zu klären sind, bevor er sich mit neuer Sicherheit in der Welt bewegen und über sie reflektieren kann. Dies gilt im Hinblick auf eine postkoloniale Neuorientierung in Afrika auf der individuellen wie auf der gemeinsamen Ebene »Afrika«, die sich als weiträumige Plattform erst durch die kolonialen Erfahrungen mit Europa gebildet hat und nicht auf kultureller Einheit gegründet ist. »Postkoloniale Neuorientierung«, das sollte heißen: freie Lebensgestaltung. Diese kann sich als wirklich frei aber nur dann erweisen, wenn sie sich unabhängig von den Mechanismen vorheriger Unterdrückung orientiert. Wie jedoch ist Unabhängigkeit möglich, wenn diese Mechanismen weiterhin die eigene Lebenswelt dominieren? Dieses Problem kennzeichnet den Entstehungsort und das praktische Spannungsfeld der modernen afrikanischen Philosophiedebatte, die sich seit den 70er Jahren an den Universitäten etabliert hat.

Lange Zeit zielten die vorherrschenden Leitfragen der philosophischen Debatte in Afrika auf die grundsätzliche Klärung des philosophischen Selbstverständnisses. Eine solche selbstkritische Vergewisserung über den Philosophiebegriff betraf den Versuch einer Selbstbegründung, einer bewußten grundlegenden Orientierung des Denkens und Handelns, die auch nach dem hier vorherrschenden Konsens ein notwendiger Bestandteil der Philosophie ist. Wenn aber diese methodische Charakterisierung gilt, dann gilt sie in Europa wie in Afrika. Will man also über die Grenzen der kulturellen und historischen Diskurse hinaus über Philosophie reden, dann müssen dem Vergleich Maßstäbe auf der gleichen Ebene zugrunde gelegt werden.

Im Zentrum dieser Debatte stand und steht auch weiterhin die philosophische Grundfrage nach der Universalität des Philosophiebegriffes einerseits bzw. der Art und Weise seiner Kulturgebundenheit andererseits. Dabei lassen sich für ein erstes Verständnis zwei typisierte Grundpositionen unterscheiden, deren Vertreter der Nigerianer *Peter O. Bodunrin* als *»Traditionalisten«* und *»Modernisten«* gekennzeichnet hat. Die ersteren arbeiten an der Beschreibung der »afrikanischen« Verwurzelung der Ethik und des Alltagslebens in überlieferten Glaubenssystemen; die letzteren streben eine dynamische »philosophische« Nutzbarmachung von Denkmodellen für die sich unter westlicher Dominanz wandelnden aktuellen Lebensbedingungen an. Versteht man diese beiden Programme einmal als Bestimmung der Kulturgebundenheit von Philosophie und zum anderen als Etablierung der Philosophie als Fundament einer befreienden Sozialkritik, so zeigt sich, daß zwischen beiden Programmen kein Widerspruch bestehen muß, daß für die Erarbeitung philosophischer Identität beide wichtige Aufgabenfelder verfolgen.

»Bantu-Philosophie«

► 1945 wurde zum ersten Mal die Existenz afrikanischer Philosophie ausdrücklich behauptet und eine systematische Auseinandersetzung begonnen, wenn auch mit vorwiegend religiösem Interesse und unter der Voraussetzung eines inhaltlich gebundenen Philosophiebegriffs. Der flämische Missionar *Placide Tempels*, der sich lange bei den Baluba im heutigen Zaire aufgehalten hatte, publizierte in diesem Jahr sein Werk »Bantu-Philosophie«. Er gab darin eine sehr pauschale – und für die ideologischen Interessen zugleich kompatible – Antwort, gegen die sich die philosophischen Kontrahenten in der folgenden Debatte nur mühsam durchsetzen konnten: *»Lebenskraft«* (»muntu«) sei das spezifische Grundprinzip des Denkens und Handelns aller Afrikaner. Ein »dynamischer« Seinsbegriff der Afrikaner (»Kraftsein«), der sich im Verhalten zu allen anderen Lebensformen und der Verehrung der Ahnen äußere, stehe dem »statischen« der Europäer entgegen.

Mit dieser Entgegensetzung wurde jedoch der Mythos eines Wesensunterschiedes hierarchischer Art aufrecht erhalten, der schon in der Ethnologie, insbesondere von *Levy-Bruhls* Lehre der *»primitiven Mentalität«* und des *»prälogischen Denkens«*, vertreten worden war. Tempels verwischte in seiner Verwendung des Philosophiebegriffs die Abgrenzung zwischen Philosophie und Weltanschauung. Das Werk war paradox, weil es, indem es eine Lanze gegen das Vorurteil vom unphilosophischen Afrika zu brechen schien, von vornherein klarmachte: »Bantu-Philosophie« ist nicht Philosophie. Dies machte vor allem die Vorgehensweise deutlich: im Falle der afrikanischen Philosophie muß es der Europäer sein, der sie herausarbeitet. »Und wenn wir das geschafft haben,« schrieb Tempels, »werden wir den Bantu klar sagen können, was sie in ihrem tiefsten Wesen über das Seiende denken.« (18) Als guter Missionar beendete Tempels seine Deutungen zu den ethnographischen Beobachtungen über die Sprache, den Alltag und die Bräuche des Baluba-Volkes, die er wie selbstverständlich auf alle (bantu-sprachigen) Afrikaner übertrug, mit der Folgerung, »daß das tiefste der Bantu-Seele seit Jahrhunderten nach der Seele des Christentums als der höchsten Befriedigung ihres Heimwehs lechzte und noch lechzt.« (118) Hier wurde also eine mittelbar erschlossene bzw. projektiv unterstellte kollektive Weltanschauung innerhalb einer Gesellschaft erst zur Philosophie (aber eben keiner »richtigen« Philosophie) geadelt, um dann diejenigen, die nicht wissen können sollten, daß, was und wie sie philosophieren, umso besser vereinnahmen zu können.

»Ethnophilosophie«

► Nicht die Qualität des Tempelsschen Textes, sondern sein immenser Einfluß machte die sog. »Bantu-Philosophie« zum entscheidendem Orientierungspunkt innerhalb der folgenden Debatte. Seine Konzeption einer »afrikanischen Lebenskraft« befriedigte nicht nur sich für fortschrittlich haltende europäische Erwartungen, sondern bot zudem in einer Situation des intellektuellen Identifi-



Alle Türen offen

Foto: R. Maro/version

kationsbedarfes einen Ansatzpunkt für die Konstruktion einer positiven afrikanischen Identität. In dieser Hinsicht war insbesondere *Senghors* Version der *Négritude* von großer Wirkung. Eine Vielzahl von Untersuchungen afrikanischer Theologen mit missionarischem Impetus folgte der Tempelsschen Konzeption, »ein ethnologisches Werk mit philosophischer Anmaßung« zu verbinden, kurz: eine »Ethnophilosophie« (Hountondji 1993) zu entwickeln.

Diese Richtung hatte allerdings mit der im europäischen Kontext assoziierten Denkfreiheit, die sich argumentativ, kritisch und reflexiv im philosophischen Denken äußert, nichts mehr zu tun. Der *dogmatische Ausschluß einer befreienden Perspektive* war denn auch der Punkt, der es für kritische afrikanische Philosophen unumgänglich machte, bei Tempels anzusetzen. Odera Oruka beklagte zurecht, daß so über einen afrikanischen Sonderweg *Mythologie als Philosophie* präsentiert werde; Paulin J. Hountondji sprach von einem ideologisch motivierten *»Mythos spontaner Philosophie«*.

Im ethnologischen Kontext wiederum wurde die »Bantu-Philosophie« zum Teil als Paradigma einer »primitiven Weltsicht« wahrgenommen. Damit wurde aus anderer Perspektive die Kritik der Philosophen bestätigt: ethnographischer und philosophischer Diskurs werden vermengt. Insbesondere der Althusser-Schüler Hountondji kritisierte immer wieder scharf die darin inhärente Instrumentalisierung des Philosophiebegriffs, die er durch das Etikett »Ethnophilosophie« diskreditiert haben wollte. Für ihn war klar, daß das Spezialverständnis einer Philosophie in Afrika als eines intuitiv vorhandenen, kollektiven und festen Gedankengebäudes zu politischer Passivität führt und so letztlich der neokolonialen Dominanz euro-amerikanischer Interessen zuarbeitet. Tempels' Einfluß prägt noch heute mittelbar das europäische Afrika-Bild. Seine deskriptive, projektiv herausgearbeitete *»Lebenskraft-Ontologie«* der Afrikaner war eine der wesentlichen Inspirationsquellen für Senghors Darstellung der Négritude.

Als ein Beispiel für »Ethnophilosophie« mag das Werk von *Alexis Kagame* skizziert werden, einem ruandesischen Priester, der dem deskriptiven Ansatz Tempels' über das intensive Studium der Sprachsemantik folgt. Zunächst verwarf Kagame den Begriff der Lebenskraft als nicht spezifisch afrikanisch (er sei vielmehr allgemein menschlich) und warf Tempels' Verallgemeinerungen bei der Übertragung der aus spezifisch ethnographischen Daten gewonnenen Folgerungen auf ganz Afrika vor. Nachdem er in seiner Untersuchung des Kinyarwanda die Ontologie der Ruandesen herauszuarbeiten beansprucht hatte, erweiterte er dieses Projekt zu einer »vergleichenden Bantuphilosophie«, in der alle Bantu-Sprachen auf die philosophischen Denkinhalte der Sprecher untersucht werden sollten. Dabei dominierte ein missionarischer Impetus die Untersuchung, die letztlich, wie schon bei Tempels, darauf abhob festzustellen, ob und inwiefern die Glaubensvorstellungen der »Bantuphilosophie«, insbesondere die Ahnenverehrung, sich in das Christentum integrieren lassen.

Selbst wenn man die Untersuchungen Kagames als einen Beitrag für das umfassendere Verständnis des Verhältnisses zwischen Sprache, Denken und Wirklichkeit innerhalb eines je gegebenen kulturellen Kontextes anerkennt, so wird man ihm doch einen entscheidenden Einwand entgegenhalten müssen. Kagame unterläßt es, darauf einzugehen, daß es in einigen Bantu-Sprachen eine Klasse von Abstrakta gibt, in der generelle philosophische Grundbegriffe (Wahrheit, Schönheit, Sein) genannt, diskutiert und spezifiziert werden können. Gerade in diesem Bereich wäre – im Gespräch mit afrikanischen Weisen – nach philosophischen Traditionen in Afrika zu suchen, deren Dokumentation Hountondji schon 1969 als »dringendste Aufgabe für heutige afrikanische Philosophen« bezeichnet hatte.[1]

»Philosophie«

► Hountondji selbst geht es darum, die kollektive Bindung des Philosophiebegriffs als Mythos zu erweisen und ihr die *Realität eines beginnenden philosophischen Diskurses* in Afrika gegenüberzustellen, der sich vom afrikanologischen Diskurs befreit hat: »Das wahre Problem ist nicht über Afrika zu reden, sondern das Gespräch zwischen Afrikanern.« (1993, 52) Nur wenn die Gesprächsinhalte nicht vorgegeben sind, wenn offen ist, was sich in der Debatte aufgrund der besseren Argumente durchsetzen wird, und wenn institutionell dafür gesorgt ist, daß ein solcher freier Diskurs geführt werden kann, dann könne sich in Afrika ein »echter Pluralismus« re-etablieren. Je weniger fest die Philosophie definiert werde, um so besser sei das für die Philosophie und die befreiende Wirkung des Denkens. Aus diesem Grund hat Hountondji eine pragmatische Minimaldefinition von afrikanischer Philosophie gegeben: sie besteht *aus Texten, die von ihren afrikanischen Autoren als »philosophisch« bezeichnet werden* (21). Was philosophisch von Relevanz werde, zeige sich immer erst im nachhinein, durch den Verlauf der Debatte über die Texte.

Dieser Definition wegen und seiner grundsätzlichen Forderung, Philosophie an die Dynamik wissenschaftlicher Entwicklung anzubinden, ist Hountondji von verschiedenen Seiten in einem Ausmaß angegriffen worden, das oft dazu führte, die Chancen dieses Ansatzes aus den Augen zu verlieren.

Vielfach wurde Hountondji geradezu als westlich geprägter Wissenschaftsfetischist gekennzeichnet, der mit seiner Definition die vorwiegende Oralität afrikanischer Philosophie nicht berücksichtigen könne und wolle. Die Vorwürfe greifen wohl zu kurz, sind jedoch verständlich als Reaktion auf die Aussagen Hountondjis, in denen er rigoros die Anbindung der Philosophie an Wissenschaft und Schriftlichkeit fordert und die als Leugnung philosophischer Traditionen in Afrika verstanden werden.

Hountondjis vehemente Verteidigung von Wissenschaft und Schriftlichkeit sollte, wie er im nachhinein klargestellt hat, vor allem als polemisches Mittel verstanden werden, eine Gegenposition zur ideologisch dominierten Ethnophilosophie aufzubauen. So gesehen läßt sich zeigen, daß Hountondjis Ansatz für die philosophische Debatte in Afrika weitreichender und fruchtbarer ist, als häufig wahrgenommen wird. Denn für ihn gründet die Wissenschaft letztlich im freien Diskurs, der wiederum für die Philosophie konstitutiv ist. Die notwendige Bindung zwischen beiden beruhe also auf den Folgen der Wissenschaft für die Philosophie und nicht umgekehrt. Hountondjis Philosophieverständnis schottet sich daher nicht gänzlich von Oralität ab; er sieht sie jedoch als echtes Problem für den freien Selbstvollzug einer kritischen Debatte in Afrika. Daß orale Philosophie als Bestandteil des sozialen Diskurses in der Kultur Afrikas vorhanden ist, bleibt auch für ihn eine Tatsache.

Mit unserer bisherigen Darstellung haben wir schon die drei wesentlichen Forschungsbereiche benannt, die von afrikanischen Philosophen als Schwerpunkte bearbeitet worden sind und werden: die Dokumentation traditioneller afrikanischer Philosophien, d. h. die Transkription »oraler Texte« individueller Denker; das Projekt einer philosophischen Hermeneutik in Afrika; und die Notwendigkeit des Aufbaus eines philosophischen Wissens, das für die wissenschaftlichen, technischen und politischen Erneuerungsprozesse innerhalb der afrikanischen Kulturen nutzbar gemacht werden kann. *Henry Odera Oruka, Theophilus Okere* und *Kwasi Wiredu* setzen mit ihren Forschungen (in derselben Reihenfolge) an diesen drei Punkten an. Ihre Projekte können jeweils als Vermittlung zwischen der zuvor bestehenden scharfen Antithetik der Positionen der Traditionalisten (»afrikanisch«) und der Modernisten (»Philosophie«) begriffen werden.[2]

»Sage-Philosophy«

► *Henry Odera Oruka* begreift seinen Ansatz einer »sage-philosophy« als einen »dritten Weg« zwischen Ethnophilosophie und konventioneller akademischer Philosophie. Sein Vorhaben kann am ehesten als Dokumentation philosophischer Traditionen innerhalb der kenianischen (und prinzipiell aller anderen afrikanischen) Kulturen gelten. Auch hier ist Feldforschung notwendig: der untersuchende, akademisch ausgebildete Philosoph muß die Menschen aufsuchen, die sich als eigenständige Philosophen herausstellen könnten. Um potentielle Gesprächspartner zu finden, verläßt sich Odera Oruka auf das kommunale Urteil sozialer Gemeinschaften. Personen, die als »weise« bezeichnet und anerkannt werden (»sages«), werden auf fundamentale Schlüsselbegriffe ihrer Kultur hin befragt und zu einer eigenständigen Bewertung gedrängt. Diese Gespräche werden transkribiert, übersetzt und im nachhinein ausgewertet. Hat sich der oder die Befragte nach den Kriterien philosophischer Weisheit (»philosophic sagacity«) durch Argumentation, kritische Distanz zur eigenen Kultur und durch die Fähigkeit eigener Begriffsbildung hervorgehoben, wird er oder sie als *»philosophic sage«* und damit als »echter« Philosoph im engeren Sinne des Wortes qualifiziert. Sind diese Kriterien in den Ausführungen nicht wiederzufinden, erschöpft sich die Weisheit der Befragten in der genauen Kenntnis der eigenen Kultur und ihrer überlieferten Begründungsmuster von Grundansichten, Glaubensinhalten und Normen, die in Form von Mythen und mythologisch gestützten Aussagen doktrinär und nicht argumentativ wiedergegeben werden, so werden diese Weisen als *»folk sages«* bezeichnet. Sie gelten als Spezialisten im Rahmen der Weisheitslehre ihres Volkes, nicht darüber hinaus.

Diese Unterscheidung zwischen philosophical and folk sages ist für Odera Orukas Programm der »sage philosophy« systematisch zentral, weil er zeigen will, daß Philosophie im engeren Sinne in afrikanischen Kulturen Tradition hat, und daß sie nicht auf Weltanschauung und Mythologie beschränkt bleibt, wie im westlichen Diskurs so lange behauptet worden ist. Dieses Programm hatte Odera Oruka 1972 in dem Aufsatz »Mythologies as African Philosophy« skizziert und dabei die Absicht hervorgehoben, zu zeigen, daß afrikanische Philosophie sich nicht in gemeinschaftlichen Glaubensvorstellungen (»communal beliefs«) erschöpft, sondern gebildet sei aus »einem Ganzen, welches aus verschiedenen individuellen Philosophien besteht, von denen viele im Widerspruch zueinander stehen« (1972, 9). »Sage philosophy« bezeichnet also den *Typus dieser individuellen Philosophien* und nicht generell »Weisheitslehre«.

Das Projekt sah sich verschiedener Kritik ausgesetzt. Ihm wurden die Übernahme eines »westlichen Philosophiebegriffes«, die Nutzung eines zu vagen Philosophiebegriffs, Suggestionen und Provokationen in der Interviewgestaltung sowie die Kürze der dokumentierten Interviews vorgeworfen. In der Übertragung des »sage«-Begriffes als Signifikanten für ethische Verantwortlichkeit und soziale Relevanz auf die Ebene der akademischen Philosophie in Afrika, aber auch im »Westen«, könnte eine der weitreichendsten Herausforderungen dieses Ansatzes liegen. Denn mit dem Konzept des »sages« bleibt Philosophie als gesellschaftliche Kritik, die in ihren Kontext eingebettet ist, lebendig.

»Dekolonialisierung des afrikanischen Denkens«

► Der Ghanaer *Kwasi Wiredu* ist einer derjenigen Philosophen, die die Forderung nach wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierung in Afrika am deutlichsten erheben und theoretisch untermauern. Dabei geht es ihm um die Nutzung der technischen Möglichkeiten zur bestmöglichen Bewältigung der lebensweltlichen Probleme in den heutigen afrikanischen Kulturen. Hierfür können ideologische Vereinnahmungen gegen »den Westen« seiner Meinung nach nur hinderlich sein; wichtig sei, daß die entscheidenden politischen Instanzen sich am afrikanischen normativen Kontext orientieren und dabei frei und flexibel operieren. Wiredu ist ein nüchterner, universal ausgerichteter Rationalist britischer Schule, der zwar von Anfang an die sensible Problematik afrikanischer Kultur im technischen Wandel und

Foto: A. F. Kentscher



unter postkolonialen Vorzeichen berücksichtigt, sie aber erst in den letzten Jahren zum systematischen Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht hat. Hierbei strebt er vor allem eine »Dekolonialisierung des afrikanischen Denkens« in der Philosophie an, die er als Reflexion über die Implikationen des Philosophierens in europäischen Sprachen und als Erarbeitung möglicher Alternativen versteht.

Die Frage, in welcher Sprache wie und mit welcher Perspektive philosophisch kreativ und mit praktischer Relevanz gearbeitet werden kann, stellt ohne Zweifel eines der größten praktischen und institutionellen Probleme afrikanischer Philosophie dar, das durch die 2000 Sprachen Afrikas, durch die Vielzahl der Völker in den künstlich geschaffenen Nationalstaaten sowie durch den Einfluß der Kolonialzeit, gerade in der Sprachpolitik, erheblich verstärkt wird. Die Belastung, mit der Übernahme einer anderen Sprache für das eigene Philosophieren immer auch wichtige Aspekte des eigenen Denkens (das Netz der Assoziationen und die Besonderheit von Ausdrucksweisen) aufzugeben, potenziert sich, wenn diese andere Sprache zugleich die der ehemaligen Unterdrücker ist. Während Wiredu noch 1980 darauf hinwies, daß die weitergehende Berücksichtigung afrikanischer Sprachen zwar die Philosophie nur bereichern könne, er aber aus Bedenken gegen Isolation und Zersplitterung dagegen plädierte, den philosophischen Diskurs statt in den europäischen Kolonialsprachen in afrikanischen Sprachen zu führen, formuliert er mittlerweile das Problem weit schärfer: es bestehe die bleibende »Gefahr unfreiwilliger geistiger De-Afrikanisierung«, wenn man sich nicht bewußt auf die eigenen Sprachen zurückbeziehe (1995, 24). Dennoch kann Wiredu keine andere Lösung anbieten als die Beschäftigung mit der philosophischen Terminologie afrikanischer Sprachen, die er selbst seit Jahren mit Rekurs auf seine eigene Sprache Akan vorführt, allerdings auf Englisch. Andere, und in bezug auf ihre sozialkritischen Implikationen fruchtbarer erscheinende Konsequenzen wie der Ausbau des Philosophierens in afrikanischen Sprachen, der gänzliche Verzicht auf europäische Sprachen zum Philosophieren oder die Institutionalisierung eines multilingualen Diskurses mit einem daran angepaßten Übersetzungssystem werden von ihm nicht thematisiert. In solchen Konzeptionen, die im Kontext afrikanischer Literatur zum Teil bereits erfolgreich operieren, könnte jedoch, gerade auch für die Philosophie, eine Chance zu größerer Lebendigkeit und sozialer Wirksamkeit liegen.

»Pan-Afrikanismus ohne Rassismus«

► So wie gegen Ende der siebziger Jahre Hountondjis Kritik der Ethnophilosophie zusammen mit *Saids* »Orientalism« das Selbstverständnis der Ethnologie als wissenschaftliche Disziplin erschütterte, so hat Ende der achtziger Valentin Y. Mudimbe mit seiner Darstellung der »Erfindung Afrikas« (»The Invention of Africa«) die Afrikawissenschaft und die ihr zugrundeliegende Epistemologie als *»Africanism«* entlarvt und zu erschüttern versucht, indem er, Foucault folgend, aus »archäologischer Perspektive« den Diskurs der Macht und seine immanente Ordnung beschrieb.

Die neueste und schwerwiegende Erschütterung eines diskursiv verankerten Selbstverständnisses löste jedoch *Kwame Anthony Appiah* 1992 mit seinem Buch »In My Father's House« aus. Er hinterfragt hier verschiedene Setzungen im afrikanischen und afro-amerikanischen Diskurs, wie z.B. die Bindung der Debatte an den Rasse-Begriff, die ideologische Beschränkung afrikanischer Literaturtheorie in der Selbststilisierung zum Sonderfall und die Kontinuität der westlichen Moderne wie Postmoderne in der herablassenden und instrumentalisierenden Bezugnahme auf das koloniale bzw. postkoloniale Afrika. Appiah geht es letztlich darum, diese Beeinträchtigungen des freien philosophischen Umgangs in Gestalt eines afrikanisch geprägten Humanismus zu überwinden, eines »Pan-Afrikanismus ohne Rassismus«, der stets Teil der universalen Zwiegespräche der Menschheit ist. Appiah betrachtet die Welt als ein Netzwerk persönlicher Bezugspunkte, von denen die philosophischen Fragestellungen ausgehen, also in einer je interkulturellen Perspektive, wobei sein Interesse durch die eigene Verwobenheit im afrikanischen Kontext gelenkt wird.

Appiah, als ein Fixpunkt des philosophischen Diskurses im afroamerikanischen Kontext, kann heute als personales Leitbild für einen selbstverständlichen und freien afrikanischen Philosophiediskurs genommen werden. Hountondji hatte einen solchen Diskurs als Zielpunkt skizziert, einen Diskurs, der an die Wissenschaften angebunden bleibt und dem die Vielfalt aller Forschungsgebiete offensteht.

Anmerkungen:

1 P.J. Hountondji 1993, S. 37. Odera Oruka hat genau diese Aufgabe mit seinem »sage-philosophy«-Projekt verfolgt (vgl. unten).

2 So hat Okeres, an H.-G. Gadamer und P. Ricoeur orientierte, kritische Grundlegung hermeneutischer Philosophie (Okere 1983) die Entstehung einer hermeneutischen Schule stimuliert, als deren bekannteste Vertreter Tshiamalenga Ntumba und Nkombe anzusehen sind (Mudimbe 1988,137). Sie hat zudem neueren Projekten philosophischer Eurozentrismus-Kritik einen methodischen Ansatzpunkt ermöglicht (z.B. Serebequerhan 1994).

► *Der Artikel von Kai Kresse, Doktorand der Philosophie in Hamburg und London, erschien zuerst in »Widerspruch – Zeitschrift für Philosophie« Heft 30, 1997, im Rahmen des Themenschwerpunkts »Afrikanische Philosophie«. Für die iz3w wurde er gekürzt.*

Literatur

I. Deutschsprachige Texte zur afrikanischen Philosophie:

HENGELBROCK, J (Hrsg.): Texte zur Philosophie in Afrika. Materialien für die Unterrichtspraxis, Stuttgart 1992.

HOFFMANN, G.-R.: Faktoren und gegenwärtige Tendenzen nichtmarxistischer Philosophie in Afrika (Phil. Diss., Leipzig 1984).

KIMMERLE, H.: Philosophie in Afrika – afrikanische Philosophie, Frankfurt 1991.

DERS.: Die Dimension des Interkulturellen, Amsterdam 1994.

NEUGEBAUER, CHR.: Einführung in die afrikanische Philosophie, München 1989.

DERS. (Hrsg.): Philosophie, Ideologie und Gesellschaft in Afrika, Wien 1989 (Frankfurt 1991).

DERS. (Hrsg.): Zeitschrift für Afrikastudlen (ZAST), Wien.

WIMMER, E. (Hrsg.): Vier Fragen zur Philosophie in Afrika, Asien und Lateinamerika, Wien 1988.

DERS./H. NAGL-DOCEKAL (Hrsg.): Postkoloniales Philosophieren: Afrika, Wien/München 1992.

II. Afrikanische Philosophiedebatte

APPIAH, KWAME ANTHONY (1992): In My Father's House. Africa in the Philosophy of Culture, New York/ Oxford (Oxford University Press).

BODUNRIN, PETER O. (1985): Philosophy in Africa-Trends and Perspectives, Ile-Ife.

HOUNTONDJI, PAULIN J. (1993, zuerst 1976): Afrikanische Philosophie. Mythos und Realität, Berlin (Dietz).

KAGAME, ALEXIS (1985): Sprache und Sein. Eine Ontologie der Bantu Zentralafrikas, Heidelberg.

KRESSE, K./ORUKA, H. ODERA (1996): »Philosophy Must be Made Sagacious«. An In terview with Henry Odera Oruka, 16. 8.1995, in: ISSUES in Contemporary Culture and Aesthetics, No.3. Maastricht, Jan van Eyck Akademie.

MUDIMBE, VALENTIN Y. (1988): The Invention of Africa. Gnosis, Philosophy, and the Order of Knowledge. Bloomington (Indiana University Press).

OKERE, THEOPHILUS (1983): African Philosophy. A Historico-Hermeneutical Investigation of the Condition of its Possibility. Lanham (University Press of America).

ORUKA, H. ODERA (1972): Mythologies as African Philosophy. In: East Africa Journal 10. Auch in: A. GeAuEss/K. KRESSE (Hrsg.): Sagacious Reasoning. H. Odera Oruka in Memoriam. Frankfurt 1997 (Peter Lang).

ORUKA, H. ODERA (1991, zuerst Leiden 1990): Sage Philosophy. Indigenous Thinkers and Modern debate on African Philosophy, Nairobi (Acts Press).

SEREQUEBERHAN, TSENAY (1994): The Hermeneutics of African Philosophy. Horizon and Discourse, New York (Routledge).

TEMPELS, PLACIDE (1956, zuerst 1945): Bantu-Philosophie. Ontologie und Ethik. Heidelberg.

WIREDU, KWASI (1995): Conceptual Decolonization in African Philosophy. Selected and introduced by Olusegun Oladipo, Ibadan (Hope Publishers).



Foto: G. Krebs

Die Realität als Spektakel

19. Internationales Festival des Neuen Lateinamerikanischen Films in Havanna

von **Geri Krebs**

Das kubanische Kino ist wieder da. Beim 19. Internationalen Filmfestival des Neuen Lateinamerikanischen Films im Dezember in Havanna präsentierte es sich gleich mit drei neuen Spielfilmen. Geri Krebs war dort und sprach mit dem kubanischen Regisseur Daniel Díaz-Torres.

► Für Kuba ist es das wichtigste Kulturereignis des Jahres, für Lateinamerika bleibt es das wichtigste Filmfestival des Kontinents. Mit 520 Filmtiteln im Festivalkatalog brach das 19. Filmfestival in Havanna einen neuen Rekord. Allein fünfzig neue lateinamerikanische Spielfilme standen im Wettbewerb. Selbst der Filmkritiker der kubanischen Parteizeitung »Granma« gestand am zweitletzten Festivaltag erschöpft: »Man fragt mich nach meinen Favoriten im Wettbewerb? – Ich habe noch nicht einmal die Hälfte gesehen«. Beim Publikum war das Interesse größer denn je. Man geht in Havanna wieder aus, die Jahre der (wirtschaftlichen) Depression der ersten Hälfte des Jahrzehnts gehören oberflächlich betrachtet der Vergangenheit an. Die Welt des Konsums ist munter auf dem Vormarsch, was sich während des Festivals in einer aggressiven Präsenz der Sponsorfirmen niederschlug. Vor jedem Film mußte man den gleichen dreiminütigen Werbefilm über sich ergehen lassen, eine endlose Aneinanderreihung schreiender Werbespots für die Firmen, die das Festival finanzieren.

Der Wettbewerb neuer lateinamerikanischer Spielfilme zeichnete sich dieses Jahr durch die quantitativ und qualitativ starke Präsenz des argentinischen Kinos aus. Den großen Preis des Festivals gewann dann auch der Argentinier Adolfo Aristaraín (bei uns bekannt durch »Un lugar en el mundo« und »La ley de la frontera«) mit dem Vater-Sohn-Beziehungsdrama »Martín (Hache)«. Mit besonderer Neugier erwartete man aber das kubanische Kino, das letztes Jahr – erstmals in der Geschichte des Festivals – aus wirtschaftlichen Gründen praktisch aus dem Wettbewerb verschwunden war, diesmal dafür gleich mit drei neuen, langen Spielfilmen aufwartete. Einer dieser Filme wurde dabei zum rekordbrechenden Publikumsfavoriten, mit teilweise wüsten Szenen vor den Kinos, die einem derartigen Ansturm schlicht nicht gewachsen waren. »Zafiros, locura azul« heißt das Werk, das so viel Aufregung verursachte, ein Musikfilm über vier Jahre im Leben des Vokalquartetts »Los Zafiros«, das in den sechziger und siebziger Jahren als kubanische Ausgabe der »Platters« in Kuba, aber auch international Furore machte. Regisseur von »Zafiros« ist Manuel Herrera, der zur älteren kubanischen Cinéastengeneration gehört, produziert wurde der Film in Miami vom Sohn des einzigen noch lebenden Mitbegründers der Original-«Zafiros«, was dem Film eine gewisse politische Brisanz verleiht.

Ebenfalls eine Koproduktion ist der zweite kubanische Publikumsliebling, die Komödie »Amor vertical«, vom jungen Regisseur Arturo Sotto in Zusammenarbeit mit der französischen Gesellschaft Pandora-Film realisiert. »Amor vertical« wurde bereits mit großem Erfolg auf den Festivals von Biarritz, Thessaloniki und Toronto präsentiert und dürfte auch bei uns in die Kinos kommen.

»Ich möchte Ihnen hier einen Regisseur präsentieren, der einst einen Film gemacht hat, der jetzt, wenn sein filmisches Werk gewürdigt wird, in der Presse nicht erwähnt wird. Der Film heißt »Alicia en el pueblo de Maravillas«, und ich finde es wichtig, Daniel Díaz-Torres dafür zu danken, daß er »Alicia« seinerzeit realisiert hat.« Mit diesen Worten stellte Reynaldo Gonzalez, Direktor des kubanischen Filmarchivs und Mitglied der Festivalleitung, Daniel Díaz-Torres bei einer öffentlichen Konferenz am »Tag des kubanischen Films« vor und erntete dafür tosenden Applaus. Daniel Díaz-Torres hatte für das Festival in letzter Minute seinen neuesten Film, den satirischen Krimi »Kleines Tropikana« fertiggestellt. Die Politfarce »Alicia en el pueblo de Maravillas« war sein vorletzter Film gewesen und hatte 1991 einen Skandal ausgelöst, weil er nach vier Tagen Spieldauer in Havanna aus den Kinos entfernt wurde und seither behördlich verboten blieb. In den letzten Jahren konnte er in Kuba vereinzelt in mehr oder weniger geschlossenen Vorstellungen gezeigt werden. Daniel Díaz-Torres knüpft mit dem zweistündigen »Kleines Tropikana« stilistisch an »Alicia« an, ohne indes dessen ätzende Schärfe zu erreichen.

Die Hauptrollen in »Kleines Tropikana« spielen der Deutsche Peter Lohmeyer und der aus »Fresa y chocolate« bekannte Vladimir Cruz. Es ist ein äußerst komplexer Film, der bisweilen die Aufnahmefähigkeit des Publikums arg strapaziert, andererseits aber durch einen ungeheuren Reichtum an skurrilen Ideen und Assoziationen zu faszinieren vermag. Aufhänger der Geschichte ist der Tod eines deutschen Touristen, der nach Havanna kommt, um nach seiner kubanischen Mutter zu suchen. Parallel dazu gibt es die Geschichte seines kubanischen Halbbruders, eines Polizisten, der mit der Aufklärung des Todes beschäftigt ist. Den Film auf eine Formel gebracht sucht der Polizist nach seiner Zukunft, der Deutsche nach seiner Vergangenheit.

Geri Krebs: »Kleines Tropikana« wurde von der Kritik sehr positiv aufgenommen, von der internationalen Jury erhielt er den Spezialpreis. Hat dich das erstaunt?

► Daniel Díaz-Torres: Ich habe den Film weder für die Kritiker noch mit Blick auf einen kommerziellen Erfolg, sondern mit vielen Zweifeln gemacht. Und die Fähigkeit, zu zweifeln scheint mir keine schlechte Voraussetzung für das Gelingen eines Filmes zu sein, denn damit sind die Kapazitäten für Kritik und Selbstkritik größer. Klar, »Kleines Tropikana« ist ein Film, der von der Anlage her ziemlich komplex ist.



Daniel Díaz-Torres

► Der 1948 in Havanna geborene Daniel Díaz-Torres nimmt die Arbeit im staatlichen kubanischen Filminstitut ICAIC 1968 auf, zuerst als Filmkritiker, ab 1975 mit ersten Kurzfilmen. Parallel dazu arbeitet er an den »Noticieros«, den Filmwochenschauen des ICAIC, mit. Diese wurden Mitte der siebziger Jahre von Santiago Alvarez, dem »Vater« des revolutionären Dokumentarfilms gegründet. Neben Díaz-Torres werden in dieser »Kaderschmiede« der mittleren Cineastengeneration Regisseure wie Rolando Díaz, Lázaro Buria oder Fernando Pérez ausgebildet. Bis Ende der achziger Jahre realisiert Diaz-Torres weit über hundert »Noticieros« zu Themen des kubanischen Alltags.

1984 realisiert Díaz-Torres seinen ersten langen Spielfilm »Jibaro«
1986 »Otra mujer« (Eine andere Frau)
1990 »Alicia en el pueblo de Maravillas« (Alicia im Dorf der Wunder)
1994 »Quiéreme y verás« (Liebe mich, und du wirst schon sehen)
1997 »Kleines Tropikana«

Seit »Alicia en el pueblo de Maravillas«, der an zahlreichen Filmfestivals ausgezeichnet wurde, gilt Daniel Díaz-Torres als einer der bedeutendsten kubanischen Cinéasten der Gegenwart. Foto: G. Krebs

Er ist aber auch weit weniger populär als die beiden andern neuen kubanischen Spielfilme.

► Was »Zafiros« betrifft, stimmt das sicher, denn der scheint ja nun wirklich rekordverdächtig zu sein. Aber Popularität sehe ich relativ, wichtiger ist mir ein möglichst hohes Maß an Kommunikation mit dem Publikum. Und auch »Kleines Tropikana« hat sein Publikum gefunden, wenn auch sicher weit weniger als »Zafiros«.

Obwohl ich »Kleines Tropikana« nun schon zweimal gesehen habe, verstehe ich ihn immer noch nicht ganz. Der Film enthält so viele unterschiedliche Elemente, man wird während zweier Stunden mit den verrücktesten Bildern und Gegensätzen förmlich bombardiert. Ist dieses Übermaß an Gegensätzen und Widersprüchen eine Metapher für die aktuelle Situation Kubas?

► Nein, für mich hat das mit der kubanischen Art zu tun. Zuerst einmal mit der Fähigkeit, Geschichten zu erzählen, zu erfinden und zu fabulieren in einer barocken Art. Dieses Talent, die Realität mit der eigenen Imagination zu überlagern und zu ergänzen, ist eine sehr kubanische Eigenschaft, die tief in unserer Tradition verwurzelt ist, am stärksten in ländlichen Gebieten. »Kleines Tropikana« ist zuallererst einmal eine Hommage an all das.

Mir ist klar, daß diese kubanische Eigenheit schwer für jemanden zu verstehen ist, der aus einer ganz anderen Kultur kommt. Andererseits spiele ich aber gerade damit im Film, indem der Deutsche mit diesem Phänomen konfrontiert wird.

Warum wird im Film so viel erzählt und so wenig gezeigt?

► Wer so fragt, hat den Film effektiv nicht verstanden, denn dieses Spannungsfeld zwischen Erzählung und gezeigten Bildern ist ja gerade ein Hauptelement des Films. Außerdem muß man sich immer der Ironie bewußt sein, mit der das Ganze erzählt wird. Wer den ganzen Film ernst nimmt, hat eh keine Chance, ihn zu verstehen. Ich möchte aber der Kritik am häufigen Gebrauch der Stimme im Off in »Kleines Tropikana« noch etwas anderes entgegenhalten: »Kleines Tropikana« ist ja eigentlich ein Krimi, der u.a. auch mit Elementen des »Film Noir« spielt. In letzter Zeit habe ich viele Drehbücher von Filmen dieses Genres gelesen und dabei festgestellt, daß es dort oft seitenweise Erzählungen und Stimmen im Off gibt. Das ist einfach ein Stilmittel, das einem gefallen kann oder auch nicht.

»Alicia » wurde in der Präsentation von »Kleines Tropikana« vom Moderator erwähnt, auch in einer Diskussionsrunde im TV wurde davon gesprochen. Die Bürokratie hat seinerzeit versucht, »Alicia« zum Verschwinden zu bringen, jetzt ist er wieder da. Wie erklärst du dir das?

► Verschwinden lassen kann man keinen Film, der produziert und auch gezeigt wurde, wie das bei »Alicia« der Fall war. Der Film besitzt auch international einen Grad an Publizität, so daß er immer präsent blieb. Je mehr gewisse Leute ihn verschwinden lassen wollten, umso bekannter wurde er. Leider entbrannte um »Alicia« herum ein politischer Wirbel, was bewirkte, daß der Film nur noch als politisches Ereignis betrachtet wurde. Und das hat mich eigentlich nie interessiert, denn ich begreife Filme in erster Linie als ästhetische, nicht als politische Handlungen. Deshalb finde ich auch »Alicia« keinesfalls besser als »Kleines Tropikana«, nur weil »Alicia« unbeabsichtigt auf ein kompliziertes politisches Terrain geriet und »Kleines Tropikana« dagegen allseits gelobt wurde.

War es nach »Alicia« nicht schwer, weiterhin Filme zu machen?

► Nein, überhaupt nicht, weder mit »Quiéreme y verás« noch mit »Kleines Tropikana«. Schwierigkeiten gab es nur in finanzieller Hinsicht, und die haben alle anderen kubanischen Filmemacher auch. Natürlich war damals die Athmospäre unangenehm, und das Mühsamste waren die Kritiken, die von Leuten kamen, die gar keine Kritiker sind. Immer wieder mußte ich erklären, daß ich »Alicia« als jemand gemacht habe, der stets mit der kubanischen Revolution solidarisch war und ist. Und daß Radio Martí in Miami damals versuchte, den Film für seine schmutzigen Zwecke zu instrumentalisieren, fand ich eine totale Infamie. Aus der Distanz von sieben Jahren kann man heute sagen, daß der Film in eine Zeit politisch-historischer Gegebenheiten fiel, die für Kuba sehr schwierig war: 1991 begann sich die Sowjet-Union aufzulösen und Kuba sah sich plötzlich mit einer Situation völliger Isolierung konfrontiert, gleichzeitig verschärften die USA die Blockade. Das alles führte dazu, daß die kubanische Führung eine Überempfindlichkeit gegenüber jeglicher Kritik entwickelte. Man wollte nicht sehen, daß »Alicia« eine Satire ist, und daß jede Satire eben davon lebt, daß sie übertreibt.

Das ganze hat mich schon mitgenommen, aber es gab niemals etwas, das als Urteil gegen mich als Künstler hätte benutzt werden können. Ich wollte nach »Alicia« weiter Filme machen wie ich es für gut hielt, und das waren dann eben »Quiéreme y verás« und »Kleines Tropikana«. Ich habe darin auch keine Abstriche bezüglich meiner favorisierten Ausdrucksformen wie Liebe zur Ironie und zu überladenen, barocken Erzählformen, gemacht, außerdem sind es Filme, die in der Gegenwart spielen, und das werde ich auch weiterhin so machen.

Am wichtigsten scheint dir dabei diese, wie du es nennst, barocke Erzählform zu sein, gibt es da Einflüsse anderer Regisseure?

► Einer meiner Lieblingsfilme ist »Brasil« von Terry Gilliam, dann liebe ich Komödien von Robert Altman über alles, und Monty Pythons Filme gefallen mir sehr gut. Generell schätze ich Filme, in denen sich Satire mit Ironie vermischt, und die in Richtung von Schelmenromanen gehen. Klar, manchen Leuten gefällt das nicht, sie sagen, das ist zu viel Nonsense, das ist zu überladen, da gibt es zu viele Geschmacklosigkeiten. Aber mir gefällt es, die Realität als Spektakel aufzuziehen. ◄

Wahrheit in Südafrika

▸ Im Dezember versuchte die südafrikanische Kommission für Wahrheit und Versöhnung unter dem Vorsitz von Bischof Desmond Tutu die Rolle von Winnie Madikizela-Mandela bei den Gewalttaten des »Mandela United Footbol Club« aufzuklären. Der Club jugendlicher Aktivisten residierte in ihrem Haus und diente ihr als Leibgarde. Anfang 1989 wurden der Club und Madikizela-Mandela mit der Ermordung des jungen Aktivisten Stompie Seipei in Verbindung gebracht. Der Trainer Jerry Richardson wurde rechtskräftig verurteilt, Winnie Mandelas Verurteilung in der zweiten Instanz in eine Geldstrafe umgewandelt. Ihre tatsächliche Rolle und Verantwortung bei der Ermordung des Jungen wurde nie wirklich geklärt.

Die Entscheidung der Kommission, die Gewalttaten des Clubs und Madikizela-Mandelas Verstrickung aufzugreifen, war richtig. Im Rahmen ihres Mandats macht sie keinen moralischen Unterschied zwischen staatlich organisiertem Terror und Menschenrechtsverletzungen auf Seiten der Befreiungsbewegung; dadurch soll sowohl die systematische als auch die individuelle Verantwortung zum Thema gemacht werden. Weit mehr als bei ähnlichen Kommissionen in Chile und Argentinien geht es hier um die Richtigstellung von Lügen und Mythen, die jede neue Gesellschaft bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begleiten, belasten und polarisieren. Auch Winnie Mandela umgab sich mit einem Mythos: Sie stellte sich gerne als Opfer einer großangelegten Verschwörung dar. Die Anhörungen der Wahrheitskommission – oder besser gesagt Winnie Mandela selbst – haben letztlich dazu beigetragen, diesen Mythos zu entblättern.

Sicherlich, am Ende der Anhörung war nicht vollends klar, wie unmittelbar sie in die rund fünfzehn Fälle von Mord und Gewaltanwendung im einzelnen verstrickt ist. Einige ihrer ehemaligen Verbündeten behaupteten ihre Beteiligung z.B. an den Morden an Stompie Seipei, Dr. Abu Baker Asvat (»the people's doctor«) und dem Studenten Sicelo Dlomo. Deutlich aber wurde, daß Madikizela-Mandela eine Verantwortung für die Machenschaften des Fußballclubs hatte, daß sie zumindest von den Gewalttaten der Jugendlichen gewußt haben muß, jedoch nichts unternahm, diese zu unterbinden.

Es stellt sich die Frage, ob es den Angehörigen der Opfer und den Überlebenden ausreicht, nach zwei Wochen Anhörung mit der Tatsache konfrontiert zu werden, daß es keine zweifelsfreien Wahrheiten über das Wer und das Warum gibt. Wie heilsam ist ein solcher Prozeß, der auf »Versöhnung durch Wahrheit statt Bestrafung« fußt, wenn Winnie Madikizela-Mandela rundweg jede persönliche Verantwortung für irgendeinen der behandelten Fälle ablehnt, wenn sie arrogant und geringschätzig der Kommission und den Anwälten unterstellt, sie hätten Zeugenaussagen erkauft, oder wenn sie die Zeugen als Idioten und Lügner brandmarkt?

Letztlich mußte Bischof Tutu in seinem Schlußwort Madikizela-Mandela viermal ausdrücklich um ein Wort des Mitleids bitten, bevor sie endlich knapp bekannte, daß »einige Dinge falsch gelaufen sind«. Allerdings: Die mediale Fixierung auf diese Anhörung bzw. auf die Person Winnie Mandela drängte andere, gleichzeitig abgehaltene Hearings in den Hintergrund, wie zum Beispiel die Amnestie-Anhörung von fünf Polizeibeamten, die den prominenten Studentenführer Steve Biko 1977 totprügelten, oder das Hearing über den Staatssicherheitsrat (SSC), ein Gremium, in dem Apartheid-Politiker, Militärs und der Geheimdienst über die Ausschaltung von Aktiven der Anti-Apartheid-Bewegung berieten. Im Trubel um Winnie Mandela ging unter, daß Menschenrechtsverletzungen, Folter, Terror und Mord an Aktivisten zum Instrumentarium von Herrschaftssicherung und Unterdrückung gehörten und daß dies die Verantwortlichen der Nationalen Partei weiterhin – auch vor der Wahrheitskommission – leugnen.

Eine breite Öffentlichkeit und Medienpräsenz bei diesen Anhörungen wäre eine notwendige Voraussetzung für eine lückenlosere und systematischere Aufdeckung gewesen. Die Kommission hat dafür noch Gelegenheit im Rahmen eines umfangreichen Berichts über die Menschenrechtsverletzungen, der dem Präsidenten und dem Parlament im Sommer vorgelegt werden soll. Diese Dokumentation und Analyse von über 30 Jahren Apartheidgewaltgeschichte wird letztendlich zeigen, ob Südafrika wirklich einen Schritt weiter gegangen ist als Argentinien, Chile, Guatemala oder Zimbabwe.

Andreas Rosen, Weltfriedensdienst e.V. (WFD).

▸ *Der WFD führt im Juni 98 ein Rundreiseprojekt zur Aufarbeitung von Vergangenheit in Südafrika, Guatemala, Zimbabwe und Deutschland durch. Nähere Informationen unter Tel. 030/253990-0.*

iz3w-Diplomarbeiten-Börse

▸ Im letzten Heft hatten wir unter dem Titel »Die iz3w auf Schatzsuche« die Einrichtung einer festen Rubrik bzw. Börse angekündigt, in der Studierende ihre Haus-, Diplom- oder Magisterarbeiten öffentlich vorstellen können, sofern sie einen thematischen Bezug zur Arbeit des iz3w haben. Besonders gelegen war uns an Arbeiten, deren Zweck nicht das Andienen bei potentiellen späteren Arbeitgebern ist, sondern die eine fundierte Kritik an den bestehenden Verhältnissen in Nord wie Süd formulieren und sich damit außerhalb der Logik von Staat und Standort stellen.

Das Echo auf unser Angebot blieb zwar nicht vollständig aus, es hätte aber durchaus etwas gewaltiger ausfallen können. Im deutschsprachigen Raum müßte es doch mehr als eine Handvoll studentischer Arbeiten geben, die es verdienen, nicht nur vom Prof (oder vertretungsweise von seinem Mittelbau), sondern auch von einer interessierten Öffentlichkeit gelesen zu werden. Also, legt eure Scheu ab und schickt uns eure Arbeiten. Hier nun die ersten Angebote:

▸ »**Bildungsgeographische Disparitäten** in der Republik Ecuador unter besonderer Berücksichtigung der Primarschulen«. Diplomarbeit über die Themen Bildungssystem, regionale Unterschiede des Bildungsniveaus, Schulabbrecher, Analphabetismus, Ethnizität. 121 Seiten, gegen Kopierkosten von 15.- DM erhältlich bei: Marc Vogt, Am Rosenbusch 7, 69118 Heidelberg.

▸ »Kosten und Nutzen des **Tourismus in der Dritten Welt** – Eine kulturgeographische Analyse am Beispiel Indiens«. Magisterarbeit (1995) zur kritischen Diskussion des Tourismus anhand zweier ausführlicher Fallbeispiele aus dem südindischen Bundesstaat Kerala. 168 Seiten, gegen Kopierkosten von 19.- DM erhältlich bei: Christian Stock, Kreuzstr. 41, 79106 Freiburg

▸ »Vom fordistischen zum postfordistischen Weltmarkt: Ursachen und Folgen kapitalistischer **Globalisierung**.« Diplomarbeit (1997) über die in der Kapitalverwertungskrise der 70er Jahre liegenden Hintergründe, über Strategien und Bedeutung der Globalisierung in den Bereichen Warenhandel, Finanzmärkte und transnationale Produktion sowie über die Auswirkungen auf die sozialen Kräfteverhältnisse. 157 S., gegen Kopierkosten von 15.- DM bei Heiko Wegmann, Stühlingerstr. 34, 79106 Freiburg.

▸ »Die Konstruktion des **Rassismus** und der Diskurs des Neorassismus« (1997) Themen: Kritik an der sozialpsychologisch verkürzten populären Sichtweise auf Rassismus (Defizitthese); Rassismus als soziale Konstruktion von Rassen bzw. Kulturen (Produktion von Identitäten); institutionalisierte Ausgrenzung, »Biopolitik«, Neorassismus als Kulturalissierung der Politik. 136. S., gegen 12.- DM bei Ronald Sperling, Margarethenstr. 4, 26121 Oldenburg.

▸ »**Cultural Studies** – Vom Klassenkampf zur postmodernen Politik des Genusses«. Magisterarbeit (1997) im Fach Soziologie, die sich mit linken Diskursverschiebungen, Jugendkultur, Marxismus und Postmoderne sowie der Soziologie britischer Intellektuellengruppen beschäftigt. 110 Seiten, gegen 18.- DM erhältlich über das iz3w.

▸ *Weitere Angebote für die Börse an: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Fax 0761/ 709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de*



Wanderausstellung zum algerischen Bürgerkrieg

▸ In den kommenden Wochen ist in verschiedenen Städten eine Ausstellung mit Fotos aus dem algerischen Bürgerkrieg zu sehen. Die eindringlichen Bilder des algerischen Fotografen, der aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannt werden möchte, können in der Essener Volkshochschule vom 2.3. bis einschließlich 22.3.98 besichtigt werden. Ein Diskussionsabend, an dem auch der ehemalige Algerienkorrespondent der ARD, Gerd Böhmer, teilnimmt, findet voraussichtlich am 3.3.98 dort statt. Im Mainzer SWF-Funkhaus werden die Bilder vom 20.- 30.4. zu sehen sein, aller Voraussicht nach ebenfalls mit einem Eröffnungsabend. Ab dem 3. Mai werden die »Reporter ohne Grenzen« die Austellung in Hamburg zeigen.

▸ *Weitere Informationen können Interessierte bei Annette Christine Hoch vom Südwestfunk, Landesstudio Freiburg, Tel. 0761/3808-244, erhalten.*

Flüchtlinge in Europa

▸ Kriegsdienstverweigerer und Deserteure kommen aus vielen Ländern nach Deutschland, um Schutz vor dem Einsatz im Krieg und vor Verfolgung zu finden. Die meisten flüchteten aus dem ehemaligen Jugoslawien, andere kamen aus Rußland, der Türkei oder Algerien. Das UNHCR fordert für sie die Anerkennung als Flüchtlinge, »wenn die Art der militärischen Aktion, mit der sich der Betreffende nicht identifizieren möchte, von der Völkergemeinschaft als den Grundregeln menschlichen Verhaltens widersprechend verurteilt wird.« Abgesehen von vereinzelten gerichtlichen Entscheidungen wurde den Kriegsdiensverweigerern und Deserteuren der Flüchtlingsstatus jedoch verwehrt.

Um deutlicher Position für die Verweigerer zu beziehen, gehen andere Organisationen über die Forderungen des UNHCR hinaus. Amnesty international verlangt, daß »Wehrdienstverweigerer und Deserteure aus Gewissensgründen, denen Bestrafung in ihrem Herkunftsland droht, in der Bundesrepublik Deutschland effektiver und dauerhafter Schutz gewährt wird.« Noch weitgehender sind Forderungen, die in jeder Form der Verweigerung des Krieges eine positive und zu unterstützende Handlung sehen und daher grundsätzlich das Recht auf Asyl für diese Menschen einklagen.

Amnesty international, Pro Asyl, Connection e.V. und die Friedrich-Ebert-Stiftung führen am 27. und 28. Februar in der Landesjugendakademie Bonn-Röttgen die Fachtagung »Flüchtlinge in Europa – Wie steht es um den Schutz von Verweigerern völkerrechtswidriger Kriege?« durch. Die Situation der Verweigerer im Krieg und ihre Situation als Schutzsuchende in Deutschland soll den Hintergrund für eine Diskussion mit Juristen bilden. Es gilt die Möglichkeiten auszuloten, die einen besseren Schutz der Flüchtlinge gewährleisten könnten.

▸ *Nähere Informationen bei: Connection e.V., Gerberstr.5, 63065 Offenbach, Tel.: 069/82375534, Fax: 069/82375535;*

Die Weltbank und das Öl

▸ Nicht nur Menschenrechte, sondern auch ökologische Standards sind ein 'softes' Thema, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht. Nachdem im Süden des Tschad die Ölsherpas bei ihren Probebohrungen auf riesige Ölvorkommen gestoßen sind, will nun ein transnationales Konsortium der Ölkonzerne Elf, Shell und Exxon eine über 1100 km lange Pipeline aus dem Südwesten des Tschad bis an die Atlantikküste bauen. Das riesige Investitionsvolumen von 1,8 Milliarden Dollar ist nach Meinung der Ölmanager gerechtfertigt, und Weltbankgelder für das Projekt sind selbstverständlich auch schon beantragt. Es gibt zwar seit einigen Jahren bei den von der Weltbank geförderten Projekten eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung, doch angesichts bisheriger Erfahrungen ist zu befürchten, daß im südwestlichen Tschad und in erster Linie im Transitland Kamerun erhebliche Umweltprobleme und damit Gefährdungen für die lokale Bevölkerung eintreten werden. Weltbank-Präsident James Wolfensohn versicherte zwar im Entwicklungsausschuß des Europaparlaments im Januar, daß ohne Klärung aller Umweltprobleme keine Weltbankgelder in das Projekt fließen würden. Er versprach zudem, die Anliegen der lokalen Bevölkerung bei der Umsetzung des Projektes einzubeziehen. Trotz dieser Rhetorik ist jedoch aufgrund gemachter Erfahrungen Skepsis angebracht. Beim Staudammprojekt im indischen Narmada ist die Weltbank beispielsweise erst nach massivem internationalen Druck ausgestiegen; und auch in anderen Fällen haben harte ökonomische Interessen stets eine höhere Priorität gehabt.

Georg Lutz

Menschenrechtsrhetorik

▶ Ende November lockerten die Außenminister der Europäischen Union (EU) die Sanktionen gegen Nigeria. Im Amtsblatt der EU von 9.12. 1997 stellte der Rat fest: »Die Mitgliedstaaten der Union können nigerianischen Staatsbürgern, die an internationalen Konferenzen in ihrem Hoheitsgebiet teilnehmen, ein Visum erteilen.« Im Klartext heißt dies, daß die nigerianische Militärjunta wieder gleichberechtigt am Tisch sitzt. Das klang im November 1995 noch ganz anders. Die Hinrichtung des Bürgerrechtlers Ken Saro-Wiwa und seiner Mitstreiter löste weltweites Entsetzen aus. Es hagelte diplomatische Proteste, Resolutionen und Sanktionen. Die Junta schien in arge Bedrängnis zu kommen. Doch die Militärs setzten auf den Faktor Zeit und ihr ökonomisches Potential Öl. Sie haben sich nicht verkalkuliert. Dabei hat sich die innenpolitische Situation gegenüber 1995 nicht verändert. Eine zynische Faustregel hat sich so wieder bestätigt: Bei interessanten Zukunftsmärkten und wichtigen Rohstoffen wird die Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte zurückgesteckt. Oppositionelle Bewegungen werden trotz der Zunahme an Menschenrechtsrhetorik seit Ende der achtziger Jahre, die auch in internationalen Verträgen Eingang findet, im Regen stehen gelassen. So wurde mit dem vierten AKP-EU-Abkommen 1989 die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte explizit eingeführt. Mit der Halbzeitrevision des Abkommens 1995 gab es sogar eine Sanktionsklausel (Artikel 366a). Bei der Verletzung der »wesentlichen Bestandteile« des Abkommens ist die Aussetzung des Kooperationsabkommens vorgesehen. Dadurch, daß der Rat der EU je nach eigenen Interessen die Latte einmal tiefer oder höher legt, macht er sich und seine jedoch Politik unglaubwürdig.

Georg Lutz

Liebe AbonnentInnen,

▶ unter Ihnen scheinen sich einige Zugvögel zu befinden: Immer unterwegs zu neuen Ufern, ungebunden und froh, die Fesseln der Vergangenheit abzustreifen. Anders können wir uns die große Zahl der Adressaufkleber, die die Post uns mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt verzogen« zurückschickt, nicht erklären. Uns tut jeder einzelne Fall weh – schneidet doch die Post ritsch-ratsch mit der Schere nur den Adressaufkleber ab und wirft das restliche Heft in den Müll. Moment, werden jetzt einige Umgezogene einwenden, ich habe doch einen Nachsendeantrag gestellt. Die Deutsche Post AG, im Zeitalter von Privatisierung und Deregulierung auf eisernem Sparkurs, schickt freilich keine Zeitschriften, sondern in der Regel nur Briefsendungen nach, und selbst das nicht immer zuverlässig.

Noch schlimmer trifft es uns, wenn die Umzieher nicht nur ihre Adresse, sondern auch die Bankverbindung wechseln. Im Falle derer, die uns freundlicherweise eine Einzugsermächtigung für den Abobeitrag erteilt haben, wird der Betrag uns beim Einzugsverfahren erst gutgeschrieben, um dann wenige Tage später mit horrenden Bankgebühren wieder von unserem Konto abgezogen zu werden. Das ganze ist nicht nur teuer, sondern bereitet auch viel Arbeit und Ärger.

Teilt uns doch bitte Adressänderungen und neue Bankverbindungen rechtzeitig mit. Ob per Fax, Brief, E-Mail oder Telefon, alle Möglichkeiten stehen Euch offen, und unser Dank ist Euch gewiß ... *das iz3w*

Dementi:

▶ Sabine Mayer, die im letzten Heft über die Nahrungsmittelhilfe der EU schrieb, heißt in Wirklichkeit Sabine Meyer. Sorry!

Nicaraguanisches Tageszeitungsarchiv abzugeben

▶ Das Informationsbüro Nicaragua sammelt seit 1982 sämtliche nicaraguanische Tageszeitungen – eine wahre Fundgrube für Interessierte an einer Auseinandersetzung mit dem sandinistischen bzw. postsandinistischen Nicaragua. Aus Platzgründen soll das teilweise verstichwortete Tageszeitungsarchiv nun kostenlos in treue Hände abgegeben werden, die es auch weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich machen. Interessierte Institutionen oder Vereine erhalten nähere Informationen beim *Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel. 0202/300030.*



Landbelegung in Chiapas Foto: H. Sachs/version

Die Prosa des Sub

▶ Noch im Sommer letzten Jahres klang Subkommandante Marcos (Sub) bezüglich der Zukunft der Zapatistischen Bewegung optimistisch: »Was ich sehe, sind die zapatistischen Gemeinschaften mit einem besseren Lebensstandard und dennoch mit ihrer eigenen Kultur (...) und einem größeren Beitrag ihrer Kultur zur Weltkultur«. Am 23. Dezember mußte er unter der Überschrift »Warum? Wie viele noch? Wieweit noch?« ein Massaker an 45 Frauen, Männern und Kindern kommentieren. Die Bluttat war bisheriger Höhepunkt eines nichterklärten Krieges gegen die kleinbäuerliche Bevölkerung in Chiapas. Paramilitärs, die aus den Reihen lokaler Kader der Staatspartei PRI rekrutiert wurden, verüben unter der Anleitung höchster militärischer und politischer Kreise gezielte Anschläge gegen zapatistische Dörfer. Zerschellt Marcos' lyrische und begeisternde Prosa an der brutalen Realität? Auf den ersten Blick scheint es so.

Die lokale Elite sieht ihre Herrschaft und Pfründe bedroht und spielt mit dem Gedanken eines algerischen Szenarios. Das mißlingt, da erstens die »nationale und internationale Zivilgesellschaft« (Sub) aufmerksam ist und politische Energien entfalten kann. Zweitens will die nationale Elite ihre internationalen Kontakte und Abkommen nicht gefährden. Würden Armee und Todesschwadronen mit weiteren Massakern alle Strukturen zerstören, könnte die mexikanische Regierung beispielsweise ein geplantes Handels- und Wirtschaftsabkommen mit der EU, das im Mai diesen Jahres unterzeichnet werden soll, vergessen. Das wäre in Zeiten des kalten Krieges noch anders gewesen. So wird die Doppelstrategie aus Scheinverhandlungen und militärischen Nadelstichen beibehalten. Nach Massakern werden unter grossem medialem Getöse einige Täter verhaftet und der Öffentlichkeit ein politisches Bauernopfer, diesmal der Innenminister, präsentiert. Allerdings, und das ist neu, hat Präsident Zedillo die früher übermächtige Staatspartei mit ihren lokalen Kaziken offenbar nicht mehr im Griff. Die Frage nach der Zukunft Mexikos ist offen.

Dies gilt auch für die internationale Zapatisten-Solidarität. Anders als frühere Solidaritätsbewegungen hat sie Mexiko nicht im einfachen Opfer-Täter-Schema betrachtet. Der Sub hat die Zapatisten in seinen Texten als Subjekte präsentiert. Seine »Botschaften aus den Bergen des Südostens Mexikos« boten die Möglichkeit, paternalistische Fallen früherer Zeiten zu vermeiden. Seit 1994 fragen wir uns daher: Was haben die Vorgänge in Chiapas mit uns zu tun?

Zwei Bücher, die im letzten Jahr erschienen sind, geben den aktuellen Ereignissen einen Hintergrund und versuchen einen Brückenschlag zwischen der zapatistischen Bewegung und emanzipatorischer Politik hier. Der dreiteilige Sammelband **Der Wind der Veränderung** bietet im mittleren Teil als Schwerpunkt eine Übersetzung der zentralen »Erklärungen aus dem Lakandonischen Urwald«. Das politische Selbstverständnis der Zapatisten und ihre Sichtweisen seit 1994 bieten eine einführende Grundlage. Die Versuche, im ersten und dritten Teil die Verbindung in die Metropolen herzustellen und eine theoretische Einbettung zu finden, sind allerdings schlicht mißlungen. Unter der Überschrift »Die Vorboten des Sturms sind zurückgekehrt« verfällt der Autor Lutz Schulenburg in eine Euphorie, die narkotisierend wirken muß. Aus Theoretikern wie E.P. Thompson, dem alten Kampfanalytiker Karl-Heinz Roth und dem peruanischen Marxisten Carlos Mariátegui wird ein wackliger Theorieansatz zusammengebacken, der unreflektiert Hoffnungen auf eine weltweite Revolution zu wecken versucht.

Anders der zweite Sammelband **Chiapas und die Internationale der Hoffnung**. Für Joachim Hirsch kommt es darauf an, »wie die konkreten Lebensbedingungen und vor allem ihre Veränderungen wahrgenommen werden, in welchen sozio-kulturellen Zusammenhängen man lebt, welche Vorstellungen von einem vernünftigen und guten Leben vorhanden sind, und ob es überhaupt überzeugende Visionen von einer anderen, besseren Gesellschaft gibt« (S. 127). Das sind sinnvolle Ansprüche an analytische Werkzeuge, um soziale und politische Bewegungen zu begreifen. Dagegen setzt Schulenburg auf eine Neuauflage operaistischer Theorieversatzstücke, ausgedrückt und garniert durch Zitate wie dem aus B. Travens Chiapas-Buch *Land des Frühlings*: »Er (der europäische Arbeiter) wird eine seelische Verwandschaft mit seinem indianischen proletarischen Bruder fühlen...« (S.56). Wer solche politischen Parolen heute nicht in einen historischen und gesellschaftlichen Rahmen stellt, sondern sie für bare Münze nimmt, kann nur mit einem politischen Kater aufwachen.

Im zweiten Sammelband ergänzen sich die unterschiedlichen Teile wesentlich besser. Über die Mühen der alltäglichen politischen Arbeit berichtet der erste Teil. Im Sommer

1996 trafen sich tausende Solidaritätshungrige in Chiapas, zum 'Ersten Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus'. Über das Ringen darum, was heute Solidarität heißen kann, wird anschaulich berichtet. Solche 'events' laufen natürlich auch Gefahr, zu einem »Jahrmarkt der Eitelkeiten« (S.33) zu werden. Keine Sorge, die AutorInnen des Sammelbandes bleiben aber nicht im frustigen Kongreßalltag hängen, sondern widmen sich fundiert verschiedenen Brückenschlägen. Zum Beispiel dem der Zapatisten in die restliche mexikanische Gesellschaft. In ihrer »Wortergreifung – Notizen zu einer Diskursguerilla« analysiert Anne Huffschmid die neuen Formen zapatistischer Politik und ihrer Vermittlungsversuche in die übrige Gesellschaft. Für sie ist die EZLN »nicht mehr nur Auslöser und Aufputschmittel politischer Bewegungen, sondern zugleich ihr Produkt. Eben das bewahrt sie vor etwaigen Avangarde- und Erlöserattitüden. Und oft beschränkt sie sich ohnehin darauf, provokante Fragen zu formulieren und die »anderen« aufzufordern, Antworten zu finden. Daß diese Fragen heute – zumindest in Mexiko – offener denn je diskutiert werden können, ist dort womöglich einer der wichtigsten Effekte der Aufstandsbewegung« (S.144).

Nach der Lektüre von *Chiapas und die Internationale der Hoffnung* kann die eingangs gestellte Frage nach der Wirkungsmächtigkeit der Prosa des Sub und ihr Verhältnis zur brutalen Realität beantwortet werden. Das macht das Buch lesenswert.

Georg Lutz

▶ *Hanna Mittelstädt und Lutz Schulenburg (Hrsg.). Der Wind der Veränderung, Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen. Edition Nautilus Hamburg, 1997.*

▶ *REDaktion (Hrsg.). Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Neuer ISP Verlag Köln, 1997.*

Gähnende Langeweile

▶ Ein Ding voll »metaphysischer Grillen und theologischer Mucken« sei die Ware, meinte Karl Marx und kritisierte damit eine Ökonomie, deren reale Verhältnisse letztlich nur mit religiösen Verhältnissen vergleichbar sind. Ähnlich, allerdings weniger subtil, will der österreichische Journalist Robert Misik den quasi-religiösen Heilsanspruch des Neoliberalismus, den **Mythos Weltmarkt**, aufzeigen.

Er wählt dabei vornehmlich Francis Fukuyamas Essays über das »Ende der Geschichte«. Hier wird das alltägliche Gerede von der Alternativlosigkeit zum derzeitigen Kapitalismus zu einer sich seriös gebenden philosophischen These. Misik führt seine LeserInnen in groben Zügen durch 2.000 Jahre westlicher Geistesgeschichte. Daß am Ende der Geschichte das Heil zu finden sei, sei nichts weiter als eine säkularisierte Variante der messianischen Idee der christlich-jüdischen Tradition. Der Unterschied zu anderen Varianten, zu denen Misik auch den Marxismus zählt, liege aber darin, daß das Ende schon als gegenwärtig angekündigt sei. Mithin sei keinerlei neue Zukunft zu erwarten, dafür aber bemächtige sich – da am Ende der Zeit angekommen – eine gähnende Langeweile der Zeitgenossen. Die Postulierung von Alternativ- und Ideologielosigkeit ist nun ihrerseits wieder hoch ideologisch.

Die Pointe (und die Hoffnung) liegt für Misik aber nun darin, daß der Heilsanspruch des Neoliberalismus sich selbst unterlaufe, da er kein Zukunftspotential mehr habe. Er kann nichts Neues mehr versprechen, alles ist ja schon »am Ende«. In der Zeit der Zähmung des Kapitalismus durch die Systemgegensätze konnte der Kapitalismus noch wachsenden Wohlstand versprechen. Heute glauben – zumindest hierzulande – die meisten Menschen nicht mehr, daß es ihren Kindern besser gehen wird.

Deshalb wird – Sigmund Freud wird zum Propheten – das verdrängte »Revolutionäre« seine Wiederkehr finden. Die alten Traditionen sind nicht tot zu kriegen, sie schlummern im kollektiven Unbewußten der westlichen Welt. Gebraucht werde eine neue Utopie, denn »diese Krise ist [...] nicht so sehr eine Problematik von Tatsachen; nicht die zunehmende Verschränkung und Vernetzung von Staaten und Weltreligionen bemißt den Preis der Globalisierung, sondern die ideologische Bekräftigung einer antistaatlichen Gesinnung, kurz: die Allmacht der neoliberalen Ideologie«. – Alles nur ein mentales Problem? In der Tat marschiert Misik mit großen Schritten durch die europäische Geistesgeschichte und läßt die lästigen Fakten der ökonomischen Entwicklung mitunter vornehm außen vor. Linke Ideologiekritik sollte die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und ideologischer Produktion eigentlich genauer präsentieren. Aber vielleicht hat Misik nicht ganz unrecht, wenn er eine (vielleicht auch irrationale) Hoffnung als Weg aus der lähmenden Rhetorik der Alternativlosigkeit empfiehlt. Denn der »wissenschaftliche« Sozialismus hatte in derselben Art und Weise sein Hoffnungspotential verspielt. Doch Misik verrät freilich nicht, wie die neue Ideologie aussehen soll. Für Misik ist der Neoliberalismus durch das Absterben des Staates, ja des »Politischen« insgesamt, gekennzeichnet. Er redet von der »Selbstentmächtigung der Politik, vom Verschwinden des Staates« und dem alles beherrschenden »Diktat der Märkte«.

Darum, fordert Misik, müsse es heute Aufgabe der Linken sein, den Nationalstaat, der als einziger eine relative Regulierung des Kapitalismus ermöglicht hat, wieder zu stärken, um damit überhaupt erst wieder politischen Handlungsspielraum zu gewinnen. Eine Wiedergewinnung des »Politischen« auf internationaler Ebene kann Misik nicht erkennen. Daß mit einer liberalen Wirtschaftspolitik der ganze Staat verschwindet, ist aber leider zu weit gegriffen. Der ungezähmte Kapitalismus kann ja eben nicht auf den Staat verzichten, sondern muß ihn als Repressionsorgan gegen die sozialen Verwerfungen, die er anrichtet, ins Feld führen. Angesichts der »Festung Europa« und des Aufrüstens der Polizei mutet Misiks wiederholte Formel vom Verschwinden des Staates etwas befremdlich an.

Die Renaissance des starken Staates hat den Verkünder seines Verschwindens noch nicht erreicht? – Von hier aus bekommt auch Misiks Optimismus für den Weg aus der Krise ein ambivalente Gestalt. Daß die »Wiederkehr des Revolutionären« am Ende nicht mit Marx- und Engelszungen, sondern aus der rechten Ecke kommt, scheint auch Misik zumindest für möglich zu halten. Er verweist auf die Situation vor dem Ersten Weltkrieg, als deutsche Intellektuelle vom »reinigenden Stahlgewitter« des Krieges träumten. Eine Möglichkeit, die angesichts der Ethnisierung und Nationalisierung ökonomischer Konflikte heute vielleicht sogar näher liegt. Wie sagte Freud? Das Verdrängte kann als krankhafte Symptombildung wieder erscheinen. Wir wollen es nicht hoffen.

Christoph Fleischmann

▶ *Robert Misik: Mythos Weltmarkt. Vom Elend des Neoliberalismus. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1997. 146 Seiten, 12 Mark.*

PROKLA 109

▸ In der im Dezember erschienenen Ausgabe zum Thema »StadTRaum« versucht die *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* »den Spannungsbogen zwischen der Stadt als bloß räumlicher Konzentration (»Stadt-Raum«) einerseits und als Ort neuer Bedeutungen und neuer Handlungsmöglichkeiten andererseits (»StadtTraum«) auszuloten«. Vor dem Hintergrund der jüngst von Alain Touraine proklamierten These vom Ende der Städte, in der die weltweit sichtbaren Trends der inneren Auflösung des städtischen Zusammenhangs zum Ausdruck kommen, sollen neue Erklärungsansätze gesucht werden – Ansätze, die das neue Zusammenspiel von globalen und lokalen Faktoren berücksichtigen. Margit Mayer zeigt in »Berlin – Los Angeles«, inwieweit die an avancierten »global cities« gewonnenen Analysen postfordistischer Stadtentwicklung auf die »Nicht-Weltstadt« Berlin angewendet werden kann, Michael Brie untersucht das urbane Regime, das sich im Moskau der 90er Jahre herausgebildet hat, Neil Brenner zeigt an Hand der Raumordnungspolitik der BRD den Zusammenhang von globaler und regionaler Dimension der Globalisierungsprozesse und last not least informiert Jens S. Dangschat über den aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung.

▸ *Bezug: Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster, 18 DM*

Perspektiven 32

▸ Die nunmehr seit acht Jahren an der Uni Frankfurt herausgegeben *Internationale StudentInnentzeitung* war mit dem Anspruch angetreten, »jenseits des sich selbst genügenden akademischen Betriebs« sich mit »gesellschaftspolitischen Debatten, politischen und sozialen Bewegungen in anderen Gesellschaften vor allem im Trikont-Bereich » auseinanderzusetzen. Zwar ist zwischenzeitlich »ein schwindendes Bedürfnis nach Optionen selbstverwalteten politischen Engagements« festzustellen, doch schlägt sich dies nicht in der Qualität der Zeitung nieder. In der jüngsten Ausgabe stellt Helmut Reinicke in seinem Artikel »Globalisierung und Ideologie« fest: »Die neue Weltordnung der Globalisierung ist Ideologie par excellence, die Wohltätigkeits- und Freiheitsstatue des universell werdenden Lager«. In drei Beiträgen (zwei davon zweisprachig), wird das politische Projekt der Europäischen Einheit hinterfragt. Um Europa geht es auch im Gespräch mit Marek Edelman, dem Kommandanten des Aufstands im Warschauer Ghetto (1943) und in dem Beitrag zur Transformation in Osteuropa. Weitere Themen sind die »neuere deutsche Ideologie« (gemeint ist die Soziologie), zweimal Kulturindustrie (populäre Musik und ein Artikel zu Adornos Kulturindustriekritik) und eine »Erinnerung an einen Pionier moderner Sozialforschung« – Paul Larzarsfeld.

▸ *Bezug: Perspektiven, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt. Im Abo 40 DM für 4 Ausgaben.*

Gotham City

▸ Im Juni 1997 fand eine Innenstadt-Aktionswoche gegen Ausgrenzung, Vertreibung, und (entsprechende) Umstrukturierung statt. Getragen wurde die Kampagne von Gruppen aus dem antirassistischen und autonomen Spektrum. Der vorliegende Reader resümiert die Aktionswoche und beleuchtet am Beispiel verschiedener Städten diverse Themen zur Stadtentwicklung. Zum Beispiel in einem Interview über die Behandlung von MigrantInnen im Hauptbahnhof Düsseldorf. Darüber hinaus zeichnen neun Artikel den aktuellen Diskurs über Innenstadtentwicklung nach. Die Themen sind unter anderen: der Begriff des Öffentlichen Raums, Überwachungstendenzen und Sicherheitswahn, Folgen von Privatisierung z.B. der Bahnhöfe, Obdachlosigkeit und Drogenpolitik.

▸ *Bezug: ASTA FU Berlin, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin. 6 DM*

südostasien

▸ Der Themenschwerpunkt »Die Philippinen in Südostasien« deutet an, aus welchen beiden traditionsreichen Blättern die neue Zeitschrift *südostasien* hervorgeht. Das *philippinenforum* und die *südostasien informationen* haben ihren lang gehegten Plan in die Tat umgesetzt, ihre Zusammenarbeit im Asienhaus Essen durch eine gemeinsame Zeitschrift zu dokumentieren. In der ersten Ausgabe geht es in einem Großteil der Artikel um die derzeitige Finanzkrise in der Region. Ein Kommentar zu »Japan und die Wirtschaftskrise in Südostasien«, Artikel zur Auswirkungen der Finazkrise in Thailand, Indonesien, Malaysia und Philippinen, werden ergänzt durch informative Beiträge aus den Ländern Südostasiens.

▸ *Bezug: philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen. 9 DM*

Tagungen

▶ Vom 14.02. bis 28.04.1998 läuft in Hannover das **2. afrika film festival TOUKI BOUKI**, veranstaltet von Afrika Initiative und dem Kommunalem Kino Hannover. Gezeigt werden über 30 Filme des 15. Filmfestivals in Ouagadougou 1997, umrahmt von verschiedenen Begleitveranstaltungen, z.B. einer Filmtagung. *Programm, Informationen, Kartenreservierung bei: Kommunales Kino Hannover, Sophienstr. 2, 30159 Hannover, Tel. 0511/168-44732, Fax 0511/306096.*

▶ Zu einer Fachtagung **Flüchtlinge in Europa – Wie steht es um den Schutz von Verweigerern völkerrechtswidriger Kriege?** laden ai, Connection e.V., Pro Asyl und die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 27.02. bis 01.03.1998 nach Bonn ein. Vor dem Hintergrund der Situation von Kriegsdienstverweigerern im Krieg und ihrer Lage als Schutzsuchende in Deutschland soll mit Juristen über bessere Schutzmöglichkeiten diskutiert werden. *Info/ Anmeldung bei Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel: 069/ 82375534, Fax: 069/82375535*

▶ Vom 06.-20.03.1998 findet in Arnach die **3. Internationale Agrarfachtagung** statt, die sich mit der Eignung, Funktion und Wirkungsgrenze von (Agrar-) Genossenschaften bei der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und in Europa beschäftigt. Dabei sollen konkrete Fragen wie die nach Kapitalbildung, Absatzmärkten oder Stärkung genossenschaftlicher Handlungskomepetenzen erörtert werden. Interessierte wenden sich an: *Finkhof Bildungswerk, St.-Ulrich-Straße 1, 88410 Arnach, Tel: 07564/931718, Fax: 07564/931712*

▶ Der »**Kritik des Entwicklungsdenkens und der Identitätspolitik**« widmet sich ein Seminar des BUKO vom 13. bis 15.03.1998 in Dortmund. Zentrale Themen sollen die Ambivalenz der beiden Begriffe und die eigene Prägung durch sie sein. Desweiteren soll der Umgang mit den beiden Konzepten in der konkreten Praxis systemoppositioneller Gruppen kritisch betrachtet werden. *Info/Anmeldung bei: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/ 393156, Fax: 040/3907520*

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Bücher

▶ Bruno Ortmanns: **Die Dritte Welt zwischen Theorie und Praxis.** Probleme und Perspektiven *IZE, Aachen 1997, 261 S., 29,80 DM*

▶ Rafik Schami: **Damals dort und heute hier** – Über Fremdsein *Herder, Freiburg 1998, 183 S., 17,80 DM*

▶ Joachim Betz, Stefan Brüne (Hrsg.): **Jahrbuch Dritte Welt 1998** – Daten Übersichten Analysen *Verlag C.H.Beck, 315 S., 24,- DM*

▶ Peter J. Opitz (Hrsg.): **Grundprobleme der Entwicklungsregionen** – Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert *Verlag C.H.Beck, München 1997, 261 S., 24,- DM*

▶ Kavaljit Singh: **The reality of foreign investments** – German investments in India (1991-96), *Madhyam Books, Delhi 1997, 83 S., 20,- DM*

▶ F. H. Kemper (Hrsg.): **Humanitäre Hilfe – Arzneimittelsicherheit und -qualität** *Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1997, 64 S.*

▶ Carsten Borck, Eva Savelsberg, Siamend Hajo (Hrsg.): **Kurdologie** – Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan *Lit Verlag, Münster 1997, 359 S., 24,80 DM*

▶ Jutta Lietsch: **Zum Beispiel Internet** *Lamuv-Verlag, Göttingen 1997, 94 S., 12,- DM*

▶ Anna Kreuzer: **Landwirtschaft und Sozialstruktur in Rwanda** *Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1997, 231 S., 68,- DM*

Vorschau: **iz3w Nr. 228**
Schwerpunkt: »Medienwelten«

▶ Ob all die schönen 'neuen' Medien, die da unsere Kommunikations- bzw. Konsummöglichkeiten erweitern, nun zum Fluch oder Segen der Menschheit sind, wird auch unser nächster Themenblock nicht abschließend beantworten können.

Beschäftigen werden wir uns in einem ersten Teil mit dem Stand des medientheorietischen Diskurses, u.a. mit dem spezifisch 'neuen' der neuen Medien, ihrem Verhältnis zu Inhalten und Macht und ihren vielfältigen Wirkungen. Das Charakteristikum der Globalisierung von Medien und Zugangsmöglichkeiten durchzieht den zweiten Teil. Am Beispiel des Internet in Indien analysieren wir die Entwicklung der Medien zwischen Nationalismus und Globalisierung. Wir diskutieren den Telemarkt in Lateinamerika und widmen uns anhand des britischen Medien-Multis Murdoch der Globalisierung des Medienmarktes.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Birgit Schößwender, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899 - 4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 228:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 28.2.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733